

# M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 12/1 05/06 Jahrg. 54



## EU als Medienwächterin Wie weit reicht Brüssels Arm?



## titelthema

### EU als Medienwächterin

- 8 **Wie weit reicht Brüssels Arm?**  
Von Daniela Weingärtner

## aktuell

- 4 **Presseplaner 2006 – Restauflage noch im Angebot**  
4 **ARD-Verfassungsklage im Gebührenstreit**  
4 **Aus für Beschäftigte von TV Today**  
4 **Tarifabschluss im Buchhandel**  
4 **Schweriner Zeitungsverlag droht mit 100 Entlassungen**  
5 **Verkaufsgespräche für Frankfurter Rundschau**  
5 **Übersetzerhonorare müssen angepasst werden**

## porträt

- 6 **Sprachdenkmäler**  
Kurt Tucholsky – ein Leben für die Zeitung

## kolumne

- 7 **Das große Taröö**  
Leitmedien und ihre Leitfiguren wie Benjamin Blümchen

## medienpolitik

- 12 **Quo vadis, Berliner Verlag?**  
In der Hand britisch-amerikanischer Finanzinvestoren  
14 **Globalisierung und Selbstzensur**  
Branchenfremde Verflechtungen bedrohen Unabhängigkeit der Medien in Europa  
16 **Messlatte für Medienmacht?**  
KEK-Symposium über „medienrelevante verwandte Märkte“

## journalismus

- 17 **Geiz ist nicht geil**  
Eine honorarfreie Woche  
18 **Schleichwerber im Abseits**  
Herbstforum der „Initiative Qualität im Journalismus“  
20 **Ab in den Giftschränk**

- Plusminus-Sendung: Debatte über den Umgang der Presse mit diskriminierten Minderheiten  
21 **Schwieriger Grenzgang**  
Interview mit Professor Christian Pfeiffer  
22 **Die Friedensmacher**  
Ein Buch von Peace Counts  
22 **Kritiken häufen sich**  
INSM bedrängt Journalisten

## print

- 24 **Selbstkritischer Blick**  
Journalistentag Baden-Württemberg  
25 **Ältere und Betriebsräte raus**  
Delmenhorster Kreisblatt Verschiebebahnhof für Lokalredakteure

## rundfunk

- 25 **ver.di Fernsehpreis 2005**  
26 **Outsourcing abgefedert**  
Tarifverträge bei Radio-Bremen  
27 **Mobiler Sichtplatz**  
Betexten von Videomaterial

- 28 **Buchrezension: Die bedrohte Existenz**  
28 **Umverteilung von unten nach oben**  
Widerstand beim RBB: höhere Vergütungen für Leitende  
29 **Fußballberichte im Radio gegen Gebühr**  
29 **Moderator verliert erneut gegen RBB**

## film

- 29 **Gagenrechner für Filmschaffende**  
Abrechnungs-Controlling von ver.di entwickelt  
30 **Keine einfachen Rollen**  
Münster: Filmemacher wollen an die reale Not von Jugendlichen andocken  
31 **Filmrezension: Schattenväter**  
31 **Nichtkommerzieller Videoladen**  
Umfangreiches Archiv im Hamburger Medien-Pädagogik-Zentrum

## «M» hat eine neue Webadresse!

Links auf M-Artikel bitte aktualisieren: <http://mmm.verdi.de>

**Journalistentag** | 19. Journalistentag am 26. November in Berlin: Eurovision Content – Brüssel re(digiert) mit“ Es wird unter anderem der Frage nachgegangen, wie europäische Richtlinien, Bestimmungen in die Alltagsarbeit von Redaktionen und Journalisten eingreifen. Spannende Diskussionen mit Experten und Praktikern auf diesem Gebiet sind programmiert. Auch Kurzentschlossene (ohne Übernachtung) können am Journalistentag und auch an der Veranstaltung am Abend zuvor teilnehmen. Info: [www.dju.verdi.de](http://www.dju.verdi.de), Tel: 030|6956 2337, Fax: 030|6956 3657

**Tarifverhandlung Redakteure** | Die zweite Verhandlungsrunde zwischen der dju in ver.di, dem DJV und dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) über einen neuen Gehaltstarifvertrag für die freien Journalistinnen und Journalisten und rund 14.000 Tageszeitungsredakteurinnen und -redakteure ist am 11. November in Hamburg ohne Ergebnis verhandelt worden. Die Tarifparteien vereinbarten, aus den Tarifkommissionen der Gewerkschaften dju in ver.di und DJV sowie des BDZV eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Material für eine eventuelle strukturelle Veränderung des Gehaltstarifvertrags sichten und damit die nächste Verhandlungsrunde vorbereiten soll. Ihr gehören je sechs Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften an. „Gänzlich unakzeptabel“, so ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke, „ist die Tatsache, dass die Zeitungsverleger ein halbes Jahr nach Auslaufen des Gehaltstarifvertrages nicht in der Lage

sind, ein Angebot vorzulegen und ihre Vorstellungen zu konkretisieren.“ Der nächste Verhandlungstermin wird voraussichtlich der 13. Dezember 2005 sein.

**Treffpunkt Filmschaffende** | Die Filmschaffenden treffen sich jeden zweiten Dienstag alle zwei Monate 19.30 - 21.30 Uhr im Restaurant Borchers, Geschwister-Scholl-Straße / Ecke Erikastraße, in Hamburg-Eppendorf. Am Dienstag, den 10. Januar 2006 findet der erste Treffpunkt Filmschaffende statt. Weitere Termine 2006: 10. Januar; 14. März; 9. Mai; 11. Juli; 12. September; 14. November. Mehr Informationen auf der website von connex-av, der Interessenvertretung von Medienschaffenden (Rundfunk – AV-Produktion – Film – Neue Medien) in ver.di; [www.connex-av.de](http://www.connex-av.de)

**Buchkultur in der Diskussion** | Unter dem Titel: „Verlage im Umbruch – Chancen und Risiken für Buchkultur, Unternehmen, Autoren und Beschäftigte“ werden am 2. Dezember 2005 um 18 Uhr in der Universität Stuttgart (Stadtmitte) Hörsaal M 2.11, Breitscheidstr. 2 b der Verleger Dr. Wulf D. von Lucius, der Autor Manfred Zach, die Hohenheimer Kommunikationswissenschaftlerin Prof. Dr. Barbara Pfetsch und Martin Dieckmann vom ver.di-Bundesvorstand über folgende Fragen diskutieren: Ist die Erhaltung der Buchkultur noch ein Ziel für modernes Verlagsmanagement? Haben nur noch Verlage mit internationalen

## recht

- 32 Abgeblitzt**  
Urkundenfälschung verurteilt

## internationales

- 33 Verbot aufheben**  
Gericht erklärt Aktion gegen Özgür Politika für rechtswidrig
- 33 Aktion für Jennifer Latheef, Malediven**
- 34 Nicht ohne Ethik-Kodex**  
Erfahrungen europäischer Länder mit der Selbstkontrolle
- 35 Starfoto für die Pressefreiheit**
- 36 Streiks gegen Niedriglöhne**  
Britische Gewerkschaft versammelt Aktivisten im Tariffkampf
- 37 Auskünfte eingeklagt**  
Journalistin aus Zagreb gegen kroatischen Premierminister

## rubriken

- 38 Service / Seminare / Adressen  
40 Impressum  
43 Leute / Preise

## Medienalltag Europa

Erneut neigt sich ein Jahr dem Ende zu. Die letzte M-Ausgabe 2005 ist im Kasten. Gerade noch rechtzeitig zum diesjährigen Journalistentag – wie jedes Jahr am letzten November-sonnabend. Die profilierte Jahresveranstaltung der Medienfachgruppen in ver.di riskiert dieses Mal den Blick über den deutschen Tellerrand, um journalistische Arbeit in europäischen Dimensionen zu betrachten. Denn „in dem Maße wie Europa zusammenwächst, die technischen Möglichkeiten sich erweitern und zarte Anfänge einer europäischen Öffentlichkeit zu beobachten sind, wächst der Regelungsanspruch der EU-Kommission“ (S. 8–11). JournalistInnen kommen an europäischen Regelungen nicht mehr vorbei, nehmen sie ihren Rechercheauftrag und den Qualitätsanspruch nach umfassender Darstellung ernst. Es ist kein einfacher Stoff, weder die Entstehung der Brüsseler Gesetze und Verordnungen – meist unheimlich langwierig – noch die

Anwendung in der Praxis. Trotzdem ist es spannend, bestimmt es doch zunehmend den Alltag aller deutschen Bürger. Das zeigt auch die aktuell-hitzige Debatte um Schleichwerbung und Product Placement in Deutschland, die gerade zur rechten Zeit entbrannte, um sich aktiv an der Entwicklung der neuen EU-Richtlinie „Audiovisuelle Inhalte ohne Grenzen“ beteiligen zu können. Dafür nutzt die dju zum Beispiel ihr Engagement in der Initiative Qualität (S. 18 / 19). Auch die kritische Auseinandersetzung mit den „zweifelhaften Botschaftern“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gehört dazu, die es gar nicht mag, wenn ihre Manöver der schlechenden Medien- und Meinungsbeeinflussung zunehmend ins Licht gezerzt werden (S. 22 / 23). An der Übernahme des Berliner Verlages durch die britisch-amerikanische Finanzgruppe um David Montgomery stört nicht die europäische Grenzüberschreitung. Was die Belegschaft

des Berliner Zeitungskonzerns, ver.di sowie viele gesellschaftliche Persönlichkeiten zu harschen Protesten veranlasste, ist vielmehr der Umstand, dass erstmalig Renditejäger ohne verlegerischen Anspruch in die deutsche Zeitungsbranche einbrechen. Das Kulturgut Zeitung droht, dem reinen Kommerz unterworfen zu werden (12 / 13). Auf dem Weg der Globalisierung gibt es weitere überzeugende Belege branchenfremder Verflechtungen, die die Unabhängigkeit der Medien in Europa beeinflussen, wenn etwa Rüstungsindustrielle Zeitungen betreiben (S. 14 / 15)! Die Leserinnen und Leser haben viel Zeit die aktuelle M-Ausgabe zu studieren, den das nächste Magazin erscheint leider erst Ende Februar. Bis dahin allen besinnliche Weihnachtstage und einen guten Start ins Jahr 2006.

*Karin Wenk,  
verantwortliche Redakteurin*

# bündig

Verflechtungen Chancen am Markt? Gibt es auch unter neuen Bedingungen noch so etwas wie Autorenpflege? Geht die Gewinnerorientierung der Verlage zwingend zu Lasten der Beschäftigten? Die öffentliche Podiumsdiskussion der Stuttgarter Fachgruppe Verlage und Agenturen in ver.di. wird von Jo Fruehwirth (SWR) moderiert.

**Band für Mut und Verständigung 2005** | Zum 13. Mal verleiht das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, welches sich 1991 als Reaktion auf die gewalttätigen Übergriffe auf Ausländer in Hoyerswerda gründete, das „Band für Mut und Verständigung“ an Menschen aus Berlin und Brandenburg, die durch ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor ausländerfeindlichen Gewalttaten beschützt oder durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben. Postkarten werden an Institutionen und Organisationen verteilt, um Vorschläge machen zu können. Das Motto: „Rote Karte gegen Gewalt und Rassismus“. Einsendeschluss ist der 1. März 2006. Infos: [www.respekt.dgb.de](http://www.respekt.dgb.de)

**Afrika-Seminar** | Unter dem Titel „Afrika in der deutschen Presse – ein schwarzer Fleck“ führt die dju ein Seminar zur Qualität, Entstehung und den Verwertungsbedingungen der Berichterstattung über afrikanische Themen in deutschen Medien (Focus: Print und Hörfunk) in Zusammenarbeit mit dem EED und der

<http://mmm.verdi.de>

Mit Archiv von 1996 bis heute

Bundeszentrale für politische Bildung vom 9. bis 11. Dezember 2005 in Ammersbeck bei Hamburg durch. Kosten für ver.di-Mitglieder 50 EUR, für Nicht-Mitglieder 100 Euro. Anmeldung: Fritz Gleiß, dju-Hamburg, <mailto:fritzgleiss@yahoo.com>

**Erschienen: Fachheft zum Zeitungsdesign** | Den „Grundlagen des Zeitungsdesigns“ ist der soeben erschienene Band 7 der Fachheftreihe „Satztechnik und Typografie“ aus dem Verlag der schweizerischen Mediengewerkschaft Comedia gewidmet. Er erschließt Mediengestaltung, aber auch anderen an Typografie interessierten Menschen einen Designbereich, der zu den anspruchsvollsten gehört. ver.di-Mitglieder kommen in den Genuss eines Vorzugspreises. Infos: [www.comediaverlag.ch](http://www.comediaverlag.ch) unter „Lehrmittel“ oder über [drupa@verdi.de](mailto:drupa@verdi.de)

**Informationsfreiheitsgesetz online** | Ab Januar 2006 kann jeder-mann bei Bundesbehörden die Herausgabe von genau benannten Informationen oder auch Akteneinsicht verlangen. Möglich macht dies das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), für das sich unter anderem auch die dju in ver.di jahrelang engagiert hatten (siehe auch Newsletter 3/2005 - [http://service.verdi.de/tipps\\_empfehlungen/internet/newsletter3-2005\\_html/#thema](http://service.verdi.de/tipps_empfehlungen/internet/newsletter3-2005_html/#thema)). Es ist im Bundesgesetzblatt erschienen. Als Download liegt die Pdf-Datei bei Netzwerk Recherche unter: [www.netzwerkrecherche.de/newsletter/25/ifg-bundesgesetzblatt-050913.pdf](http://www.netzwerkrecherche.de/newsletter/25/ifg-bundesgesetzblatt-050913.pdf)



**Sonderpreis ab 1. Dezember:**  
zzgl.  
**20,-** Euro  
Versandkosten



## Presseplaner 2006

### Terminer, Datenbank und Ratgeber im Kompaktformat

Der Presseplaner wurde entwickelt von Journalisten für Journalisten.

Er enthält zusätzlich zu dem Kalender für 2006 und Seiten für eigene Adressen: Honorarkalkulator, Jobbörse, Steuertipps, Medienrecht, neue Rechtschreibregeln, Foto-Profitricks, Business English, Journalistenpreise, Kompaktdaten zu Deutschland und der Europäischen Union, Formulare, Checklisten, Rechercheadressen, Links u.v.m.

Schwarzer Echt-Ledereinband in handlichem Westentaschenformat (10x14x1 cm). Steckfächer für Visitenkarten und den neuen Presseausweis. Stabile 6-Loch-Ringmechanik. Kalendarium mit den wichtigsten Jahrestagen und Jubiläen.

Inhalt: Ca. 200 Seiten, mehrfarbig. Limitierte Auflage. Aktuelle Ergänzungen erhalten Käufer kostenlos auf der passwortgeschützten Internetseite [www.presseplaner.info](http://www.presseplaner.info)

#### Bezugsadresse:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH  
Postfach 1207, 70773 Filderstadt  
Telefax: 0711 / 70 01 53 10  
E-Mail: [service@verlag-weinmann.de](mailto:service@verlag-weinmann.de)  
Oder über die Medienfachbereiche in den ver.di-Landesbezirken

Herausgeber: Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di

## ARD-Verfassungsklage im Gebührenstreit

MÜNCHEN. Die ARD beschloss am 25. Oktober, beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde gegen die jüngste Festsetzung der Rundfunkgebühren einzulegen. Dabei gehe es den Sendern nicht um das konkrete Finanzvolumen, das der ARD für die Erfüllung ihrer Aufgaben fehle, erklärte ARD-Vorsitzender Thoams Gruber in München. Im Mittelpunkt der Verfassungsbeschwerde stehe der „Grundwert der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“. Dazu gehört die Vorgehensweise der Politik, die sich 2004 über die Empfehlung der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hinweggesetzt hat. ver.di hat die Entscheidung der ARD „als notwendigen und wichtigen Schritt zur Sicherung der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ begrüßt. „Die Eingriffe der Ministerpräsidenten können im Interesse eines staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems nicht hingenommen werden“, so ver.di-Vize Frank Werneke. „Reformen des Rundfunks müssen anderen Leitbildern als Kahlschlagkonzepten folgen, sich vielmehr an Programm- und Arbeitsqualität und an journalistischer Unabhängigkeit orientieren“.

## Aus für Beschäftigte von TV Today

HAMBURG. TV-Today soll künftig auch von TV Spielfilm redaktionell betreut werden, verkündete Burda Ende Oktober. Von den 40 Beschäftigten der TV Today-Redaktion in Hamburg sollen zehn bleiben dürfen. Die übrigen 30 versuche man über eine Jobbörse zu vermitteln, verlautet es aus der Chefetage des Verlages. Erst in diesem Jahr war TV Today von der Burda Verlagsgruppe aufgekauft worden. „Seit Burda in Hamburg aktiv ist, sind im Verlagswesen bereits ca. 300 Arbeitsplätze weggefallen – und das bei Unternehmen, die schwarze Zahlen schreiben“, so ver.di-Sekretärin in Hamburg Eva Schleifenbaum.

## Tarifabschluss im Buchhandel Baden-Württemberg

STUTTGART. Nach zähem Ringen verständigten sich ver.di und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels Baden-Württemberg in der dritten Verhandlungsrunde auf gleich drei neue Tarifverträge für die Zeitschriften- und Buchverlage. So erhalten Vollzeitbeschäftigte für den Zeit-

raum 1. Mai 2005 bis 30. April 2006 eine Einmalzahlung von 280 Euro. Auszubildende erhalten im Januar 2006 75 Euro. Ab 1. Mai 2006 werden die Gehälter um 1 Prozent linear erhöht. Laufzeit bis 30. April 2007. Der Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag wird ebenfalls bis zum 30. April 2007 verlängert.

Der Manteltarifvertrag wird mit einer wesentlichen Änderung nahtlos zum 1. Januar 2006 wieder in Kraft gesetzt. Für den Erhalt der 37-Stunden-Woche, der zusätzlichen Leistungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld), den Erhalt des Geltungsbereichs für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unveränderter längerer Kündigungsfristen und der Freistellungstage aus persönlichen Gründen mussten Kürzungen bei den Zuschlägen für Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit zugestanden werden. „Der Abschluss ist ein Erfolg für die Beschäftigten und vor allem der tatkräftigen Unterstützung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die klar und deutlich die Ablehnung der Arbeitgeberforderungen zum Ausdruck brachten“, bewertete ver.di-Verhandlungsführer Rudi Munz das Ergebnis. ■

## Schweriner Zeitungsverlag droht mit 100 Entlassungen

SCHWERIN. 100 der gut 340 Mitarbeiter des Schweriner Zeitungsverlages, der zu den größten Arbeitgebern in der Stadt zählt, sollen entlassen werden. Alternativen gibt es für die 50 Mitarbeiter in der Druckerei und die 50 in der Redaktion keine, zumindest nicht in Schwerin. Die Schweriner Volkszeitung und ihre Schwesternblätter Norddeutsche Neueste Nachrichten und Der Prignitzer erscheinen in so genannten Ein-Zeitungs-Kreisen: eine Lokalzeitung pro Gebiet. „Für die strukturschwache Region ist nicht nur der Verlust von 100 Arbeitsplätzen kaum zu verkraften, sondern die Qualität der ohnehin ausgedünnten Regionalberichterstattung wird weiter zurück gefahren – damit die schwarzen Zahlen in Flensburg noch schwärzer werden“, so ver.di-Mediensekretärin Eva Schleifenbaum. Hintergrund der massiven Stellenstreichung dürfte die Übernahme des Schweriner Zeitungsverlages durch den Schleswig-holsteinischen Zeitungsverlag (SHZ) mit Sitz in Flensburg sein. Der hatte Anfang des Jahres dem Burda-Verlag die Schweriner Volkszeitung und ihre Schwesterblätter für einen Preis von vermutlich gut 60 Millionen Euro abgekauft. In Flensburg hat der SHZ in den vergangenen drei Jahren für Missstimmung in der noch 520 Beschäftigte umfassenden Belegschaft gesorgt. 25 Redakteure sind entlassen worden, weitere 100 Stellen

im Verlag über natürliche Fluktuation oder Altersteilzeit abgebaut worden. In die Kritik geriet der SHZ auch, als er im April die komplette Sportredaktion abseits des gültigen Arbeitsrechts in eine eigenständige GmbH entsorgte und dort nun zu schlechteren, außertariflichen Bedingungen weiterbeschäftigt. *brei/red.* ■

## Übersetzerhonorare müssen angepasst werden

BERLIN. In zwei Urteilen hat das Landgericht Berlin Ende September und Ende Oktober festgestellt, dass die ursprünglich vereinbarte Vergütung der Übersetzer nicht angemessen war, und den Verlagen eine Einwilligung in eine Vertragsänderung nach § 32 UrhG auferlegt. Enttäuschend sei zwar, dass sich das Gericht nicht zu einer Erhöhung des ursprünglichen Normseitenhonorars durchringen konnte. Dafür habe es den Übersetzern aber unter Verweis auf ein früheres Münchner Urteil eine Auflagenbeteiligung in Höhe von 2% vom Nettoladenpreis zugesprochen, die mit dem nach Normseiten berechneten Grundhonorar verrechnet

werde, heißt es in einer Pressemitteilung des Verbandes deutschsprachiger Übersetzer (VdÜ).

Weiter hielt das Gericht einen Übersetzeranteil von 25% am Nettoerlös aller Nebenrechtsverwertungen für angemessen. „Freilich werden sich die Urteile im Instanzenweg bewähren müssen. Dennoch sind sie ein Signal an die Verlage, ihre Blockadehaltung gegen die Aufstellung gemeinsamer Vergütungsregeln aufzugeben und gemeinsam mit dem VdÜ ein faires Rahmenwerk für Übersetzungshonorare zu schaffen“, so der VdÜ. VdÜ Pressestelle: [presse@literaturuebersetzer.de](mailto:presse@literaturuebersetzer.de) ■

## Verkaufsgespräche für Frankfurter Rundschau

HAMBURG / FRANKFURT. Die SPD-Medienholding DDVG hat mit Gesprächen über den Verkauf der Tageszeitung Frankfurter Rundschau (FR) begonnen. Ziel sei es, die Mehrheit an der FR im Laufe des kommenden Jahres zu verkaufen, sagte SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier Anfang November in Hamburg. „Es gibt großes Interesse im Markt aus den Reihen

der deutschen Verlagswirtschaft“, erklärte sie. Die DDVG stehe nicht unter Druck und könne mit dem Verkauf im Zweifelsfall noch warten. Der Verkauf an einen Finanzinvestor, wie er gerade bei der Berliner Zeitung geschehen ist, sei nicht vorgesehen. „Das wäre widersinnig“, sagte Wettig-Danielmeier. Schließlich habe die SPD die FR gerade vor einem solchen Schicksal bewahren wollen. Die Partei-Holding hatte die FR im Frühjahr 2004 für einen Euro samt Schulden übernommen und umgehend ein Sanierungsprogramm für das angeschlagene Blatt gestartet. Nach dem Abbau von mehr als 300 Stellen und dem Verkauf des Verlagsgebäudes in der Frankfurter Innenstadt stehe die Zeitung nun deutlich besser da, sagte DDVG-Geschäftsführer Jens Berendsen. Ob die FR in diesem Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis erreiche, hänge vom Verlauf des letzten Quartals ab. Insgesamt seien die Kostenziele erreicht worden und die Anzeigen- und Vertriebslöse leicht ansteigend. Die Zeitung mit einer Auflage von 167.000 Exemplaren werde ihre regionalen Märkte besser ausschöpfen und den bundesweiten redaktionellen Anspruch aufrechterhalten. *dpa* ■

# Sprachdenkmäler

## Kurt Tucholsky – ein Leben für die Zeitung

**Von Dietrich Lade** | Er hat sie reichlich beliefert, nein, was sage ich, reich beschenkt, die Schau- und die Weltbühne vor allem, aber auch nicht weniger als 125 Zeitungen und Zeitschriften von A wie A.I.Z bis Z wie Züricher Student. Etwa 3.000 Texte sollen es insgesamt sein. Ob Leitartikel, Theater- und Buchkritik, Essay, Feuilleton, Reisebericht, Glosse, Aphorismus (Schnipsel genannt), Gedicht – kein Genre fehlt. Und in jedem hat er Bilderbuchbeiträge geschrieben (die in der ersten Niederschrift nach seinen Worten noch „krumplig“ und „schwerfällig“ waren). Ich lese sie mit Kopfnicken, mit einem Ja auf der Zunge; ich „schmunzle“ mich durch die Texte, bekomme Gänsehaut. Er nannte Heinrich Heine einen Jahrhundertkerl. Doch war der Mann mit den fünf PS im 20. Jahrhundert nicht selber einer? Nicht als Humorist oder Bänkelsänger, wie ihn manche gerne sehen möchten, sondern als einer, bei dem die Satire alles durfte, weil er Satire konnte. Der Kurt Tucholsky, geboren 1890, gestorben 1935. Siebzig Jahre ist das nun her. Bekommen wir jetzt mehr Tucholsky, da die Arbeiten honorarfrei werden? Zugreifen! Von der auf 22 Bände angelegten Gesamtausgabe liegen 17 vor.

Als bedenklich betrachtete Kurt Tucholsky das Verhalten der damaligen Redakteure, deren Großteil die Manuskripte wie Schulaufsätze lese und zensiere. „Der Durchschnittsredakteur, der von seiner Gottähnlichkeit überzeugt sei, sollte seinen Stolz auf die Tarifverhandlungen verlegen und den Kollegen helfen, „nicht wie man armen Leuten hilft, sondern indem er seine, ihre, unsere Sache fördert“. Dem „Durchschnittsredakteur“ mangle es an Geduld. „Es soll immer alles gleich da sein und von Anfang an vollkommen. Er will alles sofort haben, telegrafisch am liebsten gestern und immer: den Schlager. So gehts nicht. Wertvolles muss wachsen (...).“ Es sei journalistische Pflicht, „zu experimentieren, tastend zu versuchen, von vorn anzufangen: Das hat S. J. immer getan.“ Das Kürzel steht für Siegfried Jakobsohn, Gründer der Schau- und der Weltbühne, der für ihn der Wunschredakteur war. Peter Panter, eines der bekannten fünf Pseudonyme, verwandelte sich in Gratulation extra in einen Panther und bedankte sich bei seinem „Bändiger“ für den schönen Käfig, weil er sich darin so wohl fühle. Jeder, der meint, Tucholsky habe nichts und

niemanden gelten lassen, wird hier (auch in Beiträgen über Alfred Polgar, Maximilian Harden, Roda Roda, Franz Hammer, Larissa Reissner) eines anderen belehrt.

### ■ Als gäbe es eine Oberzeitung

Kurt Tucholsky war kein Zeitungswissenschaftler, aber mit der Institution Presse befasste er sich durchaus – auf seine Weise. So zum Beispiel in der Geschichte „Von dem Manne, der keine Zeitungen mehr las“. Andreas Grillruhm, Verkäufer für Türklinken und Held des Geschehens, stellte erstaunt fest, dass die von ihm abonnierten Blätter („Das tägliche Morgenbetet“ – „Der Händehoch“ – „Allgemein Hinkender Politischer Bote für die Umgebungsung“ – „Die Türklinke“) auf eine mysteriöse Weise bis auf das jeweilige Modewort übereinstimmten. Als gäbe es eine Oberzeitung, von der alle anderen abschrieben.

1919 entdeckte Kurt Tucholsky eine kleine Schrift unter dem Titel „Sozialisierung der Presse“. Flugs nahm er sich des Themas, das heute als innere Pressefreiheit diskutiert wird, an und fand heraus, das Annoncengeschäft müsse „doch irgendwie einen starken Einfluss auf die politische und kulturelle Haltung der Blätter haben“. Möglichen Einwänden entgegen tretend, fügte er hinzu, es geschehe nicht so simpel, dass der Chef in die Redaktionsräume trete und proklamiere: „Von morgen an wird nichts mehr gegen den Alkohol geschrieben; von übermorgen an werden die Kinos gelobt.“ Der Einfluss sei stiller und gefährlicher. Der schlimmste Zensor sitze im eigenen Hause. Da zensiere „der Inserent“. Der damals 29-Jährige bezeichnete seinen Artikel freimütig als Ketzerei und verlangte eine Reform. Hintergründig schloss er: „In 200 Jahren ist dies alles, was ich hier geschrieben habe, vergessen und verweht. Oder verwirklicht.“ Wenn er wüsste, wie heute über die Trennung von Journalismus und Werbung diskutiert wird?

In „Presse und Realität“ (1921) stellte er fest, die Wiedergabe von Ereignissen werde nicht der Wahrheit möglichst angenähert, sondern so gestaltet, dass man sie für die Wahrheit ansieht, dabei aber die Interessen von Auftraggebern, Industrie und Parteien gewahrt bleiben. „Der Nachrichtendienst ist das komplizierteste Lügengewebe, das je erfunden worden ist.“ Die Wirklichkeit, wie sie von der Zeitung ser-



Foto: DLA / Marbach

### Kurt Tucholsky in Läggesta, Schweden, 1928

viert werde, habe ein Sieb passiert. Übrig bleibe: „Die Welt – gekürzte Volksausgabe und für den Schulunterricht bearbeitet.“ Die Aufmachung tue ein Übriges und verleite den Leser, die Erde unbewusst in „Groß- und Kleingedrucktes“ einzuteilen. Als wichtiges Thema schlug Tucholsky in einem Gedicht der Boulevardpresse vor: „Prämierung des kleinsten Damennabels.“

### ■ Handwerk als Voraussetzung

Wenn journalistisch-literarische Texte ihre Zeit überdauern, dann nicht nur wegen ihrer Aktualität, sondern auch wegen ihrer sprachlichen Brillanz. Kurt Tucholsky hat Sprachdenkmäler gesetzt. Er liebte das Handwerkliche, das für ihn kein Ziel war, jedoch eine Voraussetzung. Was er dem von ihm verehrten Weltbühnen-Kollegen Alfred Polgar in der Buchbesprechung „Schwarz auf weiß“ lobend bescheinigte, traf auf ihn mindestens in gleicher Weise zu. Er arbeitete an einer Seite Prosa wie „an einer Bildsäule“, schrieb ein „gepflegtes, durch alle Regeln der Grammatik schlüpfendes Deutsch“. Bei Kurt Tucholsky drängeln sich die Worte nicht „vor der Hirnpforte des Lesers. Sie gleiten hinein, verbeugen sich artig voneinander ...“ Er wollte und konnte „der deutschen Sprache nie etwas Böses tun“. Er hat ihr nur „viele prächtige Kinder gemacht.“ – Warum gehen Journalisten auf die Sprachmüllhalde? Warum lesen sie nicht Tucholsky? ■



# Das große Töröö

## Leitmedien und ihre Leitfiguren wie Benjamin Blümchen

**Von Wulf Beleites** | Der Bild-Aufmacher Anfang November ist ein journalistisches Lehrstück: „Seid ihr Politiker IRRE?“ In dieser Zeile steckt investigativer Stimmisch, gekoppelt mit hintergründiger Sachaufklärung in Frageform. Und knallharte Fakten schließen sich in den fetten Unterzeilen an: „Münche schmeißt hin – Stoiber will nicht mehr – Große Koalition vor dem Aus? – KEINER denkt an unser Land!“ Nur noch Kai Diekmann ist Deutschland und er kämpft, muss kämpfen! Denn, so Diekmann in einem FAZ-Interview, „Bild ist, um es mit einer Methapher aus der eher linken Ecke zu formulieren, die gedruckte Barrikade der Straße.“

Kai Diekmann streitet nicht alleine an dieser Barrikaden-Front: Spätestens seit

Aust gar nicht recht, wenn von einem „Kampagnenblatt für die konservative Truppe“ (Hans Leyendecker) gesprochen wird. Über seinen Freund Michael Jürgs wehrt er sich in der Park Avenue „gegen den Vorwurf, mit der FAZ in Person ihres intellektuellen Herausgebers Frank Schirrmacher und mit Mathias Döpfner, Vorsitzender des Axel-Springer-Verlags, ein nicht etwa heimliches, sondern vielen unheimliches Kartell der Medienmächtigen zu bilden.“

Dabei gibt es für die Spitzenspieler des Medienkartells keinen Grund, in der journalistischen Liga gegen die (noch) amtierenden Politiker den Ball flach zu halten. Denn sie haben eine populäre Kollegin als mächtige Verbündete in ihren Reihen:

nen Wohl interessiert. Er lässt sich von seinem Assistenten als ‚Majestät‘ behandeln und übergeht ständig den Stadtrat.“ Ganz klar: Politiker sind irre.

Benjamin Blümchen hingegen ist nicht nur ein sprechender Elefant, sondern er spricht auch die Sprache der Straße, setzt sich engagiert für seine Mitbürger ein und geht einfache, aber ungewohnte Wege. Unterstützung findet er bei Karla Kolumna in „einer Koalition der Guten“. Strohmeier: „Sie vermittelt das Bild einer verantwortungsvollen Reporterin, die darauf achtet, dass Wahlversprechen eingehalten und Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Somit ist sie häufig Retterin in der Not. Ihre Ziele verfolgt sie mit der geballten Kraft der Presse.“

### ■ Gesellschaftliches Zerrbild

Karla Kolumna ist also „die gedruckte Barrikade der Straße“, das „Sturmgeschütz der Demokratie“ und unterstützt publizistisch die „Selbstbehauptungskräfte der Deutschen“, die „daher Merkels natürliche Koalitionspartner“ seien, wie Spiegel-Mann Steingart im Wall Street Journal kühn und engagiert behauptet.

So weit, so stimmig, denn Neustadt liegt an der Spree. Nur, wer ist dieser Benjamin Blümchen wirklich, dass Kai und Karla, Stefan und Frank ihn so tatkräftig hoch schreiben. Vordergründig ist er eine kleine radikale Minderheit. Doch die Grünen sind sicherlich nicht gemeint, Gysi und Lafontaine schon gar nicht. Vielmehr ist Benjamin Blümchen einer, der tapfer seinen Weg geht, einer, der nicht aufgibt, auch wenn die Lage aussichtslos erscheint. Denkt er an Neustadt, so denkt er „an unser Land“. Er ist Deutschland.

Politologe Strohmeier sieht in den Neustädter Verhältnissen ein gesellschaftliches „Zerrbild“, das „aus politikwissenschaftlicher Sicht keineswegs das Prädikat wertvoll“ verdiene. Doch über 60 Millionen verkaufte Kassetten können nicht irren und müssen als besonders wertvoll eingestuft werden. Das sieht auch Kai Diekmann so, wenn er sich auf seinen verstorbenen Konzern-Chef beruft: „Wer wissen will, was los ist, muss auf die Abstimmung am Kiosk gucken.“

Benjamin Blümchen ist also die neue Leitfigur für unsere vermeintlichen Leitmedien. Und vielleicht wird er sogar demnächst in den Rang eines „Botschafters“ der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ erhoben und erobert nicht nur Karla Kolumnas, sondern noch viel mehr Redaktionsstuben. Dann ist wirklich „Arschlochalarm“ (Tom Schimmek in der taz) in den Medien angesagt, denn dann wird es richtig losgehen mit dem ganz großen Töröö. ■



Foto: Kalle Jakobsen

### Wulf Beleites ist freier Journalist in Hamburg

dem gemeinsamen Kampf gegen die Rechtschreibreform gibt es ein eingespieltes Team von Spiegel, Springer und FAZ, das mit eindeutigen Wahlkampf-Vorausagen, Kolumnen und Analysen eine neo-liberale Dreierkette bildet. Und über die Flanken schlagen die beiden Berliner Büroleiter Gabor Steingart (Spiegel) und Hans-Ulrich Jörges (stern) die Bälle kräftig mit nach vorne.

### ■ Die Sprache der Straße

Zwar ist der Spiegel schon lange nicht mehr „im Zweifel links“ (Rudolf Augstein), will aber dennoch das „Sturmgeschütz der Demokratie“ (Augstein) bleiben, und so ist es Chefredakteur Stefan

Karla Kolumna, die rasende Reporterin und engagierte Politik-Kritikerin aus Neustadt, aus der Heimat von „Benjamin Blümchen“ und „Bibi Blocksberg“.

Der Passauer Politologe Gerd Strohmeier hat die seit 1977 und 1980 erscheinenden Hörspiele um den trötenden Elefanten und die fliegende Hexe auf ihre politischen Inhalte und Aussagen hin untersucht und die Ergebnisse jetzt in der Zeitschrift Politik und Zeitgeschehen veröffentlicht. Seine Analyse der Neustädter Politik- und Medienwelt: Böse Politiker, gute Bürger und auf deren Seite engagierte Medien! Strohmeier: „Die Politiker werden durch den Bürgermeister von Neustadt repräsentiert, und der ist inkompetent, korrupt und immer nur an seinem eige-

# Wie weit reicht Brüssels Arm?



**Die Medien nehmen in der EU eine Sonderstellung ein und unterliegen den Gesetzen des grenzenlosen Binnenmarktes nur eingeschränkt. Sie transportieren Inhalte, Überzeugungen, regionale Eigenheiten und Geschichte. Jedoch in dem Maße wie Europa zusammenwächst, die technischen Möglichkeiten sich erweitern und zarte Anfänge einer europäischen Öffentlichkeit zu beobachten sind, wächst auch der Regelungsanspruch der EU-Kommission.**

Von Daniela Weingärtner

Mehrfach hat die EU-Kommission versucht, ihre Kompetenzen mit dem Argument auszuweiten, dass sie als Hüterin des Binnenmarktes auch über die Medien zu wachen habe. Schließlich sind Medien natürlich auch ein Wirtschaftsfaktor. Die Branche erwirtschaftet laut EU fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Allein im Verlagswesen geben 64.000 europäische Unternehmen fast 750.000 Menschen Arbeit.

1992 veröffentlichte die EU ein Grünbuch über „Pluralismus und Medienkonzentration im Binnenmarkt“, um ihren Anspruch zu untermauern. Doch die Staats- und Regierungschefs wehrten ab: Der Markt für Zeitungen, Magazine und Illustrierte sei an einen abgegrenzten Sprach- und Kulturraum gebunden und

solle deshalb auch künftig Ländersache bleiben. Anders sieht es bei den elektronischen Medien aus. Im Zeitalter von Satellit und Internet machen sie nicht länger an der Landesgrenze Halt. Deshalb hat die EU 1989 die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ verabschiedet, die alle grenzüberschreitend wichtigen Fragen regeln soll. Sie beinhaltet unter anderem ein Tabakwerbeverbot. Es wurde später mit dem Argument, für gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu sorgen, auf alle Medien ausgedehnt. Die Grundsatzfrage, wie weit Brüssels Arm reicht, bleibt aber umstritten. Der Europäische Gerichtshof prüft derzeit zum zweiten Mal, ob die Kommission bei der Tabakwerbung ihre Kompetenzen überschritten hat.

Mit der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“, die am 3. Oktober 1989 in Kraft trat, endete die Enthaltsamkeit der EU-Kommission in medienrechtlichen Fragen. Schon in der Einleitung wird der Gestaltungsanspruch in diesem Bereich gleich aus mehreren Blickwinkeln begründet: Mit fairen Wettbewerbschancen im Binnenmarkt, mit der Meinungsfreiheit und mit der Absicht, europäischen Produktionen bessere Marktchancen gegenüber der amerikanischen Konkurrenz zu verschaffen.

Die wettbewerbsrechtliche Argumentation verläuft entlang der vertraglich festgelegten Binnenmarktregeln. Die Fernsehaktivität stelle „unter normalen Umständen“ eine Dienstleistung dar. Da die Gemeinschaftsverträge den freien Verkehr aller „gegen Entgelt erbrachten“ Dienstleistungen vorsähen, „unbeschadet ihres kulturellen oder sonstigen Inhalts“, müssten Hindernisse zwischen den Mitgliedsstaaten abgebaut und Wettbewerbsverzerrungen verhindert werden.

Das derzeit bei der Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie so heiß umstrittene „Herkunftslandprinzip“ ist in der Fernsehrichtlinie längst Fakt. Es sei „notwendig und ausreichend, dass alle Fernsehsendungen dem Recht des Mitgliedsstaates entsprechen, in dem sie ihren Ursprung haben“, heißt es lapidar. Wenn der Sendestaat die eigenen nationalen Gesetze und den Rechtsrahmen dieser Richtlinie beachte, sei eine weitere Prüfung der Inhalte in den Ländern, wo die Sendung empfangen werden könne, überflüssig.

## ■ Dienstleistung der besonderen Art

Gleichzeitig wird aber deutlich, dass es eben doch nicht um eine Dienstleistung wie jede andere geht. Die neue Richtlinie trage dazu bei, die „Freiheit der Meinungsäußerung“ zu schützen, wie sie in Artikel 10,1 der Europäischen Menschenrechtskonvention verbrieft ist. Da einige Mitgliedsstaaten strengere Auflagen für Programmveranstalter und Kabelbetreiber vorsähen als andere, müssten ein-





heitliche Mindestregeln geschaffen werden, um den freien Meinungs austausch zu ermöglichen. So ist zum Beispiel in Schweden jede Werbung, die sich an Kinder richtet, verboten. Via Satellit aber kommt Thomas Gottschalk mit seinen Gummibärchen ungehindert in schwedische Kinderzimmer.

Die Taktik, einerseits wertebezogen mit dem Schutz der Meinungsfreiheit zu argumentieren, andererseits die fairen Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt ins Feld zu führen, griff die EU-Kommission später auch beim Tabakwerbeverbot auf. Berufen fühlte sich hier Verbraucherschutzkommissar David Byrne, ein zum Abstinenzler gewandelter ehemaliger Kettenraucher. Im ersten Anlauf begründete er den Regelungsanspruch der EU damit, dass die Kommission für die Gesundheit der Bürger mit verantwortlich sei.

Diesen Anspruch wies der Europäische Gerichtshof auf eine Klage der Bundesrepublik hin im Jahr 2000 als zu weitgehend zurück. Daraufhin ließ Byrne das Werbeverbot juristisch neu begründen, diesmal mit den Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt. Zieht Schumacher beim Formel-eins-Rennen in die Zielgerade, während im Hintergrund ein Marlboro-Plakat zu sehen ist, darf der Ausschnitt in einigen Mitgliedsstaaten gezeigt werden, in anderen aber nicht. Deshalb müssen einheitliche Marktbedingungen geschaffen werden, behauptet die Kommission. Auch gegen diese Variante der Werbeeinschränkung hat Deutschland inzwischen geklagt.

### ■ Gleiche Spielregeln für ganz Europa

Bereits in der Fernsehrichtlinie von 1989 wird für das Fernsehen ein Tabakwerbeverbot eingeführt. Ferner dürfen keine Arzneimittel beworben werden, die in einem anderen Mitgliedsstaat rezeptpflichtig sind. Die Werbung für alkoholische Getränke unterliegt „strengen Kriterien“. Sie darf sich nicht gezielt an Minderjährige richten, keine Verbindung zum Autofahren herstellen und nicht suggerieren, Alkohol fördere körperliche Leistung, „sozialen oder sexuellen Erfolg.“

Sponsoren dürfen den redaktionellen Inhalt und den Programmplatz einer Sendung nicht in einer Weise beeinflussen, die „die redaktionelle Unabhängigkeit des Fernsehveranstalters“ einschränkt. Name oder Logo des Sponsors muss eingeblendet werden, verkaufsfördernde Hinweise auf Produkte des Sponsors sind ebenso verboten wie Schleichwerbung. Werbung darf nicht mehr als ein Fünftel der Sendezeit ausmachen. Sie soll den Zusammenhang der Sendung nicht beeinträchtigen, Spielfilme dürfen nur alle 45 Minuten

unterbrochen werden. Der Schutz Minderjähriger soll gewährleistet werden, insbesondere „Pornographie und grundlose Gewalttätigkeiten“ dürfen nicht gezeigt werden. Sendungen, die zum Hass aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion oder Nationalität aufstacheln, sind verboten. Missachtet ein Anbieter diese Einschränkungen, kann sein Programm unter bestimmten Bedingungen in anderen Mitgliedsstaaten gesperrt werden.

### ■ Arabische Sendungen rücken ins Blickfeld

Dass sich diese Vorschrift auch auf Anbieter aus Drittstaaten bezieht, wenn sie Übertragungskapazität eines Mitgliedslandes nutzen, bekräftigten die Vertreter

der Regulierungsbehörden bei einem Treffen mit der zuständigen Kommissarin Viviane Reding im März diesen Jahres. Kurz zuvor hatte die französische Regulierungsbehörde, die für den Satellitenbetreiber von Eutelsat zuständig ist, die arabischen Sender Al Manar und Sahar1 verboten. Der libanesische Sender Al Manar hatte in seinen Programmen Hizbollah-Propaganda verbreitet.

Keinen Zugriff haben die europäischen Behörden allerdings auf Satelliten wie Arabsat, die außerhalb der EU betrieben werden, aber in Ländern der Union empfangen werden können. Hier setzt Viviane Reding auf Tauschgeschäfte, wie sie auch in der Flüchtlingspolitik üblich sind. Im Rahmen der Förderpolitik für die Mittelmeer-Anrainer wird finanzielle

## Dokumentation wichtiger Gesetzestexte der Europäischen Union

3. Oktober 1989	Fernsehrichtlinie
5. Oktober 1995	Entschließung des Rates: Image von Männern und Frauen in der Werbung und den Medien
25. Januar 1999	Entschließung des Rates über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Bekräftigt die Sonderstellung dieses Sektors und die Zulässigkeit von Gebühren, Steuern und Beihilfen
20. Dezember 2000	MEDIA plus: Finanzielle Förderung für die Jahre 2001 bis 2005
12. Februar 2001	Entschließung des Rates zur Buchpreisbindung: Bekräftigt die kulturelle Bedeutung des Mediums Buch, problematisiert aber die durch Reimporte und Internet-Vertrieb entstehenden Wettbewerbs-Verzerrungen
12. Februar 2001	Entschließung des Rates zur nationalen Filmförderung: Betont die Bedeutung von Finanzspritzen und Förderprogrammen in diesem zersplitterten und finanzschwachen Industriesektor, der entscheidend zur kulturellen Vielfalt beiträgt
19. Dezember 2002	Schlussfolgerungen des Rates zur Fernsehrichtlinie: Bestätigt die Linie der Kommission, den Fernsehsektor als freien Dienstleistungsverkehr auf der Grundlage des Ursprungslandprinzips zu betrachten. Betont, dass die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa gewahrt werden und die audiovisuelle Industrie gestärkt werden muss. Erwartet mit Interesse die Vorschläge der Kommission zur Neufassung der Fernsehrichtlinie
30. April 2004	Empfehlung des Parlaments und des Rates, wie der Jugendschutz und der Schutz der Menschenwürde in Rundfunk und Internet verstärkt werden soll
17. März 2005	Vereinbarung der Gruppe hochrangiger Vertreter der Regulierungsbehörden im Rundfunkbereich, wie die Ausstrahlung von Programmen aus Drittstaaten unterbunden werden kann, die zum Hass aufstacheln
11. Mai 2005	Richtlinie von Rat und Parlament über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr. Nationale Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden so weit angeglichen, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen garantiert sind und der Verbraucher in allen Mitgliedsstaaten gleich gut geschützt wird. Das beinhaltet auch das Verbot, Werbung und Redaktionelles im Printbereich zu mischen.

Fotos dieser Doppelseite: European Community, 2005



Foto: EC/CE © Wim Beddegnoots

## Medienkommissarin Viviane Reding will klare Regeln für Product Placement

Unterstützung bei der wirtschaftlichen Entwicklung angeboten und im Gegenzug politisches Wohlverhalten eingefordert. So kaufen sich die Europäer mit ihren Euros bessere Grenzüberwachung, Rücknahmeabkommen für illegale Einwanderer und eben auch arabische Fernsehsendungen, die den Maßstäben der Europäischen Fernsehrichtlinie standhalten. Ende November, wenn der sogenannte Barcelona-Prozess der EU-Mittelmeer-Kooperation 25jährigen Geburtstag feiert, werden diese sensiblen Themen alle wieder auf der Tagesordnung stehen.

## ■ Selbstkontrolle bei der Terrorberichterstattung?

Auch europäische Journalisten will die Kommission stärker als bisher in die Pflicht nehmen. In ihrem Antiterror-Paket vom September diesen Jahres fordert sie eine freiwillige Selbstverpflichtung der Medien, bestimmte Länder oder Bevölkerungsgruppen nicht pauschal als verbrecherisch darzustellen oder ihre Menschenwürde zu beeinträchtigen. Die Medien dürften sich auch nicht zum Sprachrohr terroristischer Organisationen machen oder die Bildung von Netzwerken begünstigen. Die Europäische Journalistenföderation (EJF) sieht darin einen Versuch, die Pressefreiheit einzuschränken und Rechtsunsicherheit zu schaffen. Kein Autor und kein Verlag könne vor

der Veröffentlichung prüfen, ob ein Text den Gesetzen sämtlicher Mitgliedsstaaten entspreche. Jedes Land regle Fragen wie Quellenschutz, Verbreitung von rassistischer Propaganda und Geheimnisverrat in nationaler Gesetzgebung. Daran dürfe auch künftig nicht unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung gerüttelt werden.

## ■ Wirtschaftsfaktor Fernsehen

Fernsehen ist aus der Perspektive der EU-Kommission aber nicht nur ein Instrument der Meinungsbildung und Identitätsstiftung – es ist auch ein Wirtschaftsfaktor. Schließlich ist die audiovisuelle Industrie eine der am schnellsten wachsenden Branchen Europas. Nach neuesten Schätzungen wird sie demnächst fünf Prozent des BIP erreichen und im Jahr 2008 351 Milliarden Euro umsetzen. Deshalb sind Instrumente, die die Marktchancen für europäische Programme weiter verbessern sollen, in die Fernsehrichtlinie eingebaut. „Die Mitgliedsstaaten tragen im Rahmen des praktisch Durchführbaren und mit angemessenen Mitteln dafür Sorge, dass die Fernsehveranstalter den Hauptteil ihrer Sendezeit ... der Sendung von europäischen Werken vorbehalten.“ Sei dies nicht möglich, dürfe der Anteil europäischer Werke zumindest nicht hinter den Stand von 1988 zurückfallen.

In der Praxis hat diese protektionistische Vorschrift an der dominierenden Stellung US-amerikanischer Produktionen wenig geändert. Nur 20 Prozent der Filme, die in Europa zu sehen sind, stammen aus einem der Mitgliedsstaaten, weitere 10 Prozent wurden in europäischer Koproduktion hergestellt. Seit Beginn der 90er Jahre fördert die EU mit dem MEDIA-Programm gezielt europäische Film- und Fernsehproduktionen. Für die nächste Förderperiode von 2007 bis 2013 hat das EU-Parlament 1,055 Milliarden Euro eingeplant. Das Geld soll vor allem in grenzüberschreitende Koproduktionen fließen und kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen. Allerdings hat der Rat in dieser Frage das letzte Wort. Seine Finanzverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. In Zeiten leerer Kassen ist damit zu rechnen, dass bei der Kulturförderung der Rotstift angesetzt wird.

Nicht nur die Programmacher, auch die Betreiber von Fernsehkanälen verzeichneten seit der Liberalisierung des Fernsehmarktes in den 80er Jahren (in Osteuropa seit den 90er Jahren) stetig steigende Gewinne. Seit 2000 allerdings sind die Umsätze rückläufig. Außerdem drängen neue Anbieter wie Spartenprogramme, Pay-TV und Teleshopping in den Markt. Unverändert gut ist die Lage für die Satellitenbetreiber, die im Jahr 2000

in Europa eine Rekord-Umsatzsteigerung von 44 Prozent verzeichnen konnten.

## ■ Sehgewohnheiten im europäischen Vergleich

Nach einer aktuellen Studie im Auftrag der EU-Kommission hatten im Jahr 2002 die öffentlich-rechtlichen Programmanbieter einen Marktanteil von 42,5 Prozent, die Privaten 32,5 Prozent. Den Rest teilten sich Einkaufskanäle, Spartenprogramme und Pay-TV. In fast allen Mitgliedsstaaten, alten wie neuen, bleibt der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Informations- und Nachrichtenquelle Nummer eins. Allerdings sind die Sehgewohnheiten von Land zu Land sehr verschieden. Während ein Ungar täglich im Schnitt 274 Minuten vor dem Fernseher verbringt, wird in Frankreich nur 213 Minuten täglich ferngesehen. Ein deutlicher Riss verläuft in Deutschland entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs: Ostdeutsche verbringen nach einer Erhebung aus dem Jahr 2004 täglich 249 Minuten vor dem Fernseher, Westdeutsche im Schnitt eine halbe Stunde weniger.

Der Konzentrationsprozess ist im europäischen Fernsehsektor weit fortgeschritten. Einige große Programmanbieter teilen den privaten Markt unter sich auf. Das sicherlich extremste Beispiel ist Italien, wo alle drei nationalen privaten Programme dem Mailänder Unternehmer und Regierungschef Silvio Berlusconi gehören. Auch das französische TF1, RTL in Deutschland und ITV in Großbritannien gehören zu den Großen der Branche. In Osteuropa hat der amerikanische Konzern CME mit neun Fernsehstationen in sechs Ländern eine starke Stellung ausgebaut. Die deutsche Bertelsmann-Tochter RTL hat in Ungarn und Kroatien investiert und plant weitere Standorte. Die schwedische MTG betreibt Sender in den baltischen Staaten, Rupert Murdochs News Corporation besitzt die größte bulgarische Fernsehstation und einen Sender in Ungarn.

Die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen sind in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich. Während einige Länder ausländische Beteiligungen beschränken, ist es in anderen verboten, Rundfunksender und Printmedien gleichzeitig zu besitzen. Die Besitzverhältnisse in der Branche sind allerdings undurchsichtig, da der Firmensitz oft in ein Land außerhalb der EU verlegt wird. Seit der Kartellrechtsreform von 2004 hat die EU-Kommission deutlich weniger Einfluss auf die wettbewerbsrechtliche Seite. Seither müssen Zusammenschlüsse unterhalb einer Schwelle von 250 Millionen Euro Umsatz nicht mehr in Brüssel angemeldet werden. Sie fallen in die Zuständigkeit der nationalen Kartell-



behörden. Deshalb wird auch der geplante Zusammenschluss von Springer mit ProSiebenSat1 nicht in Brüssel sondern in Berlin verhandelt.

■ **Wettbewerbsrecht und öffentlich-rechtliche Vorzugsstellung**

Mit Argusaugen wacht die Kommission dagegen darüber, dass der öffentlich-rechtliche Sektor seine Sonderstellung nicht nutzt, um die private Konkurrenz auszubooten. Die Kommission muss verlangen, dass der staatliche Programmauftrag und der wirtschaftliche Wunsch nach Gewinnmaximierung in einem Medienbetrieb sauberlich getrennt werden. Andernfalls würden sich die privaten Anbieter vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg faire Wettbewerbsbedingungen erstreiten. Das Recht der Nationalstaaten, bestimmte Programme etwa durch Rundfunkgebühren zu finanzieren, wird im EU-Recht grundsätzlich garantiert. Im 1997 in Kraft getretenen EU-Vertrag von Amsterdam stellten die Mitgliedsstaaten ausdrücklich fest, dass jedes Land für sich entscheidet, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk finanziert werden soll. Entsprechend sind auch die Werbeauflagen von Land zu Land unterschiedlich. Während ARD und ZDF nur werktags bis 20 Uhr Werbung ausstrahlen dürfen, ist sie zum Beispiel bei der britischen BBC ganz verboten.

Die Kommission achtet aber darauf, dass die Rundfunkgebühren ausschließlich dafür verwendet werden, den gesetzlich festgeschriebenen Sendeauftrag zu erfüllen. Internetdienste dürfen demnach nur programmbegleitend angeboten werden. Ausgelagerte Produktionsfirmen dürfen privaten Wettbewerbern nur aufgrund eigener Einnahmen Konkurrenz machen. Quersubventionen privater Marktstätigkeit durch Rundfunkgebühren sind untersagt. Strittig sind zur Zeit unter anderem Sportrechte, die Nutzung neuer technischer Plattformen weit über das Internet hinaus (einschließlich des Mobilfunks). Auf Antrag privater Fernsehanbieter und einiger Verlage hat die Kommission bereits in mehreren Ländern geprüft, ob Internetseiten öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten gegen Beihilferecht verstoßen. Bislang wurden die Dienste in keinem Fall beanstandet, in Deutschland und Österreich läuft das Prüfverfahren aber noch.

■ **Die Debatte um Product Placement**

Nach Auffassung der EU-Kommission ist kommerzielles Fernsehen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der europaweit einheitliche Rahmenbedingungen braucht. Kürzlich sorgte Medienkommissarin Reding

vor deutschen Zeitungsverlegern mit der Forderung für Aufsehen, sogenanntes Product Placement müsse aus der gesetzlichen Grauzone befreit werden.

Viviane Reding will auch in diesem Bereich einheitliche Verhältnisse in Europa herstellen. Schleichwerbung ist nach der derzeit geltenden Fernsehrichtlinie verboten. Das solle auch so bleiben. Schleichwerbung liegt vor, wenn ein Produkt absichtlich, mit dem Ziel der Werbung, das heißt auch bezahlt, und in irreführender Weise in einer Sendung platziert wird. Aber Reding will in der neuen Richtlinie „Audiovisuelle Inhalte ohne Grenzen“, die die Fernsehrichtlinie ersetzen soll und derzeit in der Kommission vorbereitet wird, auch klare Regeln zum Product Placement verankern. Sie hätte am liebsten eine Lösung nach österreichischem Vorbild. Dort ist Product Placement in Dokumentationen, Nachrichten und Reportagen verboten. In Serien und Filmen, also im fiktionalen Bereich, ist es erlaubt, wenn ein klarer Hinweis für den Zuschauer eingeblendet wird: „Die folgende Sendung enthält Produkte der Firmen A,B und C“. (siehe Seiten 18 / 19) Die sogenannten „Advertorials“, eine Mischform aus Werbung und redaktionellem Beitrag im Printbereich sind seit Mai diesen Jahres in der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken eindeutig erfasst und bleiben somit auch in Zukunft verboten.

■ **Eine Task-Force für die Presse**

Der Streit, wo die Kompetenz der Nationalstaaten im Medienbereich endet und wo die Zuständigkeit der EU-Kommission beginnt, geht mit der Novelle der Fernsehrichtlinie in die nächste Runde. Gleichzeitig streckt Brüssel seine Fühler erneut Richtung Pressewesen aus. Viviane Reding hat eine Task-Force für Presse ein-

gerichtet, die sämtliche europäischen Gesetzesvorhaben daraufhin untersuchen soll, ob sie Einfluss auf die Pressefreiheit haben könnten. Ende September legte sie bei einem Treffen mit Verlegern ihre Pläne dar. Am 6. Dezember ist ein Gipfeltreffen mit Herausgebern geplant, bei dem die Themen Wettbewerbsfähigkeit, Meinungsfreiheit und öffentlich-rechtliche Politik sowie gesellschaftliche Verantwortung der Medien diskutiert werden sollen. Dann will die Kommission auch Ergebnisse einer Umfrage vorstellen, die abfragt, wie die Branche ihre Wettbewerbsfähigkeit angesichts der Herausforderungen des digitalen Zeitalters einschätzt.

In Brüssel wird auch über eine Novelle des Urheberrechts nachgedacht. Nach derzeitiger Rechtslage können Autoren nur Rechte abtreten, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses existieren. Für Werke, die vor 1990 entstanden sind, ist die Internet-Nutzung nicht geregelt, Nachverhandlungen wären enorm aufwändig. Viviane Reding spricht in diesem Zusammenhang vom „Schwarzen Loch des 20. Jahrhunderts.“ Um digitale Bibliotheken zu ermöglichen, ist eine Verwertungsgesellschaft ähnlich der VG Wort denkbar, die Lizenzgebühren einsammelt und an die Autoren weiterreichen könnte.

Die Grenze zwischen rein nationalen Medienmärkten und Inhalten, die in ganz Europa genutzt werden, wird fließend bleiben. Doch der Trend ist klar: Vom Fernsehen ohne Grenzen weitet sich das Spektrum zur weltweit gleichzeitig verfügbaren Online-Information. Der Regelungsanspruch der Brüsseler Bürokratie wächst mit. Da Medien keine Ware wie jede andere sind, werden die Nationalstaaten ihre Hoheitsrechte hartnäckig verteidigen. Der Europäische Gerichtshof wird auch in Zukunft das Thema nicht zu den Akten legen können. ■

**Bei der Eröffnungsveranstaltung der Konvention über die Zukunft Europas mit Valéry Giscard d'Estaing, Jean-Luc Dehaene, Iñigo Mendez de Vigo (v.l.n.r.)**



Foto: European Community, 2005



# Quo vadis, Berliner Verlag?

In der Hand britisch-amerikanischer Finanzinvestoren

Noch am Vorabend der Vertragsunterzeichnung hatten Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaften leidenschaftlich vor dem Verkauf des Berliner Verlags an das britisch-amerikanische Konsortium gewarnt. Vertriebschef Frank Werneke verwahrte sich dabei gegen den Vorwurf angeblicher „Ausländerfeindlichkeit“. Zwar sei das Engagement von – auch internationalen – Finanzinvestoren kein Novum in der deutschen Wirtschaft, wohl aber in der Zeitungsbranche. „Zeitungshäuser leben davon, dass sie langfristige Rendite erzielen, nachhaltig agieren, dass sie sorgfältig mit ihren Leserinnen und Lesern umgehen, dass sie neben den Wirtschaftsinteressen auch immer ein publizistisches Interesse haben“, sagte Werneke. Zeitungen seien „Teil unserer Kulturlandschaft, nicht x-beliebige Unternehmen“.

Mit drastischen Worten hatten auch rund 140 Prominente in einem Aufruf des „Netzwerks Recherche“ die Gefährdung der inneren Pressefreiheit im Berliner Verlag durch den geplanten Deal beschworen. Aus der Sicht von „Finanzabenteurern“ handle es sich um ein normales Geschäft, hieß es darin, „aber deren Raffgier kann den publizistischen Ruin bedeuten“. Gefolgt von einem Appell an den „respektablen Holtzbrinck-Verlag“, sein eigenes publizistisches Ansehen zu bewahren und von der umstrittenen Transaktion abzulassen.

Doch alle Proteste nutzten zunächst nichts. Ende Oktober meldeten die Beteiligten Vollzug. Danach wird der Berliner Verlag – vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes – von den Finanzinvestoren Mecom und Veronis Suhler Stevenson (VSS) übernommen. Sie bestimmen künftig die Geschicke der Berliner Zeitung, des Boulevardblatts Berliner Kurier und der führenden Stadtillustrierten TIP. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart. Nach einer unbestätigten Meldung des britischen „Independent“ soll er bei 100 Millionen Pfund (= etwa

147,6 Millionen Euro) liegen. Die – so fürchten die Betroffenen – müssen jetzt mittels rigidem Kostenmanagement wieder erwirtschaftet werden.

## ■ Qualitätseinbußen befürchtet

Von Verlegerseite kamen zunächst beschwichtigende Töne. Mit dem Verkauf an Mecom/VSS trete „ein verlegergeführtes, finanzstarkes Unternehmen neu und kartellrechtskonform auf den Markt“, äußerte Verlagsgeschäftsführer Stefan von Holtzbrinck. Es werde „im Zuge einer auf lange Sicht angelegten Strategie mit Optimismus in Deutschland investieren“ und verspreche, „im Rahmen einer Wachstumsstrategie die Unabhängigkeit und Qualität der Titel zu erhalten“.

Stellvertretend für die neuen Herren des Berliner Verlags bekundete auch Mecom-Chef David Montgomery prophylaktisch seinen „großen Respekt vor der deutschen Zeitungsindustrie“. Das Konsortium werde „stolzer Hüter der redaktionellen Freiheit“ in den Publikationen des Berliner Verlags sein und begreife sich „höchsten Standards journalistischer Qualität, verlegerischer Integrität und guten Managements“ verpflichtet. Ein Wolf im Schafspelz nach dem Verzehr einer mächtigen Portion Kreide? Nicht wenige der Betroffenen fürchten genau dies. Nach Presseberichten profilierte sich Medienunternehmer Montgomery in den 90er Jahren bei der britischen Mirror-Gruppe als Verantwortlicher für Massenentlassungen und erwarb sich ein zweifelhaftes Image als Gewerkschaftsfresser. Ob er diese Rambo-Rolle auch im Berliner Verlag spielen will?

Der so Gescholtene bestreitet dies. Er kündigte umfangreiche Investitionen in ein neues Redaktionssystem, in die Anzeigentechnik sowie in neue Druckmaschinen an. Zum anderen werde man neue Konzepte für die Blätter des Verlags ent-

wickeln, die nicht zu Lasten der Qualität gingen. Die „Berliner Zeitung“ als „anspruchsvolle Publikation“ werde man noch weiter entwickeln, „zu einer Zeitung etwa vergleichbar mit dem Guardian oder dem Independent in Großbritannien“. Mit ungewöhnlicher Offenheit hatten in den Tagen vor Vertragsabschluss die Redaktionsleitungen von Berliner Zeitung und Berliner Kurier gegen die Übernahme Stellung bezogen. In einem Offenen Brief an die Leser hatte Uwe Vorkötter, Chefredakteur der Berliner Zeitung, vor einem Ausverkauf der publizistischen Ambitionen des Blattes durch Renditejäger gewarnt. Nach der Transaktion gab er sich „beruhigt, zunächst mal“. Darüber, „dass sie hier nicht kurzfristig Kasse machen wollen, dass sie auf hohe journalistische Qualität setzen, dass sie von Berlin aus eine Expansionsstrategie fahren wollen“. Andererseits, so Vorkötter: „Die Skepsis, ob das alles so aufgeht, die gibt es unverändert, und es wäre falsch, darüber hinweg zu reden“.

Unklarheit besteht über die weiteren Expansionspläne von Mecom/VSS. Montgomery hat angekündigt, im Rahmen einer „Buy and build“-Strategie weitere Regionalzeitungen zu erwerben. Nach Auffassung der meisten Branchenexperten gibt es allerdings derzeit kaum freie Objekte für den Aufbau einer solchen Zeitungskette. Zum anderen hat in dieser Frage auch das Bundeskartellamt ein Wörtchen mitzureden. Auch ausländischen Investoren könne eine Expansion in Richtung einer marktbeherrschenden Stellung untersagt werden, warnte vorsorglich Kartellamtschef Ulf Böge. Zunächst aber wollen die Wettbewerbshüter prüfen, ob beim soeben vollzogenen Deal alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Falls durch eventuelle Vereinbarungen über Rückkäufe durch die Hintertür Verstöße gegen das Kartellrecht ermittelt werden, könnte der Verkauf auch untersagt werden. So ganz





Bild: Christian von Polentz / transt

weit hergeholt erscheint eine solche Möglichkeit nicht. Schließlich war Holtzbrinck schon beim kurzzeitigen Verkauf des Tagesspiegel an seinen einstigen Ex-Manager Pierre Gerckens mit einem durchsichtigen Strohmännchen-Manöver auf die Nase gefallen.

Auch nach dem aktuellen Verkauf schwelt der Streit um das Verhalten Holtzbrincks bei der umstrittenen Transaktion weiter. Der Kölner Verlag DuMont Schauberg (MDS) teilte mit, es

habe seit „deutlich mehr als einem Jahr intensive Gespräche mit Holtzbrinck über den Verkauf eines Berliner Verlages“ gegeben. Dabei habe Holtzbrinck „bis zuletzt“ den Eindruck vermittelt, MDS im Fall eines Verkaufs „selbstverständlich und bevorzugt“ an Bietergesprächen zu beteiligen. Holtzbrinck hatte behauptet, DuMont Schauberg habe sein Kaufinteresse zu spät formuliert.

## ■ Redaktionsstatut unerlässlich

Wenn Verantwortliche der Stuttgarter Verlagsgruppe jetzt behaupteten, das restriktive deutsche Kartellrecht habe keine Alternative zugelassen, sei dies eine reine Schutzbehauptung, argumentiert auch ver.di. Schließlich sei die wettbewerbsrechtliche Situation auf dem Berliner Zeitungsmarkt bekannt gewesen. Auch hätten sich „durchaus kaufkräftige Interessenten auf dem heimischen Markt“ für Berliner Zeitung und Tagesspiegel interessiert, sagt Martin Dieckmann, medienpolitischer Referent von ver.di. Und zwar nicht nur DuMont und die WAZ-Gruppe. Er erinnert an das groteske Ministererlaubnisverfahren im Jahr 2003 im Hause von Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement. Damals habe es „einen Großverleger gegeben, der hat eine 20jährige Bestandsgarantie geboten – Heinz Bauer“. Den habe Holtzbrinck aber nicht gewollt. In Wahrheit sei es darum gegangen, das bewährte Regelwerk der deutschen Pressefusionskontrolle im Sinne der Großverlage zu durchlöchern.

Von 20jährigen Bestandsgarantien ist bei den neuen Eignern selbstverständlich nicht die Rede. Nicht mal von einer „langfristigen Beschäftigungssicherung“ für die rund 750 Kolleginnen und Kollegen des Berliner Verlags, wie sie Betriebsrat und ver.di fordern. Kein Unternehmen könne in diesen Zeiten Derartiges versprechen, so die kühle Absage von Mecom-Boss Mont-

gomery. Und wie steht es mit dem Versprechen der Investoren, sich als „stolzer Hüter der redaktionellen Freiheit“ im Verlag zu engagieren? Die Unterstützung von Betriebsrat und Gewerkschaft dürfte gewiss sein. Ver.di-Vize Frank Werneke plädiert für eine Absicherung der publizistischen Unabhängigkeit, „insbesondere durch Redaktionsstatute und Mitbestimmungsrechte bei der Besetzung der Chefredaktionen“. Der Entwurf für ein Redaktionsstatut soll in Kürze vorliegen.

Die Belegschaft will die neuen Eigner beim Wort nehmen und sich gegen negative Auswirkungen überzogener Renditeorientierung zur Wehr setzen. Unmittelbar nach dem Verkauf konstituierte sich der Konzernbetriebsrat (KBR) der Berliner Verlagsgruppe. Ihm gehören die Vertreter der Betriebsräte des Berliner Verlags, der G+J Berliner Zeitungsdruck, des TIP-Verlags und der G+J-Anzeigenzeitungen an. Erste KBR-Vorsitzende ist Renate Gensch, in Personalunion auch Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlags. „Wir fordern Arbeitsplatzgarantien, den Erhalt der Berliner Verlagsgruppe, die Vorlage aller Kon-

zepte und Businesspläne sowie die Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat“, sagt Gensch.

## ■ Für Arbeitsplatzsicherheit und Mitbestimmung

Im künftigen Aufsichtsrat der Berliner Verlagsgruppe könnte auch ein alter Bekannter sitzen: Gerd Schulte Hillen, seit seinem Abgang bei Bertelsmann 2003 nach eigenem Bekunden Besitzer eines „lebenslangen Abos“ der Berliner Zeitung. Der G+J-Konzern-Betriebsausschuss forderte ihn brieflich auf, sich für die bei G+J bewährte „gute Unternehmenskultur“ in Sachen Arbeitsplatzsicherheit und Mitbestimmung auch bei den neuen Eigentümern „mit aller Kraft einzusetzen“. Insbesondere die Bildung von Redaktionsbeiräten und die Verabschiedung eines Redaktionsstatuts für die Berliner Verlagsgruppe seien unerlässlich, „um zu verhindern, dass die journalistische Unabhängigkeit und die Qualität der Verlagsprodukte reinen Rendite-Überlegungen zum Opfer fallen“. **Günter Herkel ■**

## Von Rotarmisten zu Heuschrecken

### 60 Jahre Berliner Verlag – eine bewegende Geschichte

„Es ist ein Abenteuer, aber Sie kriegen in Ihrem Leben nur einmal so'n Angebot, eine Hauptstadtzeitung zu machen“, jubelte Erich Böhme, Ex-Chefredakteur des Spiegel, als er im November 1990 den Job als Herausgeber der Berliner Zeitung übernahm. Im Auftrag von Gruner + Jahr war er angetreten, aus der regionalen Ost-Gazette ein liberales Hauptstadtblatt zu entwickeln, eine Art „Washington Post“ für Berlin.

Schon ein halbes Jahr vor dem Verkauf der meisten anderen SED-Bezirkszeitungen durch die Treuhänder an westdeutsche Großverlage wurde der Berliner Verlag und mit ihm die Berliner Zeitung vom neuen Besitzer PDS abgestoßen: an ein Joint Venture der Robert Maxwell Communications mit Gruner + Jahr. Maxwell ging bald wieder von Bord. Damit begann eine neue bewegte Etappe in der Geschichte des Verlags und seines publizistischen Flaggschiffs.

„Berlin lebt auf“ – unter dieser Headline war am 21. Mai 1945 die erste Ausgabe der „Berliner Zeitung“ erschienen, herausgegeben von Angehörigen der Roten Armee und Mitgliedern der KPD. Der wenig später gegründete Berliner Verlag gab in den folgenden Jahren eine Reihe weiterer massenattraktiver Publikationen heraus – neben dem Boulevardblatt BZ am Abend die Neue Berliner Illustrierte, die Frauenzeitschrift Für Dich, die Wochenpost, die Freie Welt sowie die TV-Zeitschrift FF Dabei. Die Gesamtauflage dieser Printprodukte lag zum Zeitpunkt der Wende bei rund zehn Millionen Exemplaren.

Die neu errungene Pressefreiheit brachte einer Vielzahl von Beschäftigten wenig Glück. Unter dem neuen Besitzer Gruner + Jahr ging es mit den Zeitschriften bergab. Keines der genannten Traditionsblätter überlebte. Der Verlag hatte offenbar mehr Interesse am Absatz seiner Westprodukte auf dem gesamtdeutschen Markt als an der Neuformatierung dieser Zeitschriften. Der ganze Ehrgeiz der Hamburger konzentrierte sich auf die Berliner Zeitung und - mit Abstrichen - auf das Boulevardblatt Berliner Kurier. Im Herbst 1997 versuchte man, mit einem millionenschweren Relaunch, der Berliner Zeitung endlich überregionales Format zu geben und ihren Aufschwund zu stoppen. Doch schon bald war die Aufbruchstimmung wieder dahin. Als mit der Rezession in der Zeitungsbranche Auflage und Anzeigenumsätze weiter bröckelten, fackelte Gruner + Jahr nicht lange und verkaufte Ende 2002 den Verlag an den bisherigen Konkurrenten Holtzbrinck. Ein Schachzug, der wegen Konzentrationsrechtlicher Bedenken sofort die Kartellwächter auf den Plan rief und in eine dreijährige Hängepartie mündete.

Nun wechselt der Berliner Verlag mitsamt der Berliner Zeitung abermals den Besitzer. Ob die einstigen publizistischen Ambitionen Böhmes unter Montgomery und Co – als Finanzinvestoren auch als Heuschrecken bezeichnet – Bestand haben werden, erscheint äußerst zweifelhaft. **kel ■**



# Globalisierung und SelbstZensur

## Branchenfremde Verflechtungen bedrohen Unabhängigkeit der Medien in Europa

**Branchenfremde Verflechtungen mit dem Medienbereich bedrohen zunehmend die Unabhängigkeit der Medien – mitten in Europa. Die um sich greifende Konzentrationsform birgt die Gefahr der Selbstzensur als Lancierung oder Auslassung bestimmter Inhalte. Sie gehört zu den drei Besonderheiten, die den Prozess der Medienglobalisierung neben Medientechnologie und der Verfügung über Medieninhalte vom Prozess der allgemeinen Globalisierung unterscheiden.**

Frankreich 2004/2005: Ein vorgesehenes Interview über umstrittene Rüstungslieferungen nach Taiwan wird im Le Figaro nicht abgedruckt. Journalistischer Alltag? Oder eine Folge der Übernahme der Zeitung durch den Rüstungsindustriellen Serge Dassault? Nachweise sind grundsätzlich schwer, viele Betroffene schweigen, um ihren ohnehin meist prekären Arbeitsplatz bzw. Status als Feste Freie nicht zu gefährden. Außerdem ist Selbstzensur nicht nur journalistisch tabuisiert.

### ♦ Zur Autorin

Christiane Leidinger, promovierte Politologin, Lehrbeauftragte in Berlin und Autorin des Buches: Medien – Herrschaft – Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse. Münster: Westfälisches Dampfboot 2003

Multisektorale Konzentration wie solche Verflechtungen mit dem Medienbereich á la Dassault genannt werden, sind historisch – Stichwort: Hugenberg – keineswegs neu. Neu ist allerdings die Zunahme im Zuge der Globalisierung der Medien. Dabei sind die Branchen, mit denen sich die Medienunternehmen verflechten, weit gestreut: Sie reichen vom Großhandel über Touristikunternehmen bis zur Atom- und Rüstungsindustrie. Speziell in Europa ist eine Verstärkung multisektoraler Konzentration zwischen Tagespresse und Rüstungsindustrie zu verzeichnen, wofür Namen wie Dassault, Fiat/Ite-di und Lagardère stehen. Auch aktuelle

Beispiele wie der Kauf des Berliner Verlages (Berliner Zeitung, Kurier, tip) durch den britischen Unternehmer David Montgomery mit der Beteiligungsgesellschaft Mecom in einem Konsortium mit Veronis Suhler Stevenson (VSS), gehören zu den branchenfremden Verflechtungen.

### ■ Immer weniger Akteure

Komplexer und umfangreicher werdende Kapitalverflechtungen sind seit Mitte der neunziger Jahre gleichsam zum Symbol für den Globalisierungsprozess mit seinen politikgestalteten, neoliberalen Kräften Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung geworden. Trotz gelegentlich entflechtender Tendenzen nimmt die Zahl unternehmerischer Akteure in der globalen Medienlandschaft stetig ab.

Das globale Mediensystem besteht aus (mindestens) drei Gruppen, die ein dynamisch-amorphes und komplexes Netzwerk bilden: Die erste Gruppe setzt sich aus nicht einmal mehr zehn transnational agierenden, überwiegend börsennotierten Konzernen mit Stammsitzen in Nordamerika, Asien und Europa zusammen. Sie bilden globale Oligopole, die den Markt gegenüber Neueinsteigern hermetisch abriegeln. Als Gruppenmitglieder gelten derzeit AOL Time Warner, Disney, News Corporation, Bertelsmann, Viacom/CBS, General Electric/NBC, Vivendi Universal, Sony und AT&T.

Die zweite, dynamischste Gruppe, die durch die ökonomische Übermacht der ersten leicht übersehen wird, besteht bisherigen Schätzungen zufolge aus rund 60 bis 90 Konzernen, die als transnational-regionale Machtzentren zu begreifen sind und die sich vor allem in asiatische Märkte, aber auch nach Mittel- und Osteuropa ausbreiten. Zwar ist die Regionalisierung von Medienkonzernen auch eine Antwort auf den Ausschluss vom Weltmarkt, dem so neue Inklusionen gegenübergestellt werden. Die Konzerne speziell der zweiten Gruppe sind aber – ganz im Sinne der Formel von der sogenannten Glocalisierung als Globalisierung und Lokalisierung zugleich – als integraler Bestandteil des glo-

balen Mediensystems und nicht als dessen ausgelagerte Gegenbewegung zu verstehen.

In der dritten, größten und zahlenmäßig noch nicht bezifferten Gruppe, versammeln sich alle nationalstaatlich und regional ansässigen Medienkonzerne. Obwohl ihre ökonomische Macht im Vergleich zu den Unternehmen der beiden anderen Gruppen gering ist und sie nur wenig oder gar nicht transnational aktiv sind, verfügen ihre Produkte über eine meinungsbildende Bedeutung im lokalen und (über)regionalen Raum, die teils über den jeweiligen Staat hinausweist, wie etwa die Schweizer Neue Züricher Zeitung. Das Lokale ist demnach integrativer, in Relation stehender Aspekt der Globalisierung der Medien, nicht aber dessen Gegenteil. Insofern ist es weder ausreichend, Globalisierung als einen Prozess zu verstehen, bei





dem das Globale das Lokale völlig vereinnahmt, noch ist es sinnvoll, die lokalen und regionalen Gegenbewegungen als potente Gegenspieler zu den globalen Kräften zu begreifen und aufzuwerten.

Am Rande dieser dritten Gruppe orientieren sich inzwischen einige Konzerne verstärkt transnational und sammeln Know-how, um perspektivisch vor allem in die zweite Gruppe zu streben. Beispielsweise expandieren Konzerne, die teilweise in ihren ökonomischen Herkunftsländern eher unbekannt sind, in Staaten Mittel- und Osteuropas, wie etwa die bundesdeutsche Verlagsgruppe Passau, die auf den polnischen lokalen Tageszeitungsmarkt drängte und deren dortige politische Rolle äußerst umstritten ist: Einst politische Blätter wurden nach deutschem Vorbild zu unkritischen Heimatpostillen umgekrempelt, die kein heißes Eisen mehr anfassen. An solchen Beispielen zeigt sich, wie problematisch „globale Zugriffe“ auf das Lokale sind.

## ■ Die Besonderheiten der Ware Medien

Die sog. global players als Akteure der Globalisierung mit ihren entgrenzten Aktivitäten stellen wohl die prominenteste Übereinstimmung zwischen dem allgemeinen Globalisierungsprozess und dem der Medienglobalisierung dar. Dennoch

sind die Besonderheiten der Ware Medien an sich – beispielsweise durch die Produktionskosten, die ganz anders als bei anderen Waren unabhängig von der Zahl der RezipientInnen sind – noch keine hinreichenden Argumente für ausgewiesenes Spezifisches an der Globalisierung der Medien. Dafür ausschlaggebend sind drei zentrale Elemente, die sich zu einer Trias verdichten lassen: Die Besonderheiten des Medienglobalisierungsprozesses lassen sich an der Bedeutung von Technologie, multisektoraler, also branchenfremder Konzentration und der Verfügung über Medieninhalte festmachen.

1. Für den Bereich der Technologie lauten wichtige Stichworte: bessere Bild- und Tonqualität, neue und beschleunigte Übertragungswege, Digitalisierung, Schaffung neuer globaler Medienformen wie das Internet sowie neue Rezeptionsformen, etwa interaktives Fernsehen. Entgegen der Bedeutung von Technologie für die Globalisierung der Finanzmärkte als zentralem Hilfs- und Verstärkungsmittel, ist sie im Medienbereich strukturelle Voraussetzung und starker Motor des Prozesses. Technologie ermöglichte z. B. entgrenzende Sendung von Programmen via Kabel und Satellit und eine immense Kanalvervielfältigung, was zur Grundlage für die Etablierung neuer Anbieter auf dem Markt wurde.

2. Verstärkungen multisektoraler Konzentration sind für die Zeit nach 1945, speziell seit den achtziger Jahren zu verzeichnen. Dabei drängt zumeist branchenfremdes Kapital auf den Medienmarkt (und nicht umgekehrt). In Europa liegen Länderschwerpunkte in Griechenland und Frankreich. Die Datenlage zu dieser Verflechtung ist (gesetzesbedingt) allerdings äußerst dürftig und entsprechend ist wenig konkretes Wissen zugänglich. Sobald Medien und andere Waren sozusagen unter einem Konzerndach produziert werden, kann es über die Berichterstattung, die den nicht-medialen Konzernteil berührt, zu konfligierenden Interessen kommen, die mehr oder weniger klar auf Profit und Machtfragen zurückzuführen sind; der Ausgang solcher Konflikte ist offen. Als zwei Typen lassen sich zum einen die Auslassung nicht genehmer Inhalte und die bewusste Platzierung gefälliger Inhalte charakterisieren. Zum anderen ist das die Einbindung börsennotierter Konzerne in Finanzspekulationen (shareholder value-Orientierung) als Quelle von Instabilität.

Besonders augenfällig ist die Problematik – wie eingangs beschrieben – bei gesellschaftlich umstrittenen Industriezweigen wie etwa bei der Atom- oder der Rüstungsindustrie. Wie sich der potentielle Einfluss auf die Redaktion bzw. die JournalistInnen auswirkt, ist schwer zu kalku-

lieren. Eindeutige Zensureingriffe erfolgen wohl je nach Land eher selten. Viel wahrscheinlicher sind dagegen subtilere Methoden und Mechanismen: Wird Zensur durchgeführt, angedroht oder auch nur befürchtet, so sind in diesem Machtinstrument bereits (un)bewusste selbstzensorische Maßnahmen von Medienschaffenden angelegt. Diese sollen einem möglichen zensorischen Akt vorbeugen. Diese enge Verbindung von Zensur und Selbstzensur lässt sich mit dem Begriff Selbstzensur fassen. Kritische oder auch einfach nur in irgendeiner Hinsicht problematische Inhalte in den Medien kommen so bei privat-industriellen Interessenlagen, speziell bei branchenfremdem Verflechtungen, kaum noch vor. Chancen zur Veröffentlichung haben dagegen marktgängige Inhalte, was nicht selten als vermeintlicher Nachfragesachzwang getarnt wird. Andere fallen strukturell aus der Konstruktion medialer Realität heraus.

3. Die Verfügung über Medieninhalte als weiteres und damit zusammenhängendes, besonderes Element der Globalisierung der Medien bedeutet im Vergleich zu anderen Waren erstens die Möglichkeit der strukturellen Begrenzung des Zugangs zu Öffentlichkeiten und zweitens die quantitativ wie qualitativ extensive Möglichkeit, auf Öffentlichkeiten politisch, kulturell und sozial Einfluss zu nehmen. Damit verfügen die herrschaftlich oligopolisierten oder gar monopolisierten Konzerne der entfesselten Medienwirtschaft über ein immenses politisches Machtpotential der Strukturierung und Beherrschung der Öffentlichkeit. Dies gilt es auf unterschiedlichen Wegen politisch, etwa supra-nationalstaatlich re-regulierend und gesellschaftlich zu begrenzen und zwar auch mit grundlegenden politischen Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen.

## ■ Breite Diskussion anfachen

Nicht zuletzt mit Blick auf teils schwindende kritische Ansprüche im Berufsverständnis von JournalistInnen, auf die Verengung des Erwerbsmarktes und auf die fortschreitende Prekarisierung von journalistischen Arbeitsbedingungen sind als Folgen der Medienglobalisierung Praktiken marktstrukturell vermittelter Selbstzensur zu befürchten. Dieses Potential konzentrationsmitbedingter Selbstzensur stellt in eklatanter Weise die Unabhängigkeit der Medien in Frage und bedroht massiv die autonome Arbeit von Journalistinnen und Journalisten. Eine Enttabuisierung selbstzensorischer Praktiken wäre ein erster Schritt, eine breite Diskussion anzufachen und damit auch Widerstandsmöglichkeiten auszuloten.

Christiane Leidinger ■



Foto: Saba Laudanna



# Messlatte für Meinungsmacht?

Foto: Saba Laudanna

## KEK-Symposium über „medienrelevante verwandte Märkte“

Die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) vor ihrem spektakulärsten Fall: In Kürze entscheiden die Konzentrationswächter über die Zulässigkeit des Kaufs von ProSiebenSat.1 durch den Axel Springer Verlag. Mitte Oktober diskutierte die Kommission mit Medienrechtlern und Medienwissenschaftlern auf einem Symposium in Potsdam über die Messbarkeit medialer Meinungsmacht.

Laut Rundfunkstaatsvertrag soll die KEK verhindern, dass private Fernsehunternehmen vorherrschende Meinungsmacht erobern. Eine solche Macht wird dann vermutet, wenn eine Senderkette im Jahreschnitt 30 Prozent Zuschaueranteile erreicht. Gleiches gilt auch schon bei 25 Prozent, falls das betreffende Unternehmen gleichzeitig auf einem so genannten medienrelevanten verwandten Markt eine vorherrschende Stellung hat. Viel mehr steht nicht drin im Gesetz. Wie meist stecken die Tücken im Detail. Was sind überhaupt besonders medienrelevante verwandte Märkte? Gibt es Abstufungen, welche sind dem Fernsehen besonders nahe und wie kann man sie gewichten?

Horst Röper, Geschäftsführer des Dortmunder Formatt-Instituts, erinnerte eingangs an die Entstehungsgeschichte des Zuschauermarkt-Anteilmodells. Die darin enthaltenen Prozentmargen seien von Ex-Wirtschaftsminister Clement und von Stoiber als eine Art Länderkompromiss ausgehandelt worden. Ursprünglich habe man den Wert von 25 Prozent als

Marktanteilobergrenze fixieren wollen. Dann aber habe Bertelsmann die CLT übernommen, wodurch der Marktanteil der neu gebildeten CLT-Group diesen kritischen Wert überschritten habe. Daraufhin „musste die Obergrenze angehoben werden, und das geschah über Nacht“, so Röper. Die teilweise „sehr differenzierte und sehr haarklein auf die vermeintlichen Absichten der Gesetzgeber bezogene rundfunkrechtliche Debatte“ stehe „in krassen Widerspruch“ zu dem, „wie Politik in der Praxis gemacht wird“.

### Keine Bedeutungsskala

Die KEK muss nun sehen, wie sie mit dieser gesetzlichen Grundlage klar kommt. Professor Hubert Gersdorf von der Uni Rostock wandte sich dagegen, eine Art „Bedeutungsskala“ für die einzelnen Medienmärkte zu entwerfen. Der Gesetzgeber unterscheide schließlich zwischen Fernsehen einerseits und den medienrelevanten Märkten andererseits. Deswegen sei es rechtlich nicht haltbar, die Leserzahlen, die ein Medienunternehmen erzielt, 1:1 mit den Zuschauerzahlen eines Senders gleichzusetzen. Aus Springers Perspektive wohl wahr, denn dies hätte in der Tat dramatische Auswirkungen auf die Bewertung des Springer-Engagements bei ProSiebenSat.1. Schließlich müssten die Konzentrationswächter dann allein rund 11 Millionen Bild-Leser zu dem derzeitigen Zuschaueranteil der Sendergruppe von gut 22 Prozent zählen. Womit der Fusionsfall

dann wohl negativ entschieden wäre. An der Bedeutung des Boulevards für das Gewicht von Meinungsmacht gibt es gleichwohl wenig zu deuteln.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist die Bewertung von Zuschauer- und Publikumskontakten bei der Kontrolle vorherrschender Meinungsmacht aber gar nicht zu vermeiden. Urteilte zumindest Professor Uwe Hasebrink vom Hamburger Hans-Bredow-Institut für Medienforschung. Zu prüfen seien vor allem das Gewicht von Hörfunk, Tageszeitungen, Wochenpresse, Publikumszeitschriften, aber auch von Special-Interest-Zeitschriften oder Online-Nutzung. Ob aber analog zum Fernsehen auch bei diesen Mediengattungen allein Reichweiten und Marktanteile geeignete Messlatte für Meinungsmacht seien, zog auch Hasebrink in Zweifel. Denkbar sind für ihn auch andere Kriterien wie etwa die Relevanz eines Mediums für die Meinungsbildung. Es gehe „eben nicht um Eurosport“, sondern „eher um nachrichten- und informationsorientierte Angebote“. Denkbar sei auch, den positiven Einfluss eines Mediums auf eher weiche Kriterien wie „allgemeine Lebensorientierung, Wertvorstellungen Geschmacksmuster“ einzubeziehen.

### Dreisatzrechnung und andere mathematische Formeln

Wie aber misst man nun die Bedeutung eines Mediums für die politische Meinungsbildung? Professor Wolfgang Seufert von der Friedrich-Schiller-Universität Jena plädierte dafür, den Informationsanteil und die Kontaktmenge – beim Hörfunk etwa die Reichweite und die Nutzungsdauer – im Vergleich zum Fernsehen zu ermitteln. Die entscheidende Frage sei aber, ob die Wirkungspotentiale der einzelnen Mediengattungen im Verhältnis 1:1 gewertet werden könnten. Seuferts Vorschlag: Man könne doch – wie die Werbewirtschaft – die Kontaktpreise der einzelnen Medien als Indikator nehmen, um die Qualität des jeweiligen Medienkontakts zu berechnen. Dann ließe sich „mit Dreisatzrechnung“ ermitteln, „was ein Prozent Fernsehmarktanteil in Hörfunkmarktanteil oder in Zeitungsmarktanteil wäre“. Nun ja.

„Es gibt nicht die letzten Wahrheiten und die genauen mathematischen Formeln“, resümierte KEK-Vorsitzender Dieter Dörr etwas ratlos, „das haben unbestimmte Rechtsbegriffe so an sich“. Am bisherigen Zeitplan für den konkreten Fusionsfall Springer-ProSiebenSat.1 Media will die KEK übrigens festhalten. Man sei bemüht, so Dörr, das Verfahren „bis Ende des Jahres“ zu entscheiden.

Günter Herkel ■



# Geiz ist nicht geil

## Eine honorarfreie Woche des Fotografen Günter Zint

**An allen Ecken und Enden fehlt Geld. Firmen und Institutionen haben das Sparen zur höchsten Tugend erklärt. Ich betreibe seit 40 Jahren eine Fotoagentur, die zur Zeit kaputt-gespart wird.**

Ein paar Beispiele aus einer Woche: Ein Mitarbeiter von GEO ruft an: Herr Zint, wir machen eine größere Geschichte über St.Pauli. Können Sie uns dabei mit Ihren Kenntnissen und Erfahrungen helfen. Na klar kann ich das, nach 40 Jahren Kiez-Erfahrung. Ich bin aber nicht die Pressestelle von St.Pauli. Ich bin Journalist und brauche deshalb wenigstens ein Informationshonorar. Rückruf am nächsten Tag: „Informationshonorar zahlen wir grundsätzlich nicht. Aber es ist doch auch von Vorteil für sie, wenn ihr Name genannt wird“. Aus dem Alter bin ich raus, in dem ich scharf darauf bin, meinen Namen gedruckt zu sehen. Also: Auftrag futsch. Der Verleger des Hamburger Stadtmagazins OXMOX hat es auf den Punkt gebracht, indem er bei einer Honorarklage sagte:

„Bei mir im Impressum zu stehen, ist Bezahlung genug.“ (Kleiner Trost: Er verlor den Prozess.)

Das nächste Geschäft bahnt sich an. Ein Fernsichteam eines Hamburger Senders kündigt sich an. Drei Personen drehen in meiner Agentur zum Thema Jugendkultur der 60er Jahre. Viele Fotos werden reproduziert. Als ich der (vermeintlichen) Redakteurin einen Lieferschein mit den Geschäftsbedingungen in die Hand drücke, fragt sie: „Was ist denn das?“ Ich erkläre ihr, dass dies zur Abrechnung der Sendehonorare dient. „Ach, das kostet was? Dann können wir das nicht senden.“ Die „Kollegin“ war eine Praktikantin, die bisher nur PR Agenturen und Pressestellen kennengelernt hatte. Wen wundert's, es ist ja inzwischen üblich ganze Redaktionen mit Praktikanten zu besetzen.

Aber die Woche ist ja noch nicht zu Ende. Nächster Anruf: ZDF, Frau G.: Wir machen eine Sendung zu 20 Jahre „Ganz unten“ von Günter Wallraff. Wir haben verschiedene Fotos aus Ihrer Urheber-

schaft im Archiv. Der Produktionsleiter lässt nachfragen, ob wir da nicht einen Sonderpreis haben? Ich mache klar, daß auf meinen Lieferscheinen deutlich steht: Honorar nach MFM-Richtlinien. Schließlich werden nur zwei Fotos ausgesucht. Erneuter Anruf: „Da gibt es doch sicherlich einen Mengenrabatt?“ Ich bin sprachlos und werde ärgerlich: „Wir haben mit der dju (ver.di), der VG Bild-Kunst und dem BVPA (MFM-Richtlinien) in langen Verhandlungen und Prozessen Tarife und Honorare festgelegt, die nun unterlaufen werden sollen. Entweder sie bezahlen nach Tarif, oder sie nehmen meine Fotos aus der Sendung.“ Frau G. entschuldigt sich. Das sei wohl eher ein Problem dieser Redaktion als des ZDF. Hoffentlich hat sie Recht.

Der nächste Anruf macht mir Hoffnung: Die Fotoredaktion von Schrot & Korn ruft an. Wir haben 20jähriges Jubiläum und brauchen Fotos vom Autofreien Sonntag 1973, von Anti-AKW-Demos in Brokdorf, von Demos gegen die Notstandsgesetze 1968 und von der Startbahn West. Frau T. hätte schon erfolglos bei CORBIS (Bill Gates) Getty Images und Google nachgeschaut. Bei mir bekommt sie, was sie sucht. Endlich kann ich ein paar Fotos verkaufen. Allerdings befürchte ich, dass Frau T. das nächste Mal vergebens anrufen wird. PAN-FOTO ist dann Pleite. ■



# Schleichwerber im Abseits

Herbstforum der „Initiative Qualität im Journalismus“  
im DeutschlandRadio in Berlin



Ein wahrhaft heißes Eisen hat die „Initiative Qualität im Journalismus“ angepackt: „Qualitätsfalle Schleichwerbung: Abwege und Auswege“ lautete das Motto der gemeinsamen Veranstaltung der dju in ver.di, des DJV und des Deutschen Presserats im Oktober. Drei Diskussionsrunden, besetzt mit hochkarätigen Medienschaffenden und -experten, beschäftigten sich unter dem Dach des DeutschlandRadios in Berlin mit Schleichwerbung im Fernsehen, mit der Einflussnahme der Wirtschaft auf den redaktionellen Teil der Printmedien und mit den Plänen der EU zur Deregulierung der TV-Werbung.

„Die Fahnder am Tatort: Schleichwerber künftig chancenlos?“ hieß das Thema der ersten Runde. Wie können sich Sender vor schleichender Werbung und Produktplatzierungen schützen? Ins öffentliche Bewusstsein gerückt war die Problematik ausgerechnet durch Praktiken im öffentlich-rechtlichen Programm: Der Skandal um die ARD-Tochter Bavaria wegen Schleichwerbung in der Serie „Marienhof“ hatte hohe Wellen geschlagen. Weitere Fälle betrafen etwa die Arztserie „In aller Freundschaft“ oder das Sat.1-Frühstücksfernsehen. Darüber, wie solche Vorkommnisse zu sanktionieren sind und welche Regeln künftig gelten sollen, wurde kontrovers diskutiert. Weitgehend einig war man sich, dass Schleichwerbung verboten bleiben soll. Umstritten blieb, ob Product Placement künftig in bestimmten Bereichen erlaubt sein soll und wo die Grenze zwischen Legalem und Illegalem zu ziehen ist.

Der Imageschaden der ARD durch den Marienhof-Skandal ist groß. Hermann Eicher, Leiter der neu gegründeten ARD-Clearingstelle, sprach denn auch von einer bitteren Erfahrung, die aber nicht mit Bestechung oder Korruption verglichen werden könne. Von den Produzenten lasse man sich nun mit Auftragsvergabe Schleichwerbefreiheit und den Verzicht auf Produktionskostenzuschüsse zusichern. Eicher auf die Frage, warum Regelverstöße nur bei den Privaten bußgeldpflichtig sind: „Wir brauchen solche Druckmittel nicht.“ Keinen Anlass zur

Panik sieht Norbert Schneider, Direktor der Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen. Er sei sich sicher, dass die für die Kontrolle des privaten Rundfunks zuständigen Landesmedienanstalten mit ihren Stichproben 80 bis 90 Prozent der Fälle entdecken. Infolge der Marienhof-Debatte habe man die Kontrollen intensiviert, aber keine nennenswerte Steigerung festgestellt. Schneiders Seitenhieb auf die ARD: „Wenn man jemanden erwischt, sollte man ihn mit Bußgeldern bestrafen, auch im öffentlich-rechtlichen Bereich.“

## ■ Politische Botschaften

Produzent Gerhard Schmidt (Gemini-film) hält Schleichwerbung in ihrer Wirkung für überschätzt. Er wehrt sich gegen den Generalverdacht, dass sich Produzenten bereichern wollten: „Produktplatzierungen dienen dazu, die Herstellungskosten zu decken.“ TV-Movies seien meist unterfinanziert, oft wären kleine Summen entscheidend. Dass Product Placement unverzichtbar sei, stehe sogar in Lehrbüchern für Filmstudenten. Er unterstütze eine Legalisierung in bestimmten Fällen. Vor allem wünschte sich Schmidt Klarheit: „Halberlaubtes soll richtig erlaubt werden, Halbverbotenes richtig verboten.“

Jürgen Doetz, Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT) befürwortete eine Deregulierung: Nur so könne man dem zunehmenden Refinanzierungszwang auf dem internationalen Markt gerecht werden. Der VPRT fordere eindeutige Definitionen, keine grundsätzliche Liberalisierung. Kennzeichnete Produktplatzierungen sollten erlaubt sein – wie etwa im Print-Bereich durch das Wörtchen „Anzeige“. In Nachrichten- und Informationsprogramme gehöre kein Product Placement. Im fiktionalen Bereich muss es zulässig sein, bei Spielfilmen halte er die Nennung der Werbetreibenden im Vor- oder Abspann für ausreichend. Bei Reise-, Motor- oder Servicesendungen könne man ein Produktzeichen einblenden. Nach Meinung von Doetz wirken sich Medienpartnerschaften

nicht aufs Programm aus. Volker Lilienthal, Ressortleiter bei epd medien, sieht vieles kritischer: „Die Kommerzialisierungstendenzen haben zugenommen“. Lilienthal, der die Vorgänge beim „Marienhof“ enthüllt hatte, weiter: „Es geht nicht nur um Produkte, sondern auch um politische Botschaften.“ So wären etwa bei n-tv Auslandsberichte von Hilfswerken gesponsert worden. Im Gegenzug habe man deren Wirken herausgehoben und besonders positiv dargestellt. Eine Nennung der Werbetreibenden im Abspann schaffe kaum Transparenz. Entschieden war Lilienthal gegen Produktplatzierungen nicht nur in Informationssendungen, sondern wegen ihrer Thematisierungsfunktion auch im Fiktionalen. So gibt es Beispiele, dass „hässliche Themen“ wie Aids aus dem Programm gefallen sind, weil sie einem Werbekunden nicht gepasst haben. Selbst bei Koch- und Modesendungen habe er Bauchschmerzen, so der Medienkritiker.

## ■ Trennungsgebot sollte Chefsache sein

Das zweite Panel widmete sich unter dem Titel „Wenn Werbekunden mehr wollen: Presse unter Druck“ der Vermischung von werblichen und redaktionellen Teilen in den Printmedien. Kommen aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Situation Zeitungen und Zeitschriften ihren Werbekunden immer weiter entgegen? Wie können sich Redaktionen vor den Wünschen der umkämpften Anzeigenkunden schützen? Ilka Desgranges, Sprecherin des Deutschen Presserates, konstatierte: „Die Presse ist nicht so frei, wie sie es nach dem Pressekodex sein sollte.“ 2004 habe sich der Presserat mit 16 Verstößen gegen das Trennungsgebot befasst. Das waren jedoch nur Fälle, gegen die Beschwerde erhoben wurde. Es ist anzunehmen, dass es viel mehr derartige Kodexverletzungen gibt. Jedoch: „Viele Leser erkennen nicht, was passiert.“ Teilweise würden die Werbekunden die Redaktionen regelrecht erpressen. Ein Problem liege in der Ausbildung: Immer



**Im ersten Panel diskutierten (v.l.n.r.):  
Jürgen Doetz (VPRT), Dr. Hermann Eichler  
(ARD), Dr. Volker Lilienthal (epd medien),  
Gerhard Schmidt (Geminifilm),  
Prof. Dr. Norbert Schneider (Lfm).**

weniger handwerklich versierten Journalisten stünden immer mehr PR-Leute gegenüber.

Wenig optimistisch zeigte sich Sergej Lochthofen, Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen: So ehrenvoll die Bemühungen des Presserats seien, die Vermischung von Redaktion und Werbung werde in 15 Jahren Standard sein. In Frauenzeitschriften etwa sei diese Tendenz schon weit fortgeschritten. Gerade junge Verbraucher gewöhnten sich rasch an die Vermischung von Redaktionellem und Werbung. Dem widersprach Clemens Bauer, Geschäftsführer der Rheinischen Post, Düsseldorf: „Das junge Publikum reagiert auf platte Beeinflussung empfindlich“. Er setzte auf gemeinsames Handeln von Verlag und Redaktion: „Die Einhaltung des Trennungsgebots ist Aufgabe für die Spitze eines Hauses.“ Da dürfe es keinen Druck von der Anzeigenabteilung geben. Er ist überzeugt: „Qualität verkauft sich am Ende immer.“

Christian Schlottau, Marketingleiter beim Spiegel, hielt die Vermischung von Redaktion und Werbung für kontraproduktiv, da die Glaubwürdigkeit für den Leser sinke. Der Spiegel nehme die Trennung von Redaktion und Verlag ernst, es gebe keinen Druck auf die Redaktion. In der Branche insgesamt sehe es anders aus: Seit 2000 hätten sich die Werbeeinnahmen halbiert. „Wie weit sind Journalisten korrumpierbar“, fragte denn auch Thomas Voigt, Direktor Kommunikation der Otto-Gruppe. Die Vermischung von Redaktion und Werbung verzerre den Wettbewerb und sei nachteilig für die Wirtschaft. PR komme jedoch nicht immer im Gewand des Wolfes daher – es gehe nicht darum, Journalisten einzufangen, sondern Informationen weiterzuleiten. Bei den Skandalen habe er sich gewundert, dass so wenig über die Werbetreibenden gesprochen wurde. Über deren Praktiken müsse aufgeklärt werden.

Um „Werbung ohne Grenzen: EU-Pläne zur Deregulierung“ im Fernsehen ging es in der letzten Diskussionsrunde. Die Frage des über den ganzen Tag kompetent und pointiert moderierenden Werner

Lauff nach der Bewertung dieser Brüssler Pläne schied auf dem Podium schlagartig Gegner und Befürworter: Dr. Horst Avenarius, Präsident des Deutschen Rates für PR, („inkonsequent, gefährlich“), Patrick von Braunmühl, Verbraucherzentrale Bundesverband, („ernste Gefahr für die journalistische Unabhängigkeit“) und Gernot Schumann, Direktor der Unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien in Schleswig-Holstein und Europabeauftragter der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, („wehret den Anfängen“) sprachen sich vehement gegen die von EU-Kommissarin Viviane Reding angekündigte Legalisierung von Product Placement aus. Für eine Liberalisierung brachen dagegen Dr. Martin Selmayr, Sprecher der EU-Kommission, und Georgia Tornow, Generalsekretärin der Produzentenvereinigung film 20, eine Lanze. Letztere bezeichnete die Pläne gar als „Befreiungsschlag“.

## ■ Deregulierung – ernste Gefahr oder Befreiungsschlag

Gebeten, über den aktuellen Diskussionsstand aus erster Hand zu informieren, erklärte Selmayr: Die bisher geltende medienrechtliche EU-Richtlinie für den audiovisuellen Bereich werde seit 2003 überarbeitet, um sie den „technischen und Marktentwicklungen anzupassen“. Gegenwärtig existierten eine breite Grauzone und unterschiedliche Taktiken, wie bezahlte Inhalte ins TV-Programm gebracht würden. Nicht selten werde der Zuschauer getäuscht. Ziel der Neuregelung sei es, „die Verbraucher zu schützen, die Unabhängigkeit der Medien zu gewährleisten und für Produzenten Klarheit über Erlaubtes und Verbotenes zu schaffen“, wobei ihnen kein Wettbewerbsnachteil gegenüber der internationalen Konkurrenz entstehen solle. Die neue Fernsehrichtlinie werde Definitionen von Schleichwerbung und Product Placement enthalten. Einigkeit bestehe darüber, dass Schleichwerbung als bewusste Täuschung des Zuschauers prinzipiell verboten bleiben müs-

se. Legalisierung von Product Placement betreffe ausschließlich den fiktionalen Bereich, wobei man die entsprechende österreichische Regelung im ORF-Gesetz für praktikabel halte. Der „Begriffsverwirrung“ um unterschiedliche Formen von „Produktionskostenzuschüssen“ – von Product Placement über so genannten „Beitragstellungen“ von Erzeugnissen, ohne dass Geld fließt, bis zu noch diffizileren Werbeformen – könne durch die Neuregelung besser begegnet werden, da die Kontrolle erleichtert werde, meinte Selmayr.

## ■ Auf Heller und Pfennig

Welche Vorteile eine solche Novelle tatsächlich bringe und dass eine Kennzeichnungspflicht im Vor- oder Abspann die Irreführungs-Risiken nicht ausgleichen könne, wurde dem EU-Sprecher von den Kritikern entgegengehalten. „Product Placement greift in Inhalte ein“, so Schumann. Die drohenden „dramatischen Veränderungen“ bezeichnete er als „Zensur“ durch Werbekunden. Den Trennungsgrundsatz nicht anzutasten forderte v. Braunmühl. Journalistische und künstlerische Inhalte würden sonst käuflich und die Redaktionen jeglicher Argumente beraubt, „Forderungen von Werbekunden abzuwehren“. Eine „vernünftige Regelung, die es gestatte das „teure und risikobeladene Medium Film zu finanzieren“, und Werbeinteressenten gleichzeitig ermögliche, dessen „hohen Media-Wert abzuschöpfen“, konnte sich dagegen Tornow „gut vorstellen“. „Die reale Welt ist eine Marktwelt“ machte sie geltend, die Werbeindustrie solle darin „zum Partner gemacht“, jeglichem Manipulationsverdacht jedoch durch Transparenz entgegengewirkt werden. Echte Transparenz sei für ihn erst gewährleistet, wenn die geflossenen Summen und geldwerten Vorteile auf Heller und Pfennig für den Zuschauer erkennbar deklariert würden, warf Volker Lilienthal in einer Publikumsrunde ein.

Diesen und andere Vorschläge versprach Martin Selmayr der EU-Kommission zu übermitteln. Denn noch, so Gernot Schumann, sei „nichts entschieden“, man solle bewusst „in der Debatte bleiben“. Ob es allerdings gelingen kann, die EU-Kommission noch „von der Vorzüglichkeit der jetzigen Regelung zu überzeugen“, wie es sich Horst Avenarius wünschte, bleibt eine von etlichen Unwägbarkeiten. *Ute C. Bauer/Helma Nehrllich* ■

# Ab in den Giftschrank

## Plusminus-Sendung: Debatte über den Umgang der Presse mit diskriminierten Minderheiten ausgelöst

Am 25. August dieses Jahres kommt es zu einem ungewöhnlichen Vorgang. Der Intendant des WDR, Fritz Pleitgen, tritt gemeinsam mit Vertretern der Sinti und Roma vor die Presse. Dem WDR wird wegen eines Filmbeitrages der Sendung Plusminus Rassismus vorgeworfen. Zur Überraschung der Redaktion verkündet der Intendant öffentlich, diesen Beitrag nicht noch einmal auszustrahlen. Das Werk landet im Giftschrank.

Der Hintergrund: Am 17. August berichtet das ARD-Wirtschaftsmagazin über Taschendiebe und ihre Tricks. In einem zweiten Beitrag geht es um die Herkunft der Täter und ihr soziales Umfeld in ihrem Heimatland Bulgarien. Dabei berichtet die Redaktion auch, dass diese Menschen Roma sind. Gezeigt werden die katastrophalen Lebensbedingungen, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit. In diesem Umfeld, so der Bericht, werden vor allem Mädchen von klein auf zu Taschendieben „ausgebildet“. Sie kommen auch nach Deutschland, gehen hier organisiert ihrem „Beruf“ nach. Der Plusminus-Beitrag löst heftige Reaktionen aus. In einer Presseerklärung kritisiert der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, die „diskriminierende Berichterstattung“. Eine Nennung der Herkunft sei grundsätzlich abzulehnen. Beschuldigte hätten sich nur als Einzelne für von ihnen begangenes Unrecht zu rechtfertigen.

### ■ Rassismusbewertung

Noch schärfer äußert sich Savelina Danova vom European Roma Rights Centre (ERRC) in einer vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma übersetzten Stellungnahme. Sie sei „zutiefst betroffen über rassistische Darstellungsweisen in dem Film, der unzulässige Verallgemeinerungen über die Roma macht und eine ganze Minderheit in Zusammenhang bringt mit Kriminalität.“

Diese Kritik blieb nicht ohne Wirkung. WDR-Intendant Fritz Pleitgen zog den Hintergrundbericht über Bulgarien zurück. Gegenüber den Vertretern der Sinti und Roma räumte der Intendant ein, die

Redaktion habe „eventuell das eine oder andere übersehen“. Gleichzeitig betonte er, so wörtlich: „Unsere Redaktion wollte keine rassistischen Vorurteile nähren“. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, bedankte sich dafür, dass seine Kritik bei Fritz Pleitgen auf soviel Verständnis gestoßen sei. Ein Verständnis, das von Redaktion und Programmbereich nicht geteilt wird. Wie isoliert der Intendant mit seiner Ansicht im eigenen Hause ist, zeigte sich ein weiteres Mal bei einem ausführlichen Gespräch zwischen zwei Vertretern des Zentralrats und 14 WDR-Mitarbeitern verschiedener Programmbereiche. Auch dort stieß der Rassismusbewertung auf Unverständnis. Warum der Beitrag trotzdem in den Giftschrank wanderte, erfuhr «M» bis Redaktionsschluss nicht. Nach Auskunft der WDR-Pressestelle finde der Intendant gegenwärtig keine Zeit für eine Antwort. Er werde sich aber vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt äußern.

### ■ Sammelbeschwerden

Ein Einzelfall, der am besten schnell zu den Akten gelegt werden sollte? Aus Rundfunk und Fernsehen sind bisher wenige vergleichbare Fälle bekannt geworden. Bei Printmedien sieht es dagegen schon anders aus. Alljährlich reicht der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zum Jahrestag eines nationalsozialistischen Erlasses, wonach „bei allen Mitteilungen an die Presse über Straftaten von Juden die Rassenzugehörigkeit hervorzuheben“ sei, Sammelbeschwerden beim Deutschen Presserat ein. Im letzten Jahr waren es 56 Artikel. Nach Ansicht des Zentralrats „schüren (sie) Hass und Vorurteile gegen Sinti und Roma“. Den Beschwerden kann der Presserat aber nur in wenigen Fällen folgen. Er stellt fest, dass der Zentralrat die kritisierten Artikel „offensichtlich von einem Presseauswahldienst zusammengestellt lässt“ und diese Artikel „ohne differenzierte Begründung“ als diskriminierend bezeichnet. Im Jahre 2004 konnte der Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates von den 56 Beschwerden nur

### ▶ Pressekodex des Deutschen Presserats

Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer rassischen, ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.

Richtlinie 12.1 zur Berichterstattung über Straftaten: In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber schutzbedürftigen Gruppen schüren könnte.

#### Vorschlag des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma für Landesmediengesetze:

Die Berichterstattung ist entsprechend Art. 3 Abs. 3 und Art. 1 GG so zu halten, dass sie nicht diskriminierend und vorurteilsschürend wirkt. Insbesondere darf bei Berichten über Beschuldigte einer Straftat nicht auf deren mögliche Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit oder auf deren Hautfarbe hingewiesen werden, ohne dass für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein zwingender Sachbezug besteht.

Gutachten von Bundesverfassungsrichter i.R. Dr. Helmut Simon, erstattet im Auftrag Deutscher Sinti und Roma, April 1993

10 wegen diskriminierender Berichterstattung als Verstoß gegen den Pressekodex einstufen. Für den Zentralrat Anlass zu weiterer, massiver Kritik am Presserat: Der verfüge über eine „nicht funktionierende Selbstkontrolle“. Stellt man den Pressekodex des Deutschen Presserates und den Vorschlag des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma für eine Regelung in Landesmediengesetzen gegenüber ist dies umso unverständlicher (siehe Kasten).

Geht man den zahlreichen Vorwürfen des Zentralrates genauer nach, stößt man auf seltsame Vorgänge: Der Zentralrat bietet den Redaktionen von beschwerdeabhängigen Artikeln an, einen Standardtext über den Hintergrund der Sammelbeschwerde beim Presserat abdruckten. Bei Abdruck wird die Beschwerde beim Presserat zurückgezogen. Nach Meinung einiger Redaktionen aber auch des Presserates eine bedenkliche Praxis, die an einen „Ablasshandel“ erinnert. Dies zumal da Redaktionen, die sich in anderer Form kritisch mit dem Thema auseinandersetzen wollen und dem Zentralrat auch ein Gespräch anbieten, damit keine Rücknahme der Beschwerde bewirken können.

H - C Schultze, Gregor Witt ■



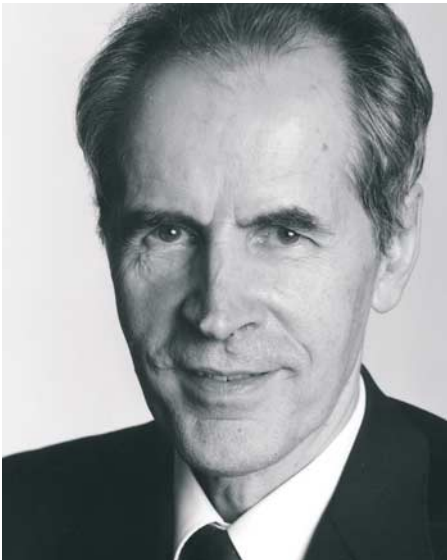


Foto: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

# Schwieriger Grenzgang

Wann dürfen oder müssen sogar Minderheiten im Zusammenhang mit Straftaten öffentlich benannt werden? «M» befragte dazu Professor Christian Pfeiffer.

Der bundesweit bekannte Kriminologe Professor Christian Pfeiffer beschäftigt sich seit seinem Studium mit dem Thema Ausländer und Kriminalität. Er diskutiert dabei öffentlich Probleme wie Ehrenmorde in türkischen Familien oder Drogenkriminalität junger Aussiedler. Er leitet seit 1988 als Direktor das Kriminologische Institut Niedersachsen in Hannover. Von Ende 2000 bis Anfang 2003 war Christian Pfeiffer niedersächsischer Justizminister. Er ernannte erstmals eine Deutsche türkischer Herkunft zur Richterin und holte auch Deutsche ausländischer Herkunft in hohe Justizfunktionen.

**M** | Können Sie nachvollziehen, dass Vertreter der Sinti und Roma gegenüber dem WDR als ausstrahlendem Sender einen Beitrag im ARD-Wirtschaftsmagazin „Plusminus“ über Roma in Bulgarien als „rassistisch“ kritisiert haben?

**CHRISTIAN PFEIFFER** | Der Beitrag ist in keiner Weise rassistisch. Ich kann nachvollziehen, dass man aufgeregt reagiert, weil es nicht schön für Angehörige der Sinti und Roma ist, so etwas sehen zu müssen. Aber das sind die Fakten, die hier nüchtern und sachlich beschrieben wurden. Das muss die betroffene Gruppe aushalten. In den Filmen ist differenziert genug darauf hingewiesen worden, dass diese Kriminalität unter ganz spezifischen Bedingungen in Bulgarien entsteht. Nämlich durch die massive Benachteiligung von Sinti und Roma. Aber wir sollten uns nicht nur im Eigeninteresse, sondern vor allem im Sinne der dortigen Sinti und Roma von hier aus dafür einsetzen, dass diese Probleme in Bulgarien gelöst werden. Deshalb müssen die Ursachen ehrlich durch freie Medien benannt werden. Was die „Plusminus“-Redaktion gemacht hat, war ein notwendiges Hinweisen auf Probleme, die in unserer Nachbarschaft existieren, und die auf uns zurückwirken.

**M** | Wo sehen Sie Grenzen für die Benennung ethnischer Gruppen in der Berichterstattung?

**PFEIFFER** | Wenn's nichts Typisches ist. Eifersuchtsmord, der kann überall passieren, der passiert auch bei Deutschen. Steuerhinterziehung passiert auch bei den Deutschen. Bei vielen Delikten, die nichts mit der spezifischen sozialen Lage zu tun haben, die nicht Ausdruck einer spezifischen Benachteiligung sind, da denke ich, ist völlig neutral zu sagen, da hat es einen Konflikt gegeben zwischen einem 35jährigen Mann und seiner Freundin, und damit hat sich's. Aber die Ergänzung, dass man dann sagt: Es war ein Türke, der mit einem Messer auf seine Schwester eingestochen hat, weil sie sich von der Familie entfernt hat und mit einem Deutschen liiert sein will. Dann braucht man diesen Hinweis, dass es der türkische Bruder war, weil das unter Deutschen nicht üblich ist.

Das ist schon manchmal ein schwieriger Grenzgang. Nicht immer ist es offenkundig, ob es richtig ist, in Zusammenhang mit Straftaten die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe zu benennen. Da ist der Journalist immer aufgefordert, eine Abwägung vorzunehmen und zu prüfen, ist das jetzt kennzeichnend für die besonderen Probleme dieser Gruppe oder nicht?

**M** | Nun hat ja der WDR auf die Kritik des Zentralrats der Sinti und Roma so reagiert, dass er erklärt hat, er ziehe den beanstandeten Beitrag zurück. Ist das nachvollziehbar?

**PFEIFFER** | Ich halte das gegenüber den Journalisten für nicht gerechtfertigt. Das ist eine politische Entscheidung, die von der Intendanz des WDR getroffen wurde, um Ärger nach außen zu vermeiden. Das ist eine Ängstlichkeit des Senders, der hier einen Konflikt einfach scheut und dann klein beigibt. Wenn das einreißen würde, dann wäre das eine bedenkliche Geschichte. Denn wo kämen wir hin, wenn wir beispielsweise nicht mehr darüber reden

dürften, dass die Ehrenmorde in türkischen Familien passieren oder dass jeder dritte männliche Tatverdächtige eines schlichten Heroindelikts in Niedersachsen ein männlicher Aussiedler der Altersgruppe 14 bis 30 ist. Das sind Informationen über Besonderheiten im Tatverhalten von bestimmten ethnischen Gruppen, die öffentlich angesprochen werden müssen.

**M** | Welche Reaktion des WDR auf die Kritik der Vertreter der Sinti und Roma halten Sie für angemessen?

**PFEIFFER** | Der WDR hätte darauf bestehen müssen, diese Probleme zu benennen. Das ist Auftrag von Fernsehen, von Zeitungen, damit die Dinge sich ändern. Er hätte besser die Position einnehmen sollen: Wir stehen auf der Seite der betroffenen Gruppen, die in Elend in Bulgarien leben und wollen helfen, dass es dort besser wird. Wenn man als Reaktion auf den Rassismusvorwurf mit einer solchen Argumentation in die Öffentlichkeit gegangen wäre, dann, denke ich, hätte die Redaktion von „Plusminus“ einen Anlass gehabt, sich über die Solidarität ihrer Chefs zu freuen. So dagegen haben diese unter dem Druck klein beigegeben, aus Sorge um schlechte Schlagzeilen. Ich würde dafür werben, dass man gemeinsam eine Kampagne macht für bessere Lebensbedingungen von Sinti und Roma in Bulgarien. Auch damit das nicht auf uns ausstrahlt, vor allem aber damit diese Kinder bessere Chancen haben, ein anderes Leben zu führen als das von Klaukindern.

Das Gespräch führten  
H - C Schultze und Gregor Witt ■

## Die Autoren

H - C Schultze und Gregor Witt sind freie TV-Journalisten. Sie arbeiten seit Jahren für ARD- und WDR-Wirtschaftsredaktionen, darunter auch für Plusminus beim WDR sowie für ARD-Politmagazine.



Wiederaufbau in einem muslimischen Dorf Mazedoniens

## Die Friedensmacher

Täglich werden wir mit Nachrichten vom Elend dieser Welt überhäuft. Der Fokus richtet sich auf Krieg, Tod, Vertreibung. Eine einseitige und entmutigende Sicht. Das Leben in den Krisenregionen geht jedoch nach Zerstörung und Leid weiter. Es gibt Menschen, die aufbauen, die kreativ und mutig um Lösungen für die unzähligen und oft scheinbar unlösbaren Probleme ringen. Das sind die Friedensmacher. Von ihnen handelt das gleichnamige Buch herausgegeben von der Fernsehjournalistin Petra Gerstner und dem Publizisten Michael Gleich getragen vom Projekt Peace Counts. Es enthält die zehn besten Reportagen einer einzigartigen weltweiten Expedition. Autorinnen und Fotografen von Peace Counts waren seit 2002 in 25 Konfliktregionen als Friedensberichterstatter unterwegs.

Ein Essay fasst die Recherchen zusammen. „Wie man Frieden macht“. Ein weiteres Kapitel rechnet erstmals ökonomisch aus, „wie sich Frieden auszahlt“: Ein Bürgerkrieg kostet 64 Milliarden Dollar. Jeder Tag, der ihn verkürzt – jeder Tag Frieden – zahlt sich mit 25 Millionen Dollar aus. Dieses Buch und das innovative Medienprojekt Peace Counts wird unterstützt unter anderem durch die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und durch das Auswärtige Amt. Ein Teil der Verkaufserlöse des Buches geht an Projekte von Peace Counts. *wen* ■

**Petra Gerstner, Michael Gleich: Die Friedensmacher, ca. 260 Seiten. Zahlreiche Fotos, gebunden (inclusive CD-ROM), ca. 24,90 Euro, ISBN 3-446-40312-4, www.Peacecounts.org**

### Übungen in einer Gehörlosenschule im Norden Sri Lankas



# Kritiken häufen sich

## Lobbygruppe INSM bedrängt Journalisten

Fünf Jahre ließ die Öffentlichkeit die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) mehr oder minder in Ruhe werkeln. Im Hintergrund rekrutierte die Lobbygruppe des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall seit Oktober 2000 Botschafter aus Politik und Wissenschaft, um sie als vermeintlich unabhängige Experten in der Öffentlichkeit auftreten zu lassen. Auch wenn sich die Initiative gern volksnah gibt und ihren Internet-Auftritt „Chancen für alle“ nennt, so setzt sie sich im Wesentlichen für ein unternehmerfreundliches Klima ein. (M 12/04 – 01/05; 2/05)

Doch die INSM hat es zunehmend schwer, in Deckung zu bleiben. Immer wieder zerren die Medien an der Initiative herum, ziehen sie mitunter auch ins Rampenlicht. Kritische Beiträge häufen sich. Der Kreis derer, die wissen, wer sich hinter den angeblich neutralen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Finanzfakten der Initiative verbirgt, wird größer. Das gefällt den beiden Geschäftsführern Tasso Enzweiler und Dieter Rath nicht. Sie greifen an. In einer Form, die bislang beim Umgang mit Journalisten unüblich war. „Die INSM sucht das Gespräch direkt bei der Redaktionsleitung“, sagt Thomas Leif, Vorsitzender der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche. Mit Beschwerdebriefen an Chefredakteure oder Intendanten wolle die Initiative die Redaktion einschüchtern und sie zur Vorsicht beim nächsten Beitrag ermahnen. Langfristiges Ziel dabei sei, der Kritik an der Initiative „die Spitze zu nehmen“. Daran kann die INSM nichts Ungewöhnliches entdecken. Schließlich würde man nur die „zuständigen redaktionell Verantwortlichen“ über unkorrekte Berichterstattungen informieren. Übrigens: Es kam bislang noch zu keiner Gegendarstellung. Obwohl die Initiative „natürlich“ davon überzeugt sei, zu Recht Beiträge kritisiert zu haben.

„Ich war froh, dass ich meinen Beitrag fast fertig hatte, bevor ich mit der INSM in Kontakt trat“, berichtet die freie Journalistin Brigitte Baetz. Für den Deutschlandfunk hatte sie zum Thema Lobbyismus recherchiert. Protagonisten ihres Beitrags „Meinung für Millionen“ waren die Bertelsmann-Stiftung, der Bürgerkonvent und die INSM. Nur noch ein Interview mit der Lobbygruppe der Arbeitgeber Gesamtmetall fehlte. Rath vertröstete Baetz anfangs, „weil die Initiative immer wieder von Journalisten hereingelegt worden sei“. Dann bedrängte er sie. „Er wollte, dass ich ihm das fertige Stück zur Abnahme vorlegen sollte und erklärte, ich als Freie sollte mir überlegen, dass ich noch weitere Aufträge bräuchte.“ Erst nachdem Rath noch einmal mit dem verantwortlichen Redakteur gesprochen hatte, ließ sich Tasso Enzweiler im Beisein des INSM-Sprechers Carsten Seim interviewen. „Trotzdem zu keinem Zeitpunkt ein Zweifel daran bestand, dass mein Redakteur hinter mir steht, überlege ich mir nach dieser Erfahrung besonders, wie ich über die Initiative schreibe, um bloß nicht angreifbar zu sein.“

Gern sagt die Initiative kritischen Journalisten Gewerkschafts- oder Parteinähe oder andere angebliche Befangenheiten nach. Damit versuchen die PR-Profis, die Qualität der Arbeit und die Glaubwürdigkeit des Journalisten in Frage zu stellen. Diese Praxis komme aus den USA, nenne sich dort

„Blaming“ und würde bei uns erst neuerdings angewendet werden, um Kritiker hart zu bekämpfen, erklärt Thomas Leif. Wegen seines Beitrags beim Magazin Plusminus versuchte die Initiative, den SWR-Redakteur Dietrich Krauß zu diffamieren, indem sie ihm unterstellte, mit der globalisierungskritischen Organisation Attac zu sympathisieren. Auf Nachfrage bestreitet die Initiative dies mittlerweile allerdings. Ein aufgebraucher Oswald Metzger, ohne Amt bei den Grünen und Botschafter der INSM, fragte den Journalisten am Ende seines Interviews allerdings noch gereizt: „Sind sie von Attac bezahlt?“ Dietrich Krauß lassen die Anspielungen kalt. Für ihn ist der Rufschädigungsversuch nichts anderes als ein rhetorischer Kniff, um keine Stellung beziehen zu müssen. „Kritische Fragen haben kein Parteibuch, sondern sind einfach Fragen“, sagt der Redakteur. Das PR-Team der Gesamtmetaller schrieb auch im Fall Krauß an die höheren Instanzen. Ein Brief ging nach dem Senden seines Beitrags an die Intendanz, an ausgewählte Mitglieder des Rundfunkrates und den Programmbeirat „Ich erhielt das Schreiben als Letzter – wenige Stunden vor Beginn der Programmbeiratssitzung.“ Die pauschale Beschwerde lautete: Krauß habe einseitig über die INSM berichtet. Nicht selten widerspricht sich die Initiative. So warf sie Krauß noch vor, kein direktes Gespräch für den aktuellen Beitrag gesucht zu haben. Ein paar Wochen später waren es dann allerdings die Kölner Lobbyisten, die auf ein Interview-Angebot des WDR-Magazins Monitor verzichteten.

Enzweiler und Rath schüchtern offensichtlich nur da ein, wo sie glauben, sie könnten Journalisten verunsichern. Der Journalist Volker Lilienthal vom Evangelischen Pressedienst (epd) stieß mit dem PR-Flaggschiff des Unternehmensverbandes Gesamtmetall vor zwei Jahren zusammen. Lilienthal hatte über einen ARD-Fernseh-Dreiteiler, der mit der Sozialpolitik und dem Reformstau in Deutschland abrechnete, geschrieben. Finanziell ermöglicht wurde die HR-Produktion unter anderem durch die Zusammenarbeit mit der INSM – das kritisierte Lilienthal in „epd medien“ als Fremdfinanzierung beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der Anwalt der Initiative schrieb daraufhin einen Protestbrief an den Journalisten. Doch die Lobbyisten erreichten nicht viel: epd-Chefredakteur Thomas Schiller stellte sich hinter Lilienthal. „Enzweiler sagte später ganz offen zu mir, dass die Initiative zu anderen Mitteln greife, wenn sie mit ihren Einwänden gegen kritische Berichterstattung nicht durchdringe“, erinnert sich Lilienthal, mittlerweile leitender Redakteur von epd-Medien. Die Initiative hält sich jetzt zurück. Jüngst arbeitete sie dem Journalisten sogar zu. Für seinen Beitrag über die Schleichwerbung in der ARD stellte INSM ihm interne Dokumente zur Verfügung.

Enzweiler und Rath sind Zocker am Tisch der PR- und Medienwelt. Sie bluffen, wenn nötig zinken sie auch die Karten oder aber halten die Spielregeln peinlich genau ein. Doch wenn die INSM damit kokettiert, die Grenze zwischen Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und Journalismus auflösen zu wollen, dann ist Wachsamkeit geboten. Gerade wenn dies auch mit Druck auf einzelne Journalisten und Redaktionen geschehen soll. „Tasso Enzweiler meinte bei einem Gespräch, dass er die Kritik an der INSM nicht verstehe, weil er doch ein Dienstleister der Medien sei“, so die freie Journalistin Brigitte Baetz. Und Dieter Rath erklärte dem epd, doch nur „Grundkenntnisse über unsere Wirtschaftsordnung“ vermitteln zu wollen. Botschaften, wie in der ADR-Serie Marienhof platziert, hätten laut Rath „dem Bildungs- und Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens“ entsprochen. Den Unterschied zwischen Marketing und Journalismus können die Initiative und ihre Sprecher dann bezeichnenderweise auch nicht beschreiben, weil es ihnen unmöglich ist, allein die Frage danach zu verstehen.

Nicole Otte ■



Eine Initiative der Europäischen Union

Für Vielfalt



Gegen Diskriminierung



## SEMINAR FÜR JOURNALISTEN

**Das Antidiskriminierungsgesetz kommt – wie können Journalisten mit diesem Thema umgehen?**

### Willkommen

**Ulrike Maercks-Franzen**, dju-Bundesgeschäftsführerin

### Diskriminierung und Journalismus – das journalistische Selbstverständnis

**Eberhard Seidel**, ehem. Inlandschef der taz/  
Geschäftsführer des Projektes „Schule ohne Rassismus“

**Manfred Protze**, Vorsitzender des  
Beschwerdeausschusses des Deutschen Presserates

### Das Antidiskriminierungsgesetz – welche Bedeutung hat es für Deutschland?

**Dr. Matthias Mahlmann**,  
FU Berlin/unabhängiger Rechtsexperte  
der Europäischen Kommission

**Bundesintegrationsbeauftragte(r)** zu Fallbeispielen  
der Diskriminierung in Deutschland und der bisherigen  
öffentlichen Diskussion über dieses Thema

### Diskussion

Moderator: **Hans Nakielski**, freier Journalist

**Wann und wo?** Freitag, der 10.02.2006, 10–16 Uhr  
Ver.di-Haus, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

**Anmeldung:** **Stephanie Preiser**, MEDIA CONSULTA  
030–65000-342 oder [s.preiser@media-consulta.com](mailto:s.preiser@media-consulta.com)

### Veranstalter:

Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union (dju),  
Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für  
Migration, Flüchtlinge und Integration,  
EU-Kampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung.“

[www.stop-discrimination.info](http://www.stop-discrimination.info)



Beauftragte der  
Bundesregierung für Migration,  
Flüchtlinge und Integration

**dju.**

Deutsche  
Journalistinnen- und  
Journalisten-Union

### „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung.“ EU Journalistenpreis 2005

An alle Print-, Online- und Foto-Journalisten: Der „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung.“ EU Journalistenpreis 2005 zeichnet Journalisten aus, die sich mit dem Thema Diskriminierung und Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt beschäftigen. Weitere Informationen und Anmeldeformulare unter [www.stop-discrimination.info](http://www.stop-discrimination.info)



# Selbstkritischer Blick

Journalistentag Baden-Württemberg: Zeitreisen durch das Pressewesen

**Um Kommerz contra Qualität ging es beim 16. LandesjournalistInnentag am 22. Oktober im Stuttgarter ver.di-Haus. Zum Jubiläum 400 Jahre Zeitung hatte die dju Baden-Württemberg den Tag unter das Motto „Vom Gazetiere zum Journalisten – vom Widerstehen des Geistes gegenüber dem Geld“ gestellt.**

Wer wenn nicht wir, sind für die Qualität unserer Beiträge verantwortlich? Wer sonst sollte für die Wahrung unseres Selbstverständnisses als Journalisten kämpfen? Ermutigend, dass viele der 50 angereisten TeilnehmerInnen den selbstkritischen Blick übten. Die Referenten blickten zurück bis zu den Anfängen der schreibenden Zunft. Dr. Jörg Requate von der Universität Bielefeld skizzierte den Professionalisierungsprozess vom Gazetiere, dem unter kommerziellem Diktat stehenden Zeitungsschreiber, zum heutigen Journalisten. Anfangs war Journalismus vor allem eine Parkbank für Beamtenanwärter, erst um 1900 entwickelte er sich zum eigenständigen Beruf. Standards etablierten sich, Journalistenorganisationen gründeten sich. Unter dem Einfluss der USA hielten ab 1945 Pressefreiheit, investigativer Journalismus und die Frauen Einzug in das deutsche Pressewesen.

Der Nachrichtenstil änderte sich: vom erzählenden, chronologischen Bericht, der

noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorherrschte, zum faktischen Stil. Diesen Wandel hin zum „Ereignis als Pyramide“ beleuchtete Dr. Gunter Reus, Kommunikationsforscher an der Hochschule für Musik und Theater Hannover. Sein Fazit: „Darin spiegelt sich das professionelle Streben wider, mehr Leser zu gewinnen. Journalistische Qualität ist eine Produktivkraft!“ Sein Rat: „Zeigen Sie dem Verleger auf, dass er mit Qualität Geld verdienen kann.“

Die Frage „Wie entwickeln sich ökonomisches Kalkül und journalistische Professionalität in den kommenden Jahren?“ beantwortete Uli Viehöver, freier Journalist und Buchautor aus Stuttgart. Er beklagte den vor allem im Wirtschaftsressort zunehmenden Hang zum „Instant-Journalismus: PR-Nachrichtendienste liefern fertige Artikel samt Layout; Redaktionen übernehmen diesen fachgerecht aufbereiteten Stoff unreflektiert und ohne Nachrecherche – oder fordern ihn gar bei PR-Büros an.“ Der Deutsche Presserat befasse sich mit Schleichwerbung in Zeitungen und Zeitschriften. Und freie Journalisten müssten parallel zur Recherche immer öfter als Anzeigenakquisiteure fungieren.

Was tun gegen diese Ökonomisierung der Presse? „Sich nicht zum Kumpel der PR machen lassen. Ergebnisoffen recherchieren, Quellen prüfen. Selbstkritisch

sein, angefangen bei der Themenwahl bis zur Sprache oder der Bildaussage. Also schlicht unseren Job machen!“, forderte Viehöver. Außerdem „Redaktionsstatute zur Qualitätssicherung souveräner und lauter als bisher einfordern und unsere Mitbestimmungsrechte nutzen.“

Ein anderes Bild zeichnete Gunter Reus mit seinem Referat „Widersteht der Geist dem Geld? Analyse von Zeitungsfuilletons“. Reus hat heutige Kulturseiten u.a. der FAZ und der SZ mit Ausgaben von 1983 und 1993 verglichen und kommt zu dem Ergebnis: „Dem medialen Zeitgeist des Lifestyle, der Personalisierung, der Kürze und der serviceorientierten Portionierung kann sich das Feuilleton weitgehend entziehen.“ Von einer „Vergewaltigung durch den homo oeconomicus“ könne keine Rede sein. Mehr noch: Manche Feuilletons öffneten sich für jene Diskussionen abseits des Mainstreams, die von Wirtschafts- und Politikressorts just derselben Zeitungen vernachlässigt würden. „Ein längst überfälliger Beitrag zu einer ausgewogeneren Neoliberalismusdebatte“, so Gerhard Manthey, Leiter des ver.di-Landesfachbereiches Medien. „Wir müssen unser Handwerk wieder ernst nehmen“, mahnte er. „Es sollte im Mittelpunkt unserer täglichen Arbeit stehen.“

Sabine Weissinger ■

Anzeige

# Ältere und Betriebsräte raus

## Delmenhorster Kreisblatt Verschiebebahnhof für Lokalredakteure

**Jahrelang leisteten die Redakteurinnen und Redakteure des Delmenhorster Kreisblatts ihre journalistische Arbeit in guter Atmosphäre. Im Juli 2004 jedoch wurde alles anders: Der Lokalteil wurde outgesourct. Erneute „Umfirmungen“ in diesen Tagen führten zu Arbeitsplatzverlusten.**

Die Leitung des Rieck Verlages, eines Familienunternehmens in sechster Generation, teilte der Redaktion damals mit, dass sie nun in einer Tochter-Firma angestellt würden. Die neue Gesellschaft „Delmenhorster Redaktions Service GmbH“ (DRS) übernahm die alte Belegschaft, die den Lokalteil für die Zeitung produziert hatte. Ein Jahr später gibt es diese Firma nicht mehr, dafür eine andere mit dem Namen „Rieck24 News Service GmbH“. Sie stellt seit dem 1. Oktober den Lokalteil des Delmenhorster Kreisblattes her – und ein Teil der alten Redaktion „ist nicht mehr“. Verlagschef Frank Dallmann begründet die Veränderungen: „Wir hatten Handlungsdruck. Da die Anzeigenumsätze zurückgegangen sind, mussten wir uns den wirtschaftlichen Gegebenheiten auf dem Zeitungsmarkt anpassen.“

„Zum Zeitpunkt der Übernahme durch die DRS dachten wir noch, dass wir alle bleiben können. Die Gehälter sollten zumindest ein Jahr lang unangetastet bleiben“, sagt Ingo Hartel, ehemaliger Betriebsrat und Redakteur der Zeitung. Denn die DRS war nach Paragraph 613a BGB verpflichtet, alle Rechte und Pflichten des Verlags zu übernehmen. Dass die DRS kein Verlag mehr war, sondern ein reines Dienstleistungsunternehmen, das mit dem Verlag einen Produktionsvertrag abgeschlossen hatte, war zunächst nicht zu spüren.

### ■ Freienverträge angeboten

Im Mai, pünktlich zum Ablauf des Karenzjahres, schlug die Verlagsleitung vor, für die Angestellten der Lokalredaktion einen eigenen Haustarifvertrag auszuhandeln. In der ersten Verhandlungsrunde vereinbarten die Gewerkschaften, Einblick in die Bilanz zu bekommen, um zu prüfen, wie es um die finanziellen Schwierigkeiten des Verlages stehe. Doch bevor ein zweiter

Termin gefunden wurde, teilte der Verlag mit, die Redaktion hätte keinen Produktionsauftrag mehr. Der Rieck Verlag hatte der DRS den Vertrag gekündigt. Da die Firma damit vor der Insolvenz stand, blieb den Redakteurinnen und Redakteuren nichts anderes übrig, als sich auf die Angebote des Verlages einzulassen: Ein Teil der ehemaligen Angestellten wurde mit neuen, nicht mehr an den Tariflohn angelehnten Verträgen, in die neue Firma Rieck24 übernommen. Ein anderer Teil sollte ein Jahr mit 85 Prozent des ursprünglichen Gehalts in einer Transfergesellschaft weitergebildet werden und danach eine Abfindung bekommen. So wurde die DRS aufgelöst. Rieck24 übernahm fünf der elf DRS-Mitarbeiter, davon zwei Sekretärinnen. Ein Kollege ging in Altersteilzeit. Die fünf übrig Gebliebenen landeten in der Transfergesellschaft. Sie sind zwischen 47 und 58 Jahre alt, waren im Betriebsrat des Verlages und hatten zwischen 15 und 27 Jahre als Redakteure oder Fotografen für den Verlag gearbeitet. Inzwischen wurden zwei von ihnen Pauschalistenverträge oder Abnahmegarantien als Freie bei Rieck24 angeboten.

### ■ Zu alt für Selbständigkeit

Verleger Frank Dallmann findet, sie hätten ein gutes Ergebnis erzielt. „Wir haben für einen Sozialplan gesorgt, und die Zeitung ist jetzt zukunftssicher. Wir hätten sonst den Laden dicht machen müssen. So haben wir unsere Eigenständigkeit bewahrt.“ Ingo Hartel sieht das kritischer. Rieck24 beschäftige jetzt weniger Festangestellte als vorher die DRS. Vor allem habe die Firma die Jüngeren übernommen, die sich nie im Betriebsrat engagiert hätten. Diese seien billiger und mit Arbeitsverträgen zufrieden, die nicht an den Tariflohn angelehnt sind. Das Delmenhorster Kreisblatt zeige exemplarisch, wie ein kleiner Verlag zerlegt werden könne, sagt Ingo Hartel. „Möglicherweise droht einigen von uns existenzielle Not. In unserem Alter ist es schwierig, uns auf dem Medienmarkt selbständig zu machen.“ ver.di in Hannover hat uns nicht engagiert genug vertreten. „Offenbar weil wir so wenige waren“, so Hartel. *Gudrun Fischer* ■



Fotos: Holger Kiefer

## ver.di Fernsehpreis 2005

Der ver.di-Fernsehpreis ging in diesem Jahr an Yüksel Yavuz (Drehbuch) für den Film „Kleine Freiheit“ und Sabine Derflinger (Regie) für den Film „Kleine Schwester“. Beide Filme wurden im ZDF ausgestrahlt. Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske überreichte die in handliche Koffer verpackten Preise im Funkhaus Halberg des Saarländischen Rundfunks in Saarbrücken. Prämiert mit dem mit je 7.500 Euro dotierten Preis werden damit zwei Fernsehspiele, die, so Bsirske, „unter Wahrung künstlerischer Gesichtspunkte zeit- und gesellschaftspolitische Stoffe behandeln, die geeignet sind, die politische Bildung zu vertiefen“. Bsirske würdigte, dass beide Filme die Urteilsfähigkeit in gesellschaftspolitischen Fragen erhöhten und die Bereitschaft zum politischen Engagement für Freiheit und Demokratie anregten.





Foto: Radio Bremen

# Outsourcing sozial abgefedert

**Ausgegliederte Radio-Bremen-Beschäftigte behalten ihre Rechte**

**Die Verhandlungen dauerten Monate, aber der Aufwand hat sich gelohnt: Radio Bremen (RB) hat sich mit den Gewerkschaften auf drei Tarifverträge geeinigt, mit denen die geplante Teilprivatisierung des Senders zumindest sozial abgefedert wird.**

„Wir konnten das Outsourcing nicht verhindern“, sagt Personalratschef Bernd Graul (ver.di). „Deshalb haben wir versucht, bestmögliche Bedingungen für die Betroffenen auszuhandeln – und das mit gutem Erfolg.“ Seine Stellvertreterin Monika Grüning, zugleich Vorsitzende des ver.di-Betriebsverbandes bei RB, ergänzt: „Wir haben durch die Tarifverträge erreicht, dass die Kolleginnen und Kollegen, die ausgegliedert werden sollen, so gestellt sind, als wenn sie bei Radio Bremen geblieben wären.“

Die Pläne des Intendanten Heinz Glässgen, die inzwischen von Rundfunk- und Verwaltungsrat gebilligt wurden, sind bekanntlich ARD-weit einmalig: Die komplette Hörfunk- und Fernseh-Produktionstechnik soll ausgelagert werden – in eine gemeinsame Tochtergesellschaft mit der Münchener „Bavaria“. Etwa jeder Dritte der derzeit 440 Festangestellten soll in die neue Firma wechseln. Der kleine Bereich „Ausstattung“, zuständig beispielsweise für „Tatort“-Kulissen oder Talkshow-Bühnen, wird von einer völlig privaten Gesellschaft übernommen, der „Bremer Bühnenhaus GmbH“.

Intendant Glässgen reagiert mit seinen Outsourcing-Plänen auf den Beschluss der Bundesländer, den ARD-internen Finanz-

ausgleich bis Ende 2005 stufenweise zu reduzieren – was den Bremer Sender ein Drittel seiner früheren Einnahmen kostet. Die Ausgliederung der Techniker und Ausstatter soll mittelfristig Geld einsparen, denn sobald die nach RB-Tarif bezahlten Beschäftigten ausscheiden, können billigere Kräfte eingekauft werden. Außerdem sollen die neuen Gesellschaften auch externe Aufträge übernehmen und damit für eine bessere Auslastung sorgen. Hinzu kommen erwartete Ersparnisse durch die Zusammenlegung der bisher getrennten Fernseh- und Hörfunkstandorte in einem zentralen Neubau am Rande der Innenstadt. Dort soll auch die neue RB/„Bavaria“-Produktionsfirma residieren. Sie braucht nach Glässgens Schätzungen eine Anschlagfinanzierung von 1,1 Millionen Euro aus RB-Geldern. Aber schon ab 2008 soll sie schwarze Zahlen schreiben.

## ■ Zweifel an Prognosen

Gewerkschafter bezweifeln diese optimistischen Prognosen und halten es für einen gefährlichen Irrweg, den Sender quasi zu zerschlagen. Doch alle Proteste bis hin zu einem Warnstreik mit mehrstündiger Funkstille blieben insofern erfolglos: Am Outsourcing an sich war nichts mehr zu ändern. Aber an den Bedingungen: Schon 2002 vereinbarten Sender und Gewerkschaften einen Sozialplan-Tarifvertrag, der jedem auszugliedernden Beschäftigten Mindeststandards zusicherte, damit er bei Gehalt und Altersversorgung nicht schlechter gestellt würde als die im Hause

Verbleibenden. Nach dem Warnstreik im Februar 2005 wurden im Frühjahr präzise Eckpunkte vereinbart (RB-Personalchef Christoph Blocher bestreitet allerdings jeden Zusammenhang mit dem Ausstand), und mittlerweile sind diverse Detailregelungen ausgehandelt und in drei Tarifverträgen verankert worden.

Da ist zum einen ein Wortungetüm namens „Beschäftigungssicherungstarifvertrag“. Er schützt alle nicht ausgegliederten RB-Angestellten bis Ende 2008 vor Kündigung. Auch arbeitnehmerähnliche Freie werden innerhalb dieses Zeitraums abgesichert: Auftragslücken dürfen ihnen höchstens 20 Prozent Honorareinbußen bescheren.

Für die etwa 15 Beschäftigten des Bereichs „Ausstattung“ wurde ein Überleitungstarifvertrag vereinbart. Ihr neuer Arbeitgeber, die „Bremer Bühnenhaus GmbH“, muss sie zu „unveränderten Arbeitsbedingungen“ weiterbeschäftigen. Nach gültigen Handwerkertarifen würden sie dort eigentlich weniger verdienen als bisher, aber der Sender gleicht diese Differenz durch eine Zulage aus. Auch die RB-Altersversorgung bleibt ihnen erhalten. Und wenn ihr Unternehmen Pleite geht oder sie aus Gründen entlässt, die bei der ARD-Anstalt keine Kündigung rechtfertigen würden, dann haben sie ein Recht auf Rückkehr zum Sender und genießen dann dort den erwähnten Kündigungsschutz bis Ende 2008. Diese Regelungen sollen auch Modell stehen für den noch nicht fertig ausgehandelten Tarifvertrag zur Überleitung der 140 Beschäftigten der Fernseh- und Hörfunkproduktion.

## ■ Kleine Einbußen akzeptiert

Im Gegenzug für all diese Zusicherungen akzeptierten die Gewerkschaften kleinere Einbußen beim neuen RB-Gehaltstarifvertrag. Statt der ARD-üblichen zwei Prozent bekommen Angestellte und Freie für 2006 nur ein Plus von 1,5 Prozent. Die Altersversorgung wird etwas abgesenkt. Überstundenzuschläge werden seltener gezahlt. Und sogar die heiß geliebten Essensmarken fallen weg.

Mit dem Gesamtpaket sind die Personalvertreter aber zufrieden. Entspannt zurücklehnen können sie sich allerdings noch lange nicht, denn es bahnt sich bereits ein neuer Streit an: Wird für die künftige Produktionsfirma ein hauseigener Manteltarifvertrag abgeschlossen, der sich an den ARD-Standards orientiert – oder soll der weniger günstige Flächentarifvertrag des „Verbandes Technische Betriebe für Film und Fernsehen“ gelten? Der RB-Personalrat vermisst bisher das im April vom Sender zugesagte Engagement für den Haustarifvertrag. *Eckhard Stengel* ■



# Mobiler Sichtplatz

## Leichtes Betexten von Videomaterial mit dem Programm TCviewer aus Mainz

Fernsehredakteure und -autoren nutzen zunehmend ein kleines, praktisches Programm namens TCviewer, das von einer dreiköpfigen Firma in Mainz namens buereau23 entwickelt wurde. Das Programm ist übersichtlich und für Redakteure und Autoren überaus nützlich, da es das Betexten von Videomaterial vereinfacht.

„Wir haben das Programm für Anwender entwickelt, die sehr textzentriert arbeiten und am liebsten alles über die Tastatur erledigen wollen“, so TCviewer-Entwickler Guido Stemme. Während der Autor sein Storyboard im Textverarbeitungsprogramm seiner Wahl textet, kann er mit dem TCviewer das über CD oder USB-Stick eingespielte digitale Masterband durchsehen und nicht nur den passenden Timecode, sondern auch gleich die entsprechenden Videostills in die Textdatei einfügen. Dabei muss er nicht mühsam zwischen den Programmen hin und her wechseln – er kann während des Schreibens die gewünschten Informationen aus dem Videoprogramm mit einfachen Tastaturbefehlen einfügen.

Bewährt hat sich etwa für das Storyboarding eine dreispaltige Tabelle im Textverarbeitungsprogramm. In die erste Spalte werden die Timecode-Information der jeweiligen Textpassage eingefügt. In die mittlere Spalte lassen sich die Videostills automatisch in einer festen Größe einbauen. In der dritten Spalte ist der Text zum Film. „Auf diese Weise können sich Sprecher an den Bildern entlang sehr schnell im Text orientieren“, meint Stemme. Allerdings gibt es noch kein Rechenprogramm, das ausrechnet, wieviel Filmminuten schon betextet wurden, räumt Stemme ein.

TCviewer unterstützt den kompletten Workflow bei der Bearbeitung von Videomaterial. Der Autor kann Archiv- und Drehmaterial sichten. Für die Vorbereitung der Dreharbeiten kann er dem Redakteur und dem Kamerateam eine Liste von Einstellungen zusammenstellen. Auch kann er Loglisten erstellen, um das Sichten des Materials zu beschleunigen – denn die Spulzeiten entfallen. Die Bilder können über Timecode, aber auch Frame-genau angesteuert werden und ebenfalls Frame-weise vor- und zurückgespielt werden. Ausschnitte können im Loop-Modus abgespielt werden.

In der Praxis findet das smarte Miniprogramm bereits seine Anhänger. Judith Adlhoch, TV-Autorin und Moderatorin von „voxtours“ sagt: „TCviewer ist für mich die ideale Begleitung. So habe ich meinen eigenen mobilen Sichtplatz immer dabei und kann komfortabel an meinen Beiträgen arbeiten, wann, wo und wie ich möchte.“ Raimund Waltenberg von der Redaktion Umwelt des ZDF lobt die Möglichkeit, Videostills in den Text integrieren zu können: „Damit wird die Kommunikation mit den Kollegen, zum Beispiel im Schneiderraum, deutlich unterstützt.“ Empfohlen wird der Einsatz von TCviewer auf einem 100 Prozent kompatiblen Windows-PC ab Intel Pentium 4 (1,4 GHz). Auf Rechnern mit einer geringeren Rechenleistung kann das Programm in seinen wesentlichen Funktionen wie der nahtlosen Übernahme von Videostills nicht genutzt werden. Optimiert wurde es für Windows XP, Windows NT, Windows 2000 und eingeschränkt für Windows 98 II. Mac-User sollen das Programm im Kompatibilitätsmodus nutzen können. Eine Einzellizenz kostet 1450 Euro incl. MwSt. Rabatte sind möglich. *Christiane Schulzki-Haddouti* ■ Weitere Informationen unter: [ww.tcviewer.de](http://ww.tcviewer.de)



► **Buchrezension: Die bedrohte Instanz**

## Für alle „Dissidenten gegen den Mainstream“

Werneke, Frank (Hrsg.):

**Die bedrohte Instanz. Positionen für einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk.**

ver.di 2005, 248 Seiten, 18,60 Euro, ISBN 3-932349-19-9,

Bestellungen:  
ver.di GmbH  
Buchhandel und Verlag,  
Paula-Thiede-Ufer 10,  
10 179 Berlin,

Manina Walter,  
Fax: 030 6956 3160,  
E-Mail: manina.walter@  
verdigmh.de

In Karlsruhe wird demnächst mal wieder Gericht gehalten über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR). Dann geht es um die soeben von den ARD-Landesrundfunkanstalten eingereichte Verfassungsbeschwerde gegen das jüngste Verfahren zur Gebührenfestsetzung. Bekanntlich hatte sich die Politik erstmals gegen die Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hinweggesetzt. Für die ARD steht damit die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf dem Spiel.

Gefahr droht dieser Unabhängigkeit nicht allein von populistischen Landesfürsten. Attackiert wird sie auch von der EU-Bürokratie, die im Bündnis mit dem hiesigen Privatfunkverband VPRT auf immer neue Wege sinnt, die Entwicklungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu kappen, ihn auf dem Altar eines undifferenzierten Marktliberalismus zu opfern. Nicht zuletzt sind es ARD und ZDF selbst, die durch ärgerliche Selbstkommerzialisierungspraktiken denen Argumente liefern, die die Gebührenlegitimation immer mal wieder gern in Frage stellen.

Kein schlechter Zeitpunkt für eine Mediengewerkschaft, sich mit einem rundfunkpolitischen Reformvorschlag zu positionieren. Die Redaktion des vorliegenden Bandes will „mit pointierter – kritischer – Meinung, wissenschaftlicher Analyse und fundierter Information in den gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und medienpolitischen Diskurs über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingreifen“.

Welchem Reformbegriff sich die Mediengewerkschaft dabei verpflichtet fühlt, skizziert ver.di-Bundesvorsitzender Frank

Bsirske in seinem Vorwort: „Programmqualität statt Oberfläche, Beteiligungsorientierung statt reiner Konsumfunktion, publizistische Freiheit statt Zensur und Instrumentalisierung, Orientierung für eigene Entscheidungen statt Desorientierung durch PR-Strategien und Selbstkommerzialisierung“.

Das Spektrum der 16 Autoren reicht über den engeren gewerkschaftlichen „Dunstkreis“ hinaus, schließt Funktionsträger, Wissenschaftler und Journalisten ein. WDR-Intendant Fritz Pleitgen fragt nach der Zukunft des „integrierenden Vollprogramms in der Informationsgesellschaft“ und setzt gegen die angebliche „Mär“ von der Selbstkommerzialisierung des ÖRR die interessante Figur der „genrespezifischen Idealsendezeit“. Dagegen weist epd-Medien-Chefredakteur Volker Lilienthal einmal mehr eindrucksvoll nach, in welche Legitimationskrise sich ARD und ZDF mit ihrer Hinwendung zum System eines „Drittmittelfernsehens“ geritten haben. Der Überblicksartikel über die Geschichte der Redaktionsstatutenbewegung in den Anstalten wird ergänzt um einen Insiderbericht über die Arbeitsweise von Rundfunkräten.

Weitere Themen: Duales System, Public-Service-Rundfunk im europäischen Vergleich, Kulturauftrag des ÖRR, Strategien der Privatfunke, „Geschlechterdemokratie“ im ÖRR und seinen Programmen, uvm. Gelegentlich auftretende Redundanzen stören nicht weiter, lassen sich bei einem „Sampler“ dieser Machart wohl auch kaum vermeiden. Ein nützlicher Debattenband für alle „Dissidenten gegen den Mainstream“ (Werneke) auf dem Weg zu einem „neuen medienpolitischen Konsens“.

Günter Herkel ■

# Umverteilung von unten nach oben

## Widerstand beim RBB gegen höhere Vergütungen für Leitende

Im RBB trifft die geplante Einführung eines neuen außertariflichen Vergütungssystems für leitende Angestellte auf Widerstand. Völlig überraschend konfrontierte die Intendant die Belegschaft per Intranet mit der Entscheidung, die Verträge der Hauptabteilungsleiter/innen mit Wirkung zum 1.12.05 generell in außertarifliche Verträge umzuwandeln. Ver.di kritisiert die Pläne als „Umverteilung von unten nach oben“.

Die Nutznießer des Coups können sich auf mindestens 7.600 Euro fixes Grundgehalt plus Leistungsprämie freuen. Der Schluck aus der Pulle für die Chefs würde den defizitären Sender mit jährlichen Mehrkosten von „ca. 300.000 Euro“ belasten. Es gehe nicht um eine „generelle Gehaltserhöhung,

sondern um eine einheitliche leistungsorientierte Vergütungsstruktur“, verteidigt RBB-Intendantin Dagmar Reim ihre umstrittene Maßnahme. So sei die Zahl der AT-Kräfte seit der Fusion von ORB und SFB bereits von 32 auf 19 reduziert worden. Betroffen sind die sieben Hörfunk-Wellenchefs, fünf Programmbereichsleiter Fernsehen, fünf Hauptabteilungsleiter der Betriebs-, Produktions- und Verwaltungsdirektion sowie die beiden Studioleiterinnen in Cottbus und Frankfurt/Oder.

Der Senderverband ver.di im RBB protestierte gegen eine Erhöhung der Gehälter von Führungskräften „um bis zu 40%“, während gleichzeitig „beim Programm gespart und den Kolleginnen und Kollegen eine Vielzahl von Opfern abverlangt“ wür-

den. Tatsächlich sollen die niedrigeren Ex-ORB-Gehälter erst in zwei Jahren angeglichen werden, erleiden Mitarbeiter aufgrund von Sparmaßnahmen im Programm seit Jahren Honorareinbußen. Auch feilsche die Geschäftsleitung bei den Tarifverhandlungen „um Zehntelprozente“.

Auch der Redakteurausschuss (RA) des RBB protestiert: „In Zeiten von Sparzwängen im Programm, niedrig ausgefallener Tarifsteigerungen und Einschränkungen bei Zusatzleistungen erschließt es sich für die Redakteure/innen des Hauses nicht, warum Hauptabteilungsleiter unverhältnismäßig besser gestellt werden.“ Wer mehr Geld für leitende Angestellte ausbebe, „entzieht es dem Programm!“ Diese Entscheidung sei „ein völlig falsches Signal, sowohl nach Innen wie nach Außen“, argumentiert der Ausschuss. Man sehe sich „nicht in der Lage, weiteren Einschnitten zuzustimmen, wenn gleichzeitig an anderer Stelle ohne nachvollziehbaren Grund mehr Gelder ausgegeben werden“. Der RBB will in der laufenden Gebührenperiode 35 Millionen Euro einsparen. Die Zahl der festen Mitarbeiter soll bis Ende 2008 um 300 auf 1452 sinken. kel ■

# Gagenrechner für Filmschaffende

Abrechnungs-Controlling von ver.di entwickelt

**Einen Zeitkonto- und Gagenrechner für Filmschaffende sowie Film- und Fernsehproduktionen bietet ver.di jetzt an. Der Rechner ist als Excel-Datei verfasst und bewertet alle Angaben auf Basis des seit Juni gültigen Tarifvertrages für Film- und Fernsehschaffende FFS.**

Betroffen sind ca. 10.000 auf Produktionsdauer beschäftigte Filmschaffende. „Damit die Umsetzung der Zeitkontenregelung für die Filmschaffenden nachvollziehbarer wird und der Einzelne selbst ein Abrechnungs-Controlling seiner Produktionsbeschäftigung machen kann, haben wir in Zusammenarbeit mit Kollegen aus Filmproduktionen diesen Rechner entwickelt. Produktionsfirmen kann er als Rechnungs- und Kalkulationshilfe die Durchführung tariflicher Regelungen erleichtern“, so Olaf Hofmann, Filmverantwortlicher bei connexx.av, der Vertretung von Medien- und Filmschaffenden in ver.di.

Der Rechner errechnet das gesamte Zeitguthaben im Rahmen einer Produktion und damit die sozialversicherungspflichtige Beschäftigungszeit der Filmschaffenden kontinuierlich pro Woche. Dazu wird parallel immer die zu zahlende Gesamtgage in ihren einzelnen Bestandteilen berechnet. Zur Erfassung der Arbeitszeiten stehen zusätzlich entsprechende Formblätter auf der Internetseite [www.connexx-av.de](http://www.connexx-av.de) zur Verfügung.

Mitglieder der Gewerkschaft und der Filmverbände in ver.di erhalten den Rech-

ner exklusiv und kostenlos. Er kann bei einem der Ansprechpartner von connexx.av bestellt werden. Institutionen, Produktionsfirmen und Nicht-Gewerkschaftsmitglieder können sich den Rechner als Datei für 12,90 Euro zuschicken lassen. Auf der Internetseite werden die Druckversionen im PDF-Format zur Arbeitszeiterfassung zur Verfügung gestellt. Nach diesem Muster ist auch der Rechner angelegt. Die Druckversion eignet sich durchaus zur handschriftlichen Erfassung der Arbeitszeit. Wenn es allerdings an die Gesamtermittlung und die zu zahlende Gage geht, ist der Rechner eine echte Hilfe.

Mit der Vereinbarung von tarifvertraglichen Zeitkonten hat eine neue Zeitrechnung für Filmschaffende begonnen. Denn erstens ist es eine bahnbrechende Neuerung, dass entgegen der vorher üblichen Praxis der Pauschalierung, nun die tatsächliche Arbeitszeit in einer Produktion zählt. Und zweitens sind Filmschaffende angesichts der verkürzten Rahmenfrist auf die abgerechnete Anzahl an Beschäftigungstagen aus einer Produktion viel stärker angewiesen als bisher. Der Stichtag für diese gesetzliche Neuregelung ist der 1. Februar 2006. Ab diesem Datum müssen Filmschaffende mindestens 360 sozialversicherungspflichtige Tage in den zurückliegenden 24 Monaten beschäftigt gewesen sein, um einen Anspruch auf das Arbeitslosengeld I (ALG I) und die damit verbundenen Regelungen zu haben. *red.* ■  
Weitere Infos: [www.connexx-av.de](http://www.connexx-av.de)

## Fußballberichte im Radio gegen Gebühr

Rundfunkfreiheit dem Kommerz untergeordnet

Bundesligaclubs dürfen für die Live- und sonstige Berichterstattung aus den Stadien eine Vergütung von Radiosendern verlangen. So lautete die Grundsatzenscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) in der Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit von Lizenzgebühren für die Hörfunkberichterstattung von Sportereignissen in Karlsruhe am 8. November.

Der BGH hatte die Revision von Radio Hamburg gegen die Deutsche Fußball-Liga (DFL) und die Hamburger Fußballvereine Hamburger SV und FC St. Pauli zurückgewiesen. Allerdings weist der BGH auch darauf hin, dass die Vermarktung von „Hörfunkrechten“ nicht dazu führen dürfe, dass der Hörfunkveranstalter – etwa durch eine vertragliche Verpflichtung zur Verbreitung redaktioneller Beiträge zum Thema Fußball – in der freien Gestaltung seines Programms und der aktuellen und von Dritten unbeeinflussten Information seiner Hörer behindert werde.

Damit endete ein rund vierjähriger Rechtsstreit, den Radio Hamburg stellvertretend für den im VPRT organisierten privaten Hörfunk geführt hatte. Hans-Dieter Hillmoth, Vorsitzender des Fachbereichs Hörfunk im VPRT in einer Erklärung: „Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes sehen wir als große Gefahr für die freie Sportberichterstattung. Die Rundfunkfreiheit wird den kommerziellen Interessen der Vereine untergeordnet. Wir werden nun intensiv zu prüfen haben, wie die verfassungsrechtliche Rundfunkfreiheit künftig abgesichert werden kann. Dies kann über eine klarstellende Regelung im Rundfunkstaatsvertrag erfolgen. Den Gang zum Bundesverfassungsgericht können wir ebenfalls nicht ausschließen.“

Der Bundesgerichtshof habe anerkannt, dass der Veranstalter über das Hausrecht eine umfassende Verwertung vornehmen dürfe. Hierzu gehörten neben den lizenzkostenpflichtigen Rechten an der TV-Berichterstattung auch die Rechte an der Hörfunkberichterstattung, hieß es in einer Stellungnahme der DFL Deutsche Fußball Liga GmbH und ihrer Vereine und Kapitalgesellschaften. ■

### ♦ Moderator verliert erneut gegen RBB

Der frühere „Abendschau“-Moderator Jan Lerch hat erneut einen Prozess um eine Weiterbeschäftigung im Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) verloren. Das Arbeitsgericht Berlin wies eine Klage Lerchs ab, der seit Januar 2005 nicht mehr als Moderator eingesetzt wurde. Auch die Forderung nach Schadensersatz sei unbegründet, teilte das Landesarbeitsgericht mit. Der RBB sei nicht verpflichtet, ihn weiter als freien Mitarbeiter zu beschäftigen, da die entsprechende Rahmenvereinbarung ausgelaufen sei. Der Moderator habe außerdem nicht ausreichend darlegen können, dass sich der Sender wegen seines Einsatzes für

die freien RBB-Mitarbeiter treuwidrig verhalten habe. Bereits im Januar hatte das Arbeitsgericht eine Klage sowie eine einstweilige Verfügung Lerchs gegen den RBB abgewiesen. Lerchs Vertrag war nicht verlängert worden, was zu heftigen Protesten innerhalb des Senders geführt hatte. Nach Auffassung des RBB hatte er „seine Loyalitätspflicht eklatant verletzt und den Sender sowohl intern als auch in der Öffentlichkeit herabgesetzt“. Nach Darstellung Lerchs eskalierte der Streit, als er sich am Protest der freien Mitarbeiter gegen Kürzungspläne beteiligte (M 02/2005). ■



# Keine einfachen Rollen

Münster: Filmemacher wollen an die reale Not von Jugendlichen andocken

Ein neuer Trend beim europäischen Spielfilmwettbewerb des 11. Filmfestivals Münster unter dem Titel „Growing up“: Filmemacher legten schonungslos offen, wie sehr Jugendliche und Kinder unter einem erstarrenden europäischen Neoliberalismus leiden. In ihren Filmen zeigen sie obendrein unerbittlich und in Nahaufnahme, wie erniedrigte und emotional vernachlässigte Heranwachsende sich dagegen aggressiv zur Wehr setzen. Eine spannende politische Positionierung – jedoch keine einfachen Rollen für die jugendlichen Darsteller!

Keine sanftmütigen und romantischen Filme über das Erwachsenwerden wurden beim Filmfestival in Münster gezeigt. Es glimmt so etwas wie ein wilder Protest in den Reihen der Filmemacher auf, geradeso als hätten sie sich verabredet: „Schluss mit den Schmusefilmen, wir wollen an die reale Not vieler Jugendlicher andocken. Und unser Publikum durch filmische Stilmittel der Überzeichnung erschüttern“. In allen Facetten soll die Hölle von Entwürdigung und Mühsal, die viele Kinder auf ihrem Weg zum Erwachsenwerden durchleben, sichtbar werden. Regisseure und jugendliche Darsteller nahmen bei den Debatten des Symposiums in Münster eine radikale Haltung ein.

## A way of live – Gewalt soll schockieren



Amma Asantes britischer Film „A way of Live“ sei wohl eher nichts für eine Matinee, leitete denn auch die Filmwissenschaftlerin Betty Schiel das packende Sozialdrama auf der Kinoleinwand ein. In der Tat, schon in der Anfangsszene treten Jugendliche brutal auf einen auf dem Boden liegenden Mann ein. Angst, Perspektivlosigkeit und Wut explodieren – jene tödliche Mischung trifft einen Unschuldigen mit dunkler Hautfarbe. Von einer Ästhetisierung der Gewalt keine Spur, verherrlicht wird hier nichts. Die Gewaltsze-

ne soll ihr Publikum nachhaltig schockieren, es macht keinen Spaß zuzuschauen. Soll es auch nicht.

## Trugbild – ohne gute alte Hollywood-Regel



„Der Zuschauer soll sich fühlen wie das Mädchen auf der Leinwand, dem Gewalt angetan wird“ – Klartext redet ebenso die niederländische Regisseurin Hilde van Mieghem über eine Vergewaltigungsszene in Nahaufnahme in ihrem Film „De Kus“/„The kiss“. Die Szene ist Stilmittel. Soll die soziale Kälte und Ignoranz der Eltern fokussieren, die selbst dann nicht weicht, als ihre fünfzehnjährige Tochter Sarah in die Gewalt eines Luden alten Stils gerät. Die Regisseurin äußerte allerdings erleichtert, dass die Hauptdarstellerin Sarah (Marie Vinck, van Mieghems Tochter) bereits 22 Jahre alt ist – und nicht minderjährig.

Yilmaz Arslan, Regisseur von „Brudermord“, intendiert, das Elend eines jungen Kurden im deutschen Exil vor Augen zu führen – „unausweichlich wie der Untergang eines Helden in der griechischen Tragödie“. So konterte der in der Türkei gebürtige Filmemacher kritischen Bemerkungen des Publikums wegen des „blutrünstigen Draufhaltens in seinem Film. „Es ist ein Widerstandsfilm. Ich bin gegen die jetzigen aufgeweichten politischen Formen, mit solch zündendem Konfliktstoff umzugehen“, meint der Regisseur. Sein Hauptdarsteller, der 18-jährige Erdal Azad Celik, (bei Drehbeginn 17 Jahre) berichtet abgeklärt, „das Drehbuch gelesen, darüber nachgedacht und es für gut befunden“ zu haben. Dass ein Spielfilm keine Realität widerspiegelt, sei ja wohl klar.

Kann man also Jugendlichen schon „so einiges zumuten“, wie Arslan meint? In Münster wurden wichtige Fragen gestellt: Ist es legitim, Kindern, die vor der Kamera etwa als Opfer sexuellen Missbrauchs erscheinen, nur die halbe Wahrheit über ihre Rolle zu erzählen? Motto: „Jetzt schau einmal so entsetzt in die

Kamera, als ob dir gerade dein schönes neues Fahrrad geklaut wird“. In der nächsten Szene zieht dann der Schauspieler, der den Gewalttäter darstellt, den Reißverschluss seiner Hose hoch. Und wie ist eigentlich mit sechsjährigen Kinderdarstellern umzugehen, die jene Filme, in denen sie mitspielen, erst mit 16 Jahren sehen dürfen? Die Verantwortung des Regisseurs beim Drehen mit Kindern und Jugendlichen ist groß, darüber herrschte Einigkeit. Entscheidungen müssen stets auf den Einzelfall abgestimmt sein – abgesehen von jenen gesetzlichen Auflagen, die das Jugendarbeitsschutzgesetz vorsieht. Etwa, dass Kinder bis zu sechs Jahren nur zwei Stunden täglich vor der Kamera agieren dürfen, und bis zum Ende der Schulpflicht dann drei Stunden, sowie weitere zwei Stunden Aufenthalt am Set. Filmproduzenten stöhnten unter dem Druck der Auflagen, so war zu vernehmen – wichen mitunter gar ins Ausland aus.

Sollten sich also die Filmemacher lieber an die gute, alte Hollywood-Regel halten: „Drehe nie mit Kindern und Tieren“ und die Kinder ihre Jugend genießen, als sich in die Haifischbranche zu stürzen? Nicht unbedingt. Denn sonst hätte etwa Svetovar Ristovskis beeindruckender mazedonisch-albanischer Debütfilm „Iluzija“/„Trugbild“ erst gar nicht entstehen können, in dem sichtbar wird, wie Opportunismus, Unglaubwürdigkeit und Korruption der Erwachsenen die Gewalttätigkeit eines Jungen hervorgerufen. Die Fantasie der Filmemacher vom verzweifelten Zurückschlagen erniedrigter Jugendlicher hat rebellischen Charakter. Einzig die international besetzte Jury in Münster wollte nicht mitspielen. Den Festivalpreis erhielt Radu Mihaileanus Film „Live and Become“, der den Flüchtlingsalltag eines äthiopischen Jungen subtil schildert, die explosive Wucht der Gegengewalt ausspart.

Gitta Düperthal ■

## Festivalpreis für Live and Become



Fotos: filmfestival.muenster.de

## Filmrezension: Schattenväter

### Guillaume-Affäre: Politikersöhne erzählen

Es war einer der größten Politskandale deutscher Zeitgeschichte: die so genannte Guillaume-Affäre. 1974 trat Willy Brandt als Bundeskanzler zurück, nachdem bekannt wurde, dass sein engster Vertrauter ein DDR-Spion war. Die Ereignisse erschütterten jedoch nicht nur die Allgemeinheit. Für den 17jährigen Pierre Guillaume brach mit der Inhaftierung seiner Eltern eine Welt zusammen. Der 12jährige Matthias Brandt büßte durch den Rücktritt seines Vaters sein Zuhause ein. Fast 30 Jahre später bringt Doris Metz die inzwischen erwachsenen Männer zum Sprechen. Beide teilen das Schicksal, dass ihnen ihre Väter fremd waren. Matthias erlebte Willy als einen „emotional Behinderten“, der sich niemandem öffnete, keine Konflikte austrug, Freunde und Bekannte, die ihm widersprachen, einfach abservierte. Pierre kam nicht damit zurecht, dass sein Vater bis zu seinem Tod seine wahre Identität vor ihm verheimlichte und ihn für Propagandafilme missbrauchen wollte.

„Schattenväter“ zeichnet nach, wie die Politikersöhne nach vielen Jahren ihren eigenen Weg fanden. Pierre Boom, der nach der Scheidung seiner Eltern den

Mädchenamen seiner Mutter annahm und die Ausreise aus der DDR beantragte, wurde Journalist und verarbeitete seine schwierige Kindheit in einer Biografie. Matthias suchte Zuflucht im Theater. Doch lebt die fesselnde, großartige Dokumentation keineswegs nur von den Erzählungen der Protagonisten, auch wenn man ihnen gebannt zuhört.

Doris Metz gelingt allemal ein atmosphärisch starkes Zusammenspiel aus Gesprächen, Schauplätzen, Kamera und Musik. Es sind so trostlose, gespenstische Orte wie die seit Jahrzehnten unbehauste Villa auf dem Bonner Venusberg, in der einst die Brandt-Familie residierte oder das leer stehende riesige Stasi-Kino in Berlin-Lichtenberg, an denen Erinnerungen hoch kommen, sachliche, schmerzhaft, aber auch un-freiwillig komische. Eben noch hören wir Willy Brandt im O-Ton. Im nächsten Augenblick sagt Matthias, dass sein un-sportlicher Vater wie ein Nilpferd aussah, wenn er morgens seine Runden im Swimmingpool drehte. Eben deshalb ist „Schattenväter“ auch so spannend: Weil der Film kunstvoll mit der Überblendung von Politischem und Privatem spielt.

Kirsten Liese ■

D 2005  
Regie:  
Doris Metz  
Darsteller:  
Matthias Brandt  
Pierre Boom  
(Guillaume)  
Kamera:  
Sophie Maintigneux  
Musik:  
Markus Stockhausen  
93 Min

Fotos: movienefilm.de

# Nichtkommerzieller Videoladen

## Umfangreiches Archiv im Hamburger Medien-Pädagogik-Zentrum

Ein unscheinbares Schild weist in der Hamburger Susannenstraße den Weg ins mpz, gelegen in einem Hinterhof. An zwei Abenden die Woche hat dort das selbstorganisierte Medien-Pädagogik-Zentrum geöffnet. Donnerstagabends tagt das Plenum, es gibt einen langen Tisch, eine Ecke mit rotem Sofa und Sesseln, die so alt sein könnten wie das mpz selbst. Der „Videoladen“ wurde 1973 von ein paar Studierenden der visuellen Kommunikation gegründet: „Ausgehend von der Erfahrung, dass sich die bestehenden Massenmedien vom realen erfahrbaren Leben entfernt hatten oder das Leben nur in seinen Sensationen und Ausnahmen darstellten und den einfachen Menschen keine Möglichkeit gaben, ihre Meinung zu äußern, ging es darum, die „Benachteiligten“, die „Betroffenen“ zu Wort und ins Bild kommen zu lassen“, so Olaf Berg vom mpz. In über 30 Jahren ist eine einmalige Sammlung von Videodokumenten über alte und neue soziale Bewegungen zusammengelassen – linke Zeitgeschichte, von Werftbesetzungen bis hin zu sieben selbstpro-

duzierten Filmen zur Solidarität mit Hausbesetzern in der Hafensstraße. Beinahe an jeder Wand stehen Regale voller Videokassetten: Das mpz-Archiv umfasst mehrere tausend Videos. Interessierte können während der Öffnungszeiten in den Ordnern nach passenden Videos zu einem Thema suchen und Filme sichten. Eine Ausleihe ist aber auch per Post möglich. Genutzt wird das Angebot vor allem von GewerkschafterInnen, Bürgerinitiativen und LehrerInnen.

„Gerade mit unseren eigenen Produktionen waren wir oft viel näher an den sozialen Bewegungen dran, als das dem Fernsehen oder auch Dokumentarfilmern gelang“, so Olaf Berg. Getragen wird die Einrichtung durch die unbezahlte Arbeit von acht Vereinsmitgliedern nach Feierabend. Im Gegensatz zu anderen linken Videoläden hat das Zentrum immer auf staatliche Förderung verzichtet und ebenso darauf, von der Filmproduktion leben zu können. Olaf Berg: „Die Entscheidung hat uns jedenfalls bis heute unsere Unabhängigkeit gesichert. Für teure Geräte

### mpz

Susannenstraße 14d, 20357 Hamburg,  
Tel 040/439 72 59  
Geöffnet Dienstag und Donnerstag  
17 bis 19 Uhr.  
[www.mpz-hamburg.de](http://www.mpz-hamburg.de)

fehlt uns zwar das Geld, und weil wir außerhalb des mpz unser Leben finanzieren müssen, haben wir nicht immer die Zeit für das Projekt, die wir gern hätten. Andererseits steht am Beginn eines Filmprojekts nicht immer die Frage: Rechnet sich das? Lässt sich das verkaufen? Ich habe auch schon für das Fernsehen professionell Filme gemacht. Dabei habe ich mindestens die Hälfte meiner Energie auf das Verkaufen des Films verwandt, für die inhaltliche Vorbereitung auf den Dreh blieb mir kaum Zeit. Im mpz kann ich einfach anfangen und mit den anderen inhaltlich über meine Arbeit diskutieren.“

Gaston Kirsche ■

# Abgeblitzt

Urkundenfälschung verurteilt – verletzte Nutzungsrechte ignoriert

**Urkundenfälschung geahndet, allerdings „nur“ mit einem geringen Bußgeld. Das war das Ergebnis eines Prozesses vor dem Berliner Amtsgerichts Tiergarten. Die zwei Angeklagten hatten Filmmaterial eines Sat.1 Beitrages verhökert, ohne dafür die Nutzungsrechte zu besitzen. Ein Einzelfall, doch offenbar nicht unsymptomatisch für die Gepflogenheiten in der Branche.**

Im Herbst 2003 wurde ein Münchener Kameramann Heinz G. beauftragt, einen Filmbeitrag für Sat.1 über das Comeback einer Schauspielerin zu drehen. Zusammen mit dem verantwortlichen Redakteur Reiner B. ging es vor Ort auf einen Campingplatz bei München. Die Aufnahmen wurden gemacht und der Redakteur nahm die Filmkassetten nach dem Dreh direkt mit nach Berlin zum Schnitt, zur Fertigstellung. Der Beitrag wurde bald darauf in der Sendung „Blitz“ ausgestrahlt. Der Kameramann stellte das vereinbarte Honorar bei Sat.1 in Rechnung. Sämtliche Nutzungsrechte für seine Aufnahmen hat er ebenso wie die Protagonistin für ihre Interviews an den Sender abgetreten. So weit, so üblich in der Branche!

Monate später wurde der Kameramann darauf aufmerksam gemacht, dass selbiges Filmmaterial auch in einem Beitrag der Fernsehsendung „Brisant“ des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) verwendet worden sei. Ein eindeutiges Indiz dafür, das Auto des Filmers war im Hintergrund zu sehen. Neugierig geworden, fragte er bei Sat.1 nach, ob diese Aufnahmen an den MDR weitergegeben worden seien. Der stellvertretende Redaktionsleiter Kai Dose von „Blitz“ sah sich den Streifen der Konkurrenz an. Er sei sich aufgrund „identischer Bilder“ sicher gewesen, dass es sich tatsächlich um Material von Sat.1 handelte, so Dose vor Gericht. Als Autor des Beitrages in „Brisant“ sei ein Dan H., der als Freier auch für Sat.1 gearbeitet habe, genannt worden. Um Aufklärung ersucht, rechtfertigte sich H. gegenüber dem Sat.1-Redaktionsleiter mit einem Fax, welches den Versand des Filmmaterials „zur uneingeschränkten Verwendung, frei von rechten Dritter“ an den MDR bestätigte. Als Absender der vermeintlichen Rechteabtretung war die Medienfirma des Kameramannes Heinz G. angegeben, darunter dessen Unterschrift. Doch Heinz G. bestritt, dieses Fax geschrieben zu haben. Daraufhin habe er den Vorgang an die Rechtsabteilung von Sat.1 übergeben, so Dose.

Die Fälschung sei offensichtlich gewesen. Das Fax habe keinen Briefkopf, obwohl die Firma seit acht Jahren bei sämtlichem Schriftverkehr einen solchen verwende, sagte Heinz G. im Prozess. Die krakelige Unterschrift gleiche seiner nur wenig, wohl aber den Schriftzügen von Reiner B., mit dem er einige Fernsehbeiträge zusammen gemacht habe. Außerdem habe er als Kameramann gar keine Gelegenheit gehabt, an eine Kopie des Films zu gelangen, da er die Kassetten vor Ort abgedreht an den Redakteur Reiner B. übergeben hatte. Eine Verfahrensweise, die Kai Dose als „üblich“ bestätigte.

Die beiden Angeklagten B. und H. – sie arbeiten heute nicht mehr für Sat.1 – leugneten vor Gericht hartnäckig, was die Fälschung des Faxes betraf. Sie hätten vermitteln, dem Kameramann helfen wollen, sein Material nochmals unterzubringen. Deshalb habe Dan H. das ihm per Post zu-



gesandte Paket mit den Aufnahmen angenommen. H. legte eine Honorarabrechnung des MDR von 1.023 Euro abzüglich Vorschuss von 150 Euro an Reiner B. vor. Dieser konnte sich plötzlich nicht mehr daran erinnern. Aber es werde wohl so gewesen sein und sicher habe er das Geld an Heinz G. weitergegeben, so Reiner B. Der Kameramann dagegen konnte glaubhaft machen, nichts davon gesehen zu haben. Er nannte außerdem die Schauspielerin des Films als weitere Zeugin für seine Aussagen. Er legte dem Gericht ein Schriftstück vor, in dem sie dies bereits bestätigte.

Dem Gericht genügte das. Es schlug den beiden Angeklagten vor, das Verfahren wegen „der Geringfügigkeit des entstandenen Schadens“ gegen die Zahlung eines Bußgeldes von je 500 Euro „vorläufig einzustellen“. Damit erklärten sich die Angeklagten schnell einverstanden. Eingeständnis der Lügengeschichten? Nun ja, die Wahrheit hätten beide nicht erzählt, bestätigte die Staatsanwältin nach der Urteilsverkündung. Ein längerer aufwändiger Prozess hätte jedoch auch kein anderes Ergebnis gebracht.

Für Heinz G. war dieses „milde Urteil“ eine bittere Enttäuschung. „Das hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun“, sagte er. Drei Mal musste er vergeblich nach Berlin kommen, bis der Prozess endlich stattfand. Von Sat.1 habe er auch aufgrund dieses Vorfalls keine Aufträge mehr erhalten, ist sich Heinz G. sicher. Die Tat – Urkundenfälschung – hatte er angezeigt. Erwartet habe er, das Sat.1. auch gegen den Materialklau und die Verletzung der Nutzungsrechte gerichtlich vorgehe. Sat.1 reagierte auf den Vorfall mit der fristlosen Kündigung des zuständigen Redakteurs und auch der freie Kollege erhält keine Aufträge mehr vom Sender, wurde auf Nachfrage bestätigt. Darin sah man offenbar Strafe genug. Karin Wenk ■

## ► Schleichwerbung

### RTL muß Bußgeld zahlen

HANNOVER. RTL muss wegen Schleichwerbung ein Bußgeld von 50 000 Euro zahlen. Bei der Formel-1-Übertragung zum „Großen Preis von Indianapolis“ am 19. Juni sei Schleichwerbung für das Logistikunternehmen DHL betrieben worden, so die zuständige Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM) in Hannover. Unter anderem seien Fahrzeuge mit DHL-Logos ins Bild gerückt und die Leistungen des Unternehmens gelobt worden. Dafür habe aber keine redaktionelle Notwendigkeit bestanden. „Die Sendung diene damit offenkundig Werbezwecken und war als nicht gekennzeichnete Werbung geeignet, die Allgemeinheit hinsichtlich des eigentlichen Zweckes irre zu führen“, hieß es in der Begründung. red. ■



# Verbot aufheben

## Gericht erklärt Aktion gegen Özgür Politika für rechtswidrig

**Das Bundesverwaltungsgericht erklärt die Schließung der türkisch-kurdischen Tageszeitung Özgür Politika für rechtswidrig. Die Deutsche Journalisten-Union (dju) in ver.di sieht in der Großrazzia gegen das Blatt und der Beschlagnahme der Redaktionsmaterialien einen weiteren schweren Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit und fordert, das Verbot umgehend aufzuheben.**

Politische Attacken waren die Mitarbeiter von Özgür Politika (Freie Politik) gewohnt. Wegen ihrer regierungskritischen Berichterstattung war die Redaktion besonders aus der Türkei wiederholt angegriffen worden. Für einen Teil der Redaktion muss das wörtlich genommen werden. Bevor Özgür Politika Ende August 1995 im hessischen Neu-Isenburg gegründet wurde, arbeiteten einige der rund 20 Mitarbeiter für die türkisch-kurdische Zeitung Özgür Ülke (Freies Land) in der Türkei. Das Vorgängerblatt hatte im Dezember 1994 traurige Berühmtheit erreicht, als eine Bombenserie die Büroräume in Ankara und Istanbul verwüstete. Bei dem Anschlag auf die Istanbul Redaktion wurde damals Ersin Yildiz getötet, fünf weitere

Mitarbeiter wurden zum Teil schwer verletzt. Die Anschläge waren ein Anlass, Özgür Politika in Deutschland aufzubauen. Hier lebten immerhin über eine Million Landsleute. Und man hatte Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat.

Dieses Vertrauen wurde Anfang September schwer erschüttert. Auf direkte Weisung des Innenministeriums hin hatten Beamte des Bundeskriminalamtes die Redaktionsräume am 5. September besetzt. Um weiteren Protesten gegen seine Politik vorzubeugen, hatte sich der inzwischen abgewählte SPD-Innenminister Otto Schily eines Tricks bedient. Nicht die Zeitung wurde verboten, sondern der Herausgeber, die E. Xani Presse- und Verlags GmbH. Diese sei „in die Gesamtstruktur der (kurdischen Guerillaorganisation) PKK eingebunden“ und habe sich daher „Verstöße gegen das Vereinsrecht“ zuschulden kommen lassen. Einrichtung, Computer, Bücher, Archivmaterial – alles wurde aus der Redaktion in LKWs fortgeschafft. Zeitgleich wurden die Räume der Nachrichtenagentur MHA in Neu-Isenburg, des Musikproduzenten MIR in Düsseldorf und des Mesopotamiya-Verlages in

Köln durchsucht. Bundesweit waren über 300 Beamte des Bundeskriminalamtes im Einsatz.

Am 18. Oktober dann erklärte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig die Aktion für rechtswidrig. Dem Urteil des sechsten Senats (Az.: 6 A 4.05) zufolge hat zu keinem Zeitpunkt ein öffentliches Interesse an dem Verbot bestanden. Diese Auffassung teilt auch die dju. In einer Erklärung forderte sie den designierten CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble auf, das Verbot zurückzunehmen. Die Gewerkschaft kritisierte zudem die „mehr als fragwürdige Begründung“ des Verbots. Özgür Politika habe zwar Grundpositionen der kurdischen PKK dokumentiert. Dies sei jedoch nicht mit der Einbindung in die Befehls- und Kommandostrukturen der Bewegung gleichzusetzen. Schily habe sich daher einmal mehr eines „schwerwiegenden Angriffs auf die Presse- und Meinungsfreiheit“ schuldig gemacht.

Nach dem Leipziger Urteil war die Redaktion zuversichtlich, die Arbeit wieder aufnehmen zu können. „Allerdings müssen wir den gesamten Betrieb wieder neu aufbauen“, sagte Herausgeber Cemal Ucar. Nach Angaben Ucars hatte die Polizei über eine Woche nach dem Urteil einen Großteil des beschlagnahmten Inventars weiterhin einbehalten, unter anderem die Computer und das Archiv.

Harald C. Neuber ■

## ▶ Aktion für Jennifer Latheef, Malediven



amnesty  
international  
Postfach  
53108 Bonn  
Tel.: 0228/98 37 30  
www.amnesty.de

ver.di  
Bundesverwaltung  
Paula-Thiede-  
Ufer 156  
10179 Berlin  
www.verdi.de

M-Redaktion  
karin.wenk@  
verdi.de

## Bildjournalistin zu zehn Jahren Haft verurteilt

Wer auf den Malediven gegen politische Unterdrückung protestiert, muss mit allem rechnen. Das erfuhr jetzt auch die Fotoreporterin Jennifer Latheef. Die Anhängerin der Opposition wurde am 18. Oktober wegen „Terrorismus“ zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Anlass dazu gaben offenbar ihre Proteste vor zwei Jahren in der Hauptstadt Malé. Mit Tausenden Menschen hatte sie gegen politische Repression und für Menschenrechte demonstriert, nachdem vier junge Männer in der Haft getötet worden waren. Seitdem ist die 32-Jährige mehrfach selbst inhaftiert und auch misshandelt worden.

Jennifer Latheef ist die Tochter eines führenden Regierungskritikers, der sich im Exil aufhält. Mit dem Strafverfahren gegen sie verfolgt die Regierung offenbar auch das Ziel, ihren Vater zum Schweigen zu bringen. Oppositionelle müssen in den Malediven häufig mit willkürlicher Inhaftierung und Misshandlung rechnen. Mehrfach sind Strafverfahren gegen sie eröffnet worden, die jeglicher Grundlage entbehren. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung brachte man Jennifer Latheef an einen unbekanntem Ort. Sie leidet unter hohem Blutdruck und einer Grippeerkrankung, so dass sich ihr Gesundheitszustand bei ausbleibender medizinischer Versorgung verschlechtern könnte. *Harald Gesterkamp* ■

### Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den Präsidenten der Malediven und fordern Sie die bedingungslose Freilassung der Bildjournalistin Jennifer Latheef sowie ihre sofortige medizinische Versorgung. Schreiben Sie auf Englisch oder Deutsch an:

President Maumoom Abdul Gayoom  
The President's Office  
Mulee-aage  
Henvairu  
Medhuziyaaraiy Magu  
Malé 20-05  
MALEDIVEN  
Telefax: 00 960 – 32 5500

### Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Herrn Gottfried Mücke  
Honorargeneralkonsul der Malediven  
Immanuel-Kant-Straße 16  
61350 Bad Homburg  
Telefax: 06172 – 85 833

Jennifer Latheef



# Nicht ohne Ethik-Kodex

## Erfahrungen europäischer Länder mit Organen der Selbstkontrolle

Journalistinnen und Journalisten, Medien- und Rechtswissenschaftler sowie Vertreter des Verlagswesens trafen sich Ende Oktober 2005 zu den 4. Medienrechtstagen an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt / Oder. Neben der Unabhängigkeit des Pressevertriebs und der kritischen Situation der Medien in Russland, Belorussland und der Ukraine wurde die „Selbstregulierung der Medien statt Staatsaufsicht“ in den ost- und westeuropäischen Staaten diskutiert.

Vier Erfahrungsberichte, die sehr unterschiedliche Entwicklungen dokumentieren, kamen von Journalisten und Juristen aus Bulgarien, der Ukraine, Russland und Estland.

„Wir verfügen jetzt mit der Nationalen Stiftung für Journalistische Ethik über einen Presserat, der dem Ethik-Kodex verpflichtet ist. Das lässt Positives für die Zukunft der Medienentwicklung in Bulgarien hoffen“, berichtete Ognian Zlatew, Direktor des Medienentwicklungszentrums Sofia. Das Leitungsgremium des Presserates besteht aus je zwei Vertretern des Verlegerverbandes Bulgariens und der Vereinigung des Bulgarischen Rundfunks und Fernsehens, aus einem Mitglied des Bulgarischen Journalistenverbandes sowie einem Repräsentanten der so genannten Bulgarischen Medienkoalition sowie Zlatew vom Medienentwicklungszentrum. In den nächsten Wochen sollen zwei Beschwerde-Kommissionen eingesetzt wer-

den: eine für Rundfunk und Fernsehen, die zweite für den Printmedien-Bereich. Jede Kommission werde zu gleichen Teilen mit Journalisten, Verlegern und Vertretern der Öffentlichkeit besetzt sein. „Ende November dieses Jahres sind die beiden Kommissionen funktionsfähig“, hofft Zlatew. Die Notwendigkeit der Festsetzung journalistischer Standards und eines Ethik-Kodexes als Mittel der Selbstregulierung war in Bulgarien in den letzten Jahren immer deutlicher zutage getreten. Es gab mehrfach Versuche, solche ethischen Grundsätze festzuschreiben, die jedoch von der Mehrheit der Journalisten aus verschiedenen Gründen nicht akzeptiert wurden. Ende November 2004 ist es gelungen, basierend auf Vorbildern in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden, den Ethik-Kodex zu verabschieden.

### ■ Vertrauen wiedergewinnen

In der Ukraine wurde am 16. September 2001 die Journalistische Ethikkommission von der Basis als rein journalistische Initiative gegründet. Diese Form der Selbstregulierung wertet Taraz Kuzmow, Mitglied der Ethikkommission, „als einen Versuch des Selbsterhalts in einer äußerst kritischen Situation“. „Es geschah ein Jahr nach der Ermordung des Journalisten Juri Gongadse und in der Absicht, eine Diskussion über die ethischen Standards der Arbeit der Journalisten der Ukraine herbei-

zuführen vor den damals bevorstehenden Parlamentswahlen. Außerdem waren die ukrainischen Medien in den Jahren 1996 – 1997 unter dem enormen Druck der Regierenden zum blinden Propagandainstrument verkommen“, so Kuzmarow. Gleichzeitig wurde damals ein Ethik-Kodex verabschiedet, der später mehrfach von der Ethikkommission ergänzt wurde. Die Leitung der Kommission hat 23 Mitglieder, 19 von ihnen sind Journalisten. Dabei gehe es bis heute jedoch nicht nur um Fragen der Selbstregulierung. Letztlich hätten die Journalisten und die Medien in der Ukraine mit zu der jüngsten Dezemberkrise beigetragen. „Da wurde in den Medien so viel gelogen, dass ihnen heute niemand mehr glaubt. So müssen wir uns heute vor allem um grundlegende ethische Probleme unserer Berufsausübung kümmern, versuchen, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen“, hob Kuzmarow hervor. Beschwerden nachzugehen, sei unter den gegebenen Umständen eine eher nachrangige Aufgabe.

„Von staatlicher und Selbst-Regulierung zur Co-Regulierung.“ Das ist der Weg, der Prof. Dr. Wiktor Monachow, Mitglied des Expertenrats der Duma für Medienpolitik aus Moskau zufolge, beschritten werden muss. In Russland existiert zur Zeit die vom VI. Kongress des Journalistenverbandes Russlands 1998 gegründete Große Jury als einziges real funktionierendes Selbstregulierungsorgan. Diese Große Jury tritt als korporative Institution der Bürgergesellschaft auf und untersucht „Konfliktsituationen sittlich-ethischen Charakters, die in der Gemeinschaft der Journalisten bei der Erfüllung der Berufspflichten entstehen.“. Sie stützt sich dabei auf den Kodex der professionellen Ethik des Journalistenverbandes Russlands aus dem Jahr 1994. Erkennt jedoch die Partei, deren Handlungen von der Jury gerügt werden, die Zuständigkeit der Großen Jury nicht an, ist die Jury machtlos und kann ihre Funktion als Schiedsrichter



Foto: Monika Strukow-Hamei

nicht ausüben. „Dies erscheint nicht ausreichend und nicht bürgernah“, so Monachow. Deshalb müsse „ein System der Co-Regulierung entwickelt werden, wo sowohl staatlicherseits in der einen oder anderen Form wie auch seitens der Bürgergesellschaft Einfluss genommen werden kann.“ Im Sommer dieses Jahres bildeten deshalb 200 in der Gesellschaft anerkannte Organisationen gemeinsam ein für die Bürgergemeinschaft repräsentatives Organ für Pressebeschwerden. Darin soll es zwei Kammern geben. Der ersten Kammer, die sich mit professionellen journalistischen Fragen befasst, werden 25 der angesehensten Journalisten des Landes angehören, in der anderen sind Architekten, international bekannte Regisseure und andere Persönlichkeiten, ebenso wie der Jurist Monachow vertreten. Für die konkrete Fall-Bearbeitung aufgrund von Beschwerden sei darüber hinaus die Einsetzung von ad-hoc-Kommissionen mit 5-7 besonders geeigneten Mitgliedern aus beiden Kammern vorgesehen, beschreibt Professor Monachow ein recht kompliziertes System.

## ■ Presserat in Estland

„Über ein Jahr ist Estland jetzt EU-Mitglied, eine direkte staatliche Einmischung in die Medien existiert nicht, was jedoch auch nicht heißt, dass wir uns bequem zurücklehnen können. Ich bin eigentlich sehr stolz, dass es in Estland kein Pressegesetz gibt, was ich auch für überholt halte. Es gibt bei uns verhältnismäßig wenig Regulierung, dafür hat sich die Selbstregulierung als recht effektiv erwiesen“, so Tarmu Tammerk vom Estnischen Presserat. „Eine Lektion, die wir mit der Zeit lernen mussten, ist, dass ein Presserat unbedingt breiteste Akzeptanz im Medienbereich finden sollte. Sonst kann man nicht von Selbstregulierung sprechen.“ 2002 habe es eine Krise im Presserat gegeben. „Wir mussten ihn neu aufstellen mit neuem Statut und neuer Zusammensetzung.“

**V.I.n.r.: Ljiljana Zurovac (Sarajevo), Tarmu Tammerk (Tallinn), Manfred Protze (Deutscher Presserat), Prof. Dr. Viktor Monachov (Moskau), Taraz Kuzmov (Kiew)**

**Unter [www.presscouncils.org](http://www.presscouncils.org) sind weltweit Presseräte und ähnlich gelagerte Einrichtungen, wie die Medien-Beobachtungsstellen „media observatories“ verzeichnet. Es handelt sich dabei um Selbstdarstellungen, die nicht auf ihre Unabhängigkeit und Tätigkeit überprüft sind. Insgesamt stellen sich hier in englischer Sprache weltweit 64 Institutionen mit ihren Aktivitäten vor.**



Foto: Christian von Polenz / transit

## Starfoto für die Pressefreiheit

Der Auktion „Starfoto – Bilder für die Pressefreiheit“ der Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen brachte in diesem Jahr 36.000 Euro ein. Unter den Hammer kamen die Einwegkameras von 43 Prominenten aus Film, Kunst, Literatur, Medien, Mode und Sport.

Die Aufnahmen der Fotografen Cindy Sherman („2005 in Sag Harbor, NY“) und Thomas Ruff („Im Park“) erreichten dabei mit 3.810 bzw. 2.410 Euro die höchsten Gebote an dem spannenden Abend im Berliner Wintergarten Varieté. Auch für die Kameras von Julia Jentsch mit dem Titel „In town with Julia“, für Will McBride und Jil Sander zahlten Fans mit 2.002, 2.000 und 1.508 Euro hohe Summen. Als Norbert Biskys „Aus der Falle rollen“ vor dem Gebot stand, lud der anwesende Maler zusätzlich zu Abendessen und Atelierrundgang – die Kamera ging für 2.000 Euro an eine Bieterin im Saal. Auch Hertha BSC Sprecher Hans-Georg Felder legte auf die Bilder von „Zecke“ Neuendorf noch eins drauf: VIP-Karten für das nächste Hertha-Spiel. Das war einem Fan 500 Euro wert.

Bereits zehn Tage zuvor konnte bei dem Internet-Marktplatz Ebay gesteigert werden. Im Wintergarten wurde die Auktion live beendet. Vor 500 Gästen überreichte Schirmherr Thomas Roth am Schluss den Scheck an ROG-Vorstand Michael Rediske und Elke Schäfer, Geschäftsführerin von ROG. Michael Rediske bedankte sich bei allen Käufern sowie den Sponsoren und Medienpartnern für ihre Unterstützung: VW, Berliner Wintergarten Varieté, Media Consulta, eBay, Christie's, Kodak, news aktuell, radioeins und Tagesspiegel. Nach Starfoto im März 2004 war dies die zweite Benefiz-Auktion zugunsten der internationalen Menschenrechtsarbeit von Reporter ohne Grenzen. Mehr Information: [www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de) ■

zung.“ Die Folge war, dass der Presserat nicht mehr als unabhängige Nichtregierungsorganisation existiert, dem z.B. Institutionen angehören, die nichts mit den Medien zu tun haben, wie der Kirchenrat. Der Presserat ist dem Zeitungsverband angegliedert. Im Rat gibt es sechs Medienvertreter, vier weitere Mitglieder kommen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen. Der Rat erörtert Beschwerden über die Printmedien, den Rundfunk und das Fernsehen der zurückliegenden drei Monate. Er tritt einmal monatlich zusammen und kann schnell agieren. Das Besondere: Alle Zeitungen haben in ihrem Impressum zu stehen: „Sollten Sie irgendwelche Beschwerden zum Inhalt der Zeitung haben, können Sie sich an den Presserat Estlands wenden.“ Hinzugefügt sind Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Homepage unseres Presserates. Außerdem besteht der in Estland 1991 gegründete „Rat des Öffent-

lichen Wortes“ neben dem Presserat weiter. Er geht nach wie vor der Medienkritik sozusagen von außen nach. Grundlage für beide ist der Ethik-Kodex, der 1996 festgeschrieben worden ist und sich an den Regelungen in Finnland, Norwegen und Großbritannien orientiert. 2003 wurden die journalistischen Standards des Presserates von den großen Online-Portalen übernommen, 2005 traten der Estnische Rundfunk und das Estnische Fernsehen dem Presserat bei. „Der umgebildete Presserat hat bisher gut funktioniert und der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, Kritik zu äußern und behandelt zu wissen“, so Tarmu Tammerk.

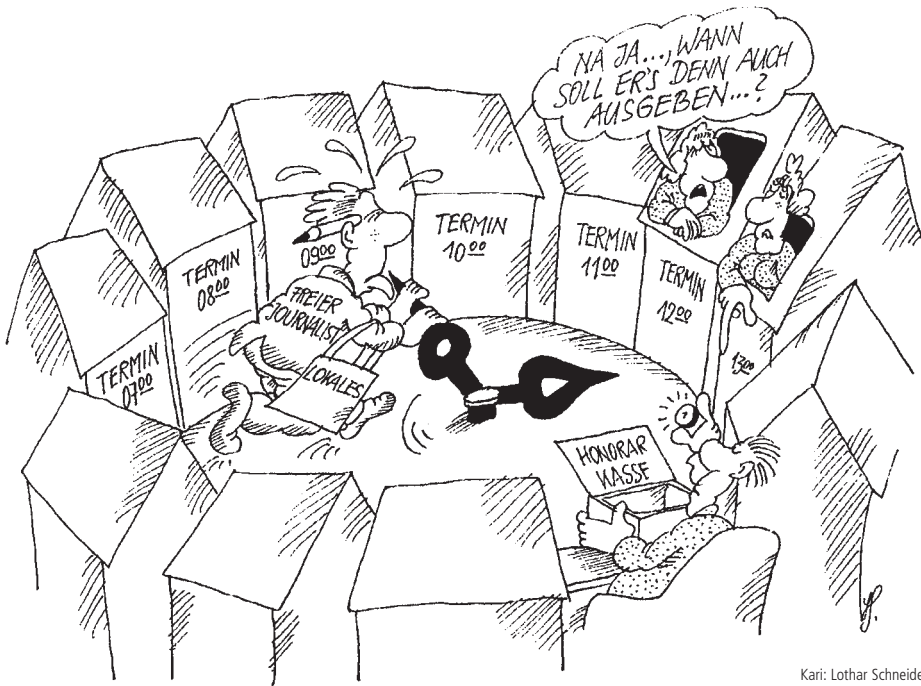
Über die Arbeit von Presseräten und von anderen Gremien der Selbstregulierung berichteten auch Kolleginnen und Kollegen aus Belgien, Bosnien, Deutschland und den Niederlanden.

Monika Strukow-Hamel ■



# Streiks gegen Niedriglöhne

Britische Gewerkschaft versammelt Aktivisten für den Tarifikampf



Kari: Lothar Schneider

Vermeehrt wehrten sich Redakteure britischer Zeitungen im letzten Sommer gegen ihre miese Bezahlung. Die britische Gewerkschaft NUJ, die seit langem gegen die Niedriglohnkultur in Großbritannien Sturm läuft, ringt um landesweit gültige Tarifverträge. Eine Aktivistenkonferenz im November soll weitere Impulse geben.

Im August lief das Fass über. In Coventry wollten die Redakteure der zur Trinity Mirror Gruppe gehörenden Lokalzeitung die in ganz Großbritannien vorherrschende Niedriglohnkultur nicht mehr ertragen und traten in den unbefristeten Streik. Auslöser war ein „Angebot“ der Arbeitgeberseite, das Gehalt um 2,7 Prozent zu erhöhen. Das ist unterhalb der Inflationsrate. Und dies von einer landesweit operierenden Firma, deren Profite in diesem Jahr um 13 Prozent anstiegen. Insgesamt machte die Trinity Mirror Gruppe, die unter anderem den Daily Mirror herausgibt, 112,5 Millionen Pfund Profit. Durch den Streik gelang es, Trinity Mirror an den Verhandlungstisch zu zwingen, um über ernsthafte Gehaltserhöhung zu diskutieren. Ein anderes Beispiel: Während festangestellte

Journalisten zwar unter Niedriglöhnen leiden, aber immerhin regelmäßige Gehaltserhöhungen kriegen, dümpeln die Honorare für Freiberufler seit Jahren unverändert vor sich hin. Eine Gruppe von im Radiobereich der BBC tätigen Freien forderte im Oktober höhere Tagesraten. Als die BBC versuchte, die Gruppe hinzuhalten, verweigerten die Freiberufler kollektiv für einen Tag die Arbeit. Mit Erfolg, die Tagesraten wurden erhöht. Ein bislang einzigartiger Vorgang. Pikant ist dies vor dem Hintergrund, dass derzeit 1.000 BBC-Angestellte wegen Einsparungsmaßnahmen um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. Zwei Schlaglichter aus Großbritannien. Es gab weitere Streiks im Sommer, unter anderem in Südlondon bei der Guardian Gruppe. Beschäftigte beim South London Guardian bringen teilweise unter 1.000 Pfund monatlich nach Hause, viele sind auf die Unterstützung ihrer Partner oder Verwandten angewiesen.

Der Kampf gegen Niedriglöhne ist seit langem ein Hauptanliegen der britischen Journalistengewerkschaft NUJ. In den 80er Jahren nutzten Arbeitgeber die gewerkschaftsfeindliche Politik der Thatcher

Regierung, um Löhne nach unten zu drücken und Gewerkschaften aus Betrieben zu verdrängen. Seit dem Machtantritt der Labour Regierung 1997 wurden die verschiedenen unter Thatcher eingeführten anti-gewerkschaftlichen Gesetze zwar nicht zurückgenommen, dafür aber zum ersten Mal in der britischen Geschichte das gesetzliche Recht auf gewerkschaftliche Organisation im Betrieb eingeführt. Eine junge Generation von Journalisten nutzte diese neue Gesetzgebung aus und läutete eine Renaissance der vorher fast ausgelöschten Journalistengewerkschaft ein. „NUJ: Wir sind noch hier und werden bleiben“, wurde zum Schlachtruf. Auf dem Gewerkschaftstag 2004 wurde der Vorschlag eingebracht, eine Aktivistenkonferenz zur Ausarbeitung von Strategien gegen Niedriglöhne durchzuführen. Diese findet am 19. November nun schon zum zweiten Mal statt. Erwartet werden weit über 100 Teilnehmende, Angestellte sowie Freiberufler.

Die Konferenz dient auch dem Erfahrungsaustausch. In Seminaren soll diskutiert werden, was in den Arbeitskämpfen der vergangenen Monate funktioniert hat und was nicht. Über Jahre hinweg waren Betriebsgruppen der NUJ dazu gezwungen, örtliche Tarifverträge im „Häuserkampf“ auszuhandeln. Es war nicht möglich, landesweit gültige Tarifverträge oder gar einen für die ganze Medienindustrie gültigen Manteltarifvertrag auszuhandeln. Seit der Aktivistenkonferenz im vergangenen Jahr und dem diesjährigen Gewerkschaftstag der NUJ vernetzen sich die NUJ Betriebsgruppen verstärkt in konzernweiten Strukturen. So wurde es zum Beispiel für die Beschäftigten der „Northcliffe“ Zeitungskette möglich, in jedem Betrieb die selben Gehaltsforderungen aufzustellen und eine für die ganze Kette geltende einheitliche Kampagne zu führen. Einen für eine ganze Konzerngruppe gültigen Tarifvertrag durchzusetzen, soll der nächste Schritt sein.

Auf der Konferenz im November spielt die Einbindung von Freiberuflern in die Gewerkschaft eine besondere Rolle. Sie machen unter der Mitgliedschaft der NUJ einen großen Anteil aus. An Arbeitskämpfen waren sie bislang aber wenig beteiligt. Es gilt, keine Zeit zu verlieren. Britische Medienkonzerne reiten den Lokaljournalismus vermehrt in die Krise. Obwohl die Profite zunehmen, werden derzeit beispielsweise in Swansea in Wales, Ressourcen abgebaut. Lokalredaktionen werden zunehmend die Mittel gekürzt. Gleichzeitig nimmt die Arroganz den Beschäftigten gegenüber zu. Trinity Mirror verbietet in diesem Jahr zum Beispiel alle betrieblichen Weihnachtsfeiern.

Christian Bunke ■

# Auskünfte eingeklagt

Radio-Journalistin aus Zagreb zog gegen kroatischen Premierminister erfolgreich vor Gericht

Meist ist es für Politiker nicht leicht, sich die Namen sämtlicher Journalisten zu merken, mit denen sie zu tun haben. Einen Namen wird der kroatische Premierminister Ivo Sanader allerdings so schnell nicht vergessen: Jelena Berkovic. Die 25-jährige Journalistin des Radiosenders 101 ist erfolgreich gegen ihn vor Gericht gezogen, um an Informationen zu gelangen, die ihr die staatliche Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verweigert hatte.

„Ich hätte die Auskünfte vielleicht auch auf anderem Wege erhalten können, wenn ich mich als Journalistin direkt an die oberen Stellen gewandt hätte“, so Berkovic im Gespräch mit «M». Aber es sei ihr um das Prinzip gegangen. Seit zwei Jahren existiert in Kroatien das sogenannte „Gesetz über den Zugang zu Informationen“ – ein Äquivalent zum deutschen „Informationsfreiheitsgesetz“ und dem amerikanischen „Freedom of Information Act“. Es verpflichtet die Behörden zur Herausgabe von Informationen an jeden Bürger des Landes, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang einer mündlichen oder schriftlichen Anfrage.

Besonders in einst sozialistisch regierten Ländern wie den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens sind mehr als eine Dekade nach der politischen Zeitenwende viele Staatsbedienstete noch nicht in der Gegenwart angekommen. Mit einer ausgeprägten Beamtenmentalität benötigen sie schon für einfachste Arbeitsvorgänge Wochen oder Monate. Unliebsame Anfragen werden gar komplett ignoriert und ausgesessen. Doch damit sollte es wohl künftig zumindest in Kroatien anders aussehen. Dank Jelena Berkovic, die hartnäckig geblieben ist und nach mehreren erfolglosen schriftlichen und telefonischen Anfragen vor Gericht zog.

Die Inspiration dazu erhielt die fast zierlich und verletzlich anmutende Journalistin während einer Reise durch die Vereinigten Staaten, bei der sie viel Kontakt mit investigativ arbeitenden Kollegen hatte. „Alle haben einheitlich gesagt, dass der Zugang zu staatlichen Informationen die Basis für ihre journalistische Arbeit

ist.“ Völlig normal sei es für die amerikanischen Kollegen, Informationen gerichtlich einzufordern, wenn sie von den zuständigen Stellen verweigert werden. Schnell habe auch Berkovic sich dann nach ihrer Rückkehr nach Zagreb entschieden, Rechtsmittel einzulegen. „Es hat für mich aber sowieso nicht so fern gelegen, etwas derartiges zu machen“, sagt sie und fügt lachend hinzu, dass sie schon seit ihrer Kindheit als unbequeme und problematische Person gelte.

## ■ Verantwortungslose Institutionen

Konkret ging es in der umstrittenen Anfrage um die Arbeit der staatlichen Abteilung für interne Revision. Dort sind laut Jelena Berkovic sechs Mitarbeiter angestellt, die für höhere Stellen Berichte über interne Verfehlungen schreiben. Aber niemandem in der Öffentlichkeit seien die Abteilung oder die Ergebnisse ihrer Arbeit bisher bekannt gewesen. Nachdem die für Auskünfte zuständige Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit die Herausgabe der angefragten Informationen anderthalb Jahre verzögerte hatte, verklagte Berkovic die verantwortliche übergeordnete Instanz – den kroatischen Premierminister Ivo Sanader. Die Behörden zeigten sich im Laufe der Verhandlungen als erschütternd unaufrichtig. So habe der Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit mehrmals fälschlich behauptet, der Klägerin das gewünschte Material bereits herausgegeben zu haben. Es hätte beim Pförtner zum Abholen bereit gelegen.

Mehr als ein Jahr hat es gedauert, bis im September 2005 das Gericht den Pro-

## ◆ Links

Gesetz über das Recht auf den Zugang zu Informationen (in kroatischer Sprache)  
Zakon o pravu na pristup informacijama  
(172/2003): [www.nn.hr](http://www.nn.hr)

Transparency International Kroatien  
[www.transparency.hr](http://www.transparency.hr)



Foto: privat

zess zu Gunsten der Klägerin entschieden hat. Sie begründet ihren Erfolg damit, dass ihr außer der Justiz auch die Medien und die Öffentlichkeit zur Seite gestanden und sie unterstützt hätten. Die staatlichen Institutionen kritisiert sie als hochmütig und inkompetent. Sie seien sich überhaupt nicht der Verantwortung gegenüber den Menschen bewusst, denen sie eigentlich dienen sollen. Letztendlich zeige ihr Fall, dass die gegenwärtige Regierung genauso wie die meisten Politiker die normalen Bürger nicht respektieren würde, wenn sie sich ohne die Unterstützung von Institutionen mit einem Anliegen an sie wenden. „Wir werden viele Fälle wie diesen brauchen und viel Zeit wird vergehen müssen, bis wir den Standard erreichen, den wir als zukünftiges EU-Land brauchen.“ Die junge Kroatin sieht aber auch das Verhalten ihrer eigenen Landsleute in einem kritischen Licht. Die meisten hätten noch nicht realisiert, was Demokratie bedeute. Sie würden immer noch darauf warten, dass jemand anderes für sie ihre Probleme löst. „Wenn Du auf Mauern stößt, solltest Du nicht warten, bis sie umfallen, sondern Deine eigenen Fenster hineinbrechen.“

Joachim Dethlefs ■

## Journalismus aktuell

**ABP, München.** 19. bis 21. Dezember: Kreatives Schreiben für Fachzeitschriften / Aufbau-seminar. 19. bis 23. Dezember: Sprache und Redigieren für Fachzeitschriften. 1. bis 3. Februar: Kreatives Schreiben für Fachzeitschriften. 6. bis 10. Februar: Wirtschaftsjournalismus. 13. bis 17. Februar: Sprache und Redigieren für Zeitungen. 20. bis 24. Februar: Sprache und Redigieren für Fachzeitschriften.  
**CMA, Wetzlar.** 10. / 11. März: Interviews führen – Wie man überraschende Antworten bekommt.  
**EMA, Berlin.** 27. / 28. Januar: Seriöser Servicejournalismus.  
**FES, Bonn.** 2. / 3. Februar: Interviews führen mit politischen Mandatsträgern. 14. bis 17. Februar: Kommentierende Darstellungsformen des politischen Journalismus. 20. bis 22. Februar: Strafrecht für Journalisten.  
**JHB, Hagen.** 11. März: Kreative Themenfindung. 13. bis 15. März: Nachrichtentraining. 13. bis 16. März: Workshop Recherche.  
**JSR, Essen.** 8. bis 10. Februar: Interview-Training. 16. / 17. Februar: Nachrichten. 21. bis 23. Febr.: Wirtschaftsberichterstattung / Presserecht. 9. / 10. März in Erfurt: Interview-Training.

**KLARA, Berlin.** 17. bis 19. Januar: Texten und Redigieren. 19. / 20. Januar: Wissenschaftsjournalismus. 30. Januar bis 1. Februar: Recherchieren. 20. / 21. Februar: Reise-Reportage. 10. bis 12. März: Spannend schreiben.  
**MAZ, Luzern.** 1. / 2. Dezember: Recherchieren.

## Journalistische Themen

**ABP, München.** 2. / 3. März: Europa-Politik als journalistisches Thema.  
**FES, Bonn.** 27. / 28. Januar: Seniorenwirtschaft – Die alternde Gesellschaft, neue Themen für die journalistische Berichterstattung. 30. Januar bis 3. Februar: Aktuelle Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung.

## Journalistische Formen

**ABP, München.** 30. / 31. Januar: Kleintexte für Zeitungen. 13. bis 17. Februar: Interview. 1. bis 3. März: Glosse. 13. bis 17. März: Interview.  
**AFP, Hamburg.** 9. bis 11. Januar: Kreatives Schreiben. 27. Januar: Kleintexte. 13. bis 15. Februar: Schreibwerkstatt. 24. / 25. Februar: Blattmachen I – Zeitschriften. 16. / 17. Februar: Themen finden. 20. / 21. Februar: Redigieren. 2. / 3. März und 24. März:

Recherche-Strategien. 6. bis 8. März: Online-Recherche I.  
**FES, Bonn.** 17. bis 20. Januar: Sprache und Stil, Redigieren und Überschriften – Politik verständlich machen. 13. bis 17. März: Journalistisches Schreiben für Berufsanfänger – Orientierungsseminar.  
**JA, München.** 10. bis 12. März: Von der Meldung zum Kommentar.  
**JHB, Hagen.** 6. bis 8. Februar: Porträt. 1. bis 3. März: Vorspann und Textestiege.

## Journalismus online

**AFP, Hamburg.** 9. / 10. Februar: Texten fürs Web.  
**FES, Bonn.** 28. Februar bis 3. März: Orientierungsseminar – Grundlagen des Online-Journalismus.  
**JA, München.** 4. / 5. Februar: Online-Journalismus praktisch. 17. bis 19. Februar: HTML für Redaktionen.  
**JHB, Hagen.** 9. bis 11. Januar: Schreiben fürs Internet. 13. bis 17. März: Aufbau-seminar Online.

## Layout / Infografik

**ABP, München.** 10. / 11. Januar: InDesign von Adobe. 1. bis 3. März: Photoshop CS.  
**CMA, Wetzlar.** 24. Februar: Zeitschriftengestaltung I.  
**MAC, München.** 13. bis 21. Januar in Frankfurt / Main und 30. Januar bis

2. Februar in Köln: Photoshop Grundkurs. 27. / 28. Januar in Frankfurt / Main und 3. / 4. Februar in Köln: Photoshop Aufbaukurs. 3. März in Frankfurt / Main: InDesign.

## Volontäre

**ABP, München.** 9. bis 20. Januar: Grundkurs I Zeitung. 16. bis 27. Januar: Grundkurs I Zeitschrift. 23. Januar bis 3. Februar: Grundkurs II Zeitung. 6. bis 24. Februar: Kompaktkurs I Zeitschrift. 6. bis 24. März: Kompaktkurs II Zeitschrift.  
**AFP, Hamburg.** 2. bis 27. Januar: Kompaktkurs für Print-Volontäre. 30. Januar bis 10. Februar: Kompaktkurs für Radio-Volontäre Teil I. 30. Januar bis 24. Februar sowie 27. Februar bis 24. März: Kompaktkurs für Print-Volontäre.  
**APB, Tutzing.** 16. bis 20. Januar: Interviewtraining für Volontäre.  
**DHA, Dortmund.** 16. Januar bis 3. Februar: Volontär-Grundkurs I. 13. bis 31. März: Volontär-Grundkurs II.  
**EMA, Berlin.** 6. Februar bis 3. März: Volontärkurs I.  
**IFP, München.** 1. März: Bewerbungsschluss Ausbildungslehrgang Volontärsausbildung im privaten Hörfunk.  
**JHB, Hagen.** 9. Januar bis 3. Februar sowie 13. Februar bis 10. März: Volontärsseminar. 6. bis 17. März: Volontäre bei Anzeigen-Blättern.  
**KLARA, Berlin.** 27. Februar bis 7. April: Volontärkurs.

## Fotografie

**AFP, Hamburg.** 16. / 17. März: Pressefotografie I – Digital.  
**JHB, Hagen.** 16. / 17. Januar: Grundlagen Photoshop.  
**KLARA, Berlin.** 9. bis 13. Januar: Fortbildung zum Bildredakteur.

## Hörfunk

**ABP, München.** 23. bis 27. Januar: Hörfunk.  
**CMA, Wetzlar.** 24. / 25. Februar: Crashkurs Radio.  
**DHA, Oberhausen.** 11. / 12. Januar: Sprech-Training. 2. / 3. Februar: Live Kick – Moderation vor Publikum I. 6. / 7. Februar: Kurzbeiträge und O-Ton-Moderationen. 13. bis 18. Februar: Live-Moderations-Training – Intensiv-Workshop. 20. bis 22. Februar: Grundkurs Radio, Teil 3.  
**JHB, Hagen.** 14. Januar: Technik für Hörfunker.  
**NPR, Berlin.** 26. Januar und 2. / 9. / 16. / 23. Februar: Praxisseminar Hörfunk. 15. / 16. März: Sprechtechnik.

## ► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: [www.verdi.de/m](http://www.verdi.de/m)

**ABP** Fon 089 / 49 99 92 – 0, [www.akademie-bayerische-presse.de](http://www.akademie-bayerische-presse.de)  
**AFP** Fon 040 / 41 47 96 – 0, [www.akademie-fuer-publizistik.de](http://www.akademie-fuer-publizistik.de)  
**AM** Fon 0211 / 436 901 50, [www.medienverband.de](http://www.medienverband.de)  
**APB** Fon 081 58 / 256 – 0, [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)  
**AR** Fon 021 91 / 794 – 0, [www.akademieremscheid.de](http://www.akademieremscheid.de)  
**CMA** Fon 064 41 / 91 51 66, [www.cma-medienakademie.de](http://www.cma-medienakademie.de)  
**COP** Fon 02 21 / 739 32 62, [www.dreamguidance.de](http://www.dreamguidance.de)  
**DEPAK** Fon 030/44 72 90, [www.depak.de](http://www.depak.de)  
**DHA** Fon 0208 / 621 350, [www.hoerfunkakademie.de](http://www.hoerfunkakademie.de)  
**DWH** Fon 040 / 390 37 22, [www.drehbuchwerkstatt.de](http://www.drehbuchwerkstatt.de)  
**EMA** Fon 030 / 310 01 – 417, [www.evangelische-medienakademie.de](http://www.evangelische-medienakademie.de)

**FES** Fon 02 28 / 883 32 – 5 / – 6, [www.fes.de](http://www.fes.de)  
**FHB** Fon 040 / 399 099 31, [www.film-schule-hamburg-berlin.de](http://www.film-schule-hamburg-berlin.de)  
**FHF** Fon 069/133 799 94, [www.film-haus-frankfurt.de](http://www.film-haus-frankfurt.de)  
**FUA** Fon 040 / 450 20 90, [www.frau-und-arbeit.de](http://www.frau-und-arbeit.de)  
**IFP** Fon 089 / 54 91 03 – 0, [www.ifp-kma.de](http://www.ifp-kma.de)  
**ISFF** Fon 030 / 200 92 74 42, [www.isff-berlin.de/isff/center.html](http://www.isff-berlin.de/isff/center.html)  
**JA** Fon 089 / 167 51 – 06, [www.journalistenakademie.de](http://www.journalistenakademie.de)  
**JHB** Fon 023 31 / 365 – 600, [www.hausbusch.de](http://www.hausbusch.de)  
**JSR** Fon 02 01 / 804 19 61 oder -19 62, [www.journalistenschule-ruhr.de](http://www.journalistenschule-ruhr.de)  
**KFH** Fon 0221 / 222 71 00, [www.koelner-filmhaus.de](http://www.koelner-filmhaus.de)  
**KLARA** Fon 030 / 690 415 85, [www.KLARABerlin.de](http://www.KLARABerlin.de)

**KOMED** Fon 02 21 / 57 43 333, [www.komed.de](http://www.komed.de)  
**MAC** Fon 089 / 544 151 74, [www.macromedia.de/seminare](http://www.macromedia.de/seminare)  
**MAK** Fon 02 21 / 57 43 72 00, [www.medienakademie-koeln.de](http://www.medienakademie-koeln.de)  
**MAZ** Fon 0041 / 41 / 226 33 33, [www.maz.ch](http://www.maz.ch)  
**MBW** Fon 089 / 55 178 380, [www.mbwmedienberatung.de](http://www.mbwmedienberatung.de)  
**MH** Fon 040 / 30 62 31 80, [www.medienbuero-hamburg.de](http://www.medienbuero-hamburg.de)  
**MSD** Fon: 030 / 30 87 93 15, [www.masterschool.de](http://www.masterschool.de)  
**NPR** Fon 030 / 68 30 20 90, [www.medienkonkret.de](http://www.medienkonkret.de)  
**PFA** Fon 069/92 107 222, [www.privatfunkagentur.de](http://www.privatfunkagentur.de)  
**PR** Fon 062 21 / 90 58 610, [www.prplus.de](http://www.prplus.de)  
**PRQ** Fon 0251 / 832 30 13, [www.pr-quadrat.de](http://www.pr-quadrat.de)



## Film & TV

**ABP, München.** 6. bis 10. Februar: Fernsehmoderation und -präsentation. 13. bis 16. Februar: Fernsehbeiträge texten. 13. bis 17. März: Fernsehbeiträge – Dramaturgie und Produktion.

**AFP, Hamburg.** 27. / 28. Februar: TV-Dramaturgie.

**CMA, Wetzlar.** 10. bis 12. Februar: Crashkurs TV.

**DWH, Hamburg.** 13. bis 15. Januar: Struktur filmischer Erzählungen und Plotentwicklung. 20. bis 22. Januar: Dialoge – Wie transformiert man die gesetzten Fakten einer Szene in Handlungen und Dialoge. 11. März: Von der Idee zum Exposé – Teil 1 Auswahl der Drehbuchentwürfe.

**FHB, Hamburg / Berlin.** 13. bis 15. Januar: Drehbuch Einführung. 13. bis 15. Januar: Filmdialoge – Als Aktion und Spiel mit dem Zuschauer. 20. bis 22. Januar: Dramaturgie – Creative Matrix. 28. / 29. Januar: Exposé.

3. bis 5. Februar: Drehbuch Einführung. 25. / 26. Februar: Neue Deutsche Filme im Gespräch – Paulas Geheimnis. 4. / 5. März: Dramaturgie – Eine Geschichte beginnt mit einer Figur.

10. bis 13. März: Dokumentarfilm – Projektentwicklung.

**FHF, Frankfurt / Main.** 14. Januar: Rechtsfragen für Filmemacher. 21. Januar: Arbeiten für das Fernsehspiel – Informationsveranstaltung. 27. Januar: Dokumentarfilmpraxis – Lust auf echte Menschen? 2. März: Reihe Kontakte – Pegasos Filmverleih und Produktion. 3. März: Dialog und Szene im Drehbuch. 10. März: Produktionsleitung für Film und Fernsehen.

ISFF, Berlin. 17. bis 21. Dezember: Lehrgang Produzent/-in und Produktionsleiter/-in bei Film/TV.

**KFH, Köln.** 7. / 8. Januar: Regieassistent – 1st AD – Ein Berufsbild im Umbruch.

**MSD, Berlin.** 1. bis 31. Januar: Erfolgreich Filme Schreiben – Modul 4. 1. bis 28. Februar: Going Market – Modul 5. 1. bis 31. März: Filmstoffe überzeugend präsentieren – Modul 6.

## Film- & TV-Technik

**FHB, Hamburg / Berlin.** 14. / 15. Januar: Kameraarbeit im dokumentarischen Film. 28. / 29. Januar: Licht für Film / Video.

**FHF, Frankfurt / Main.** 4. Februar: Digitaler Bildschnitt am AVID Media-composer. 10. Februar: Lichtgestaltung in der Praxis. 18. Februar: After Effects.

**KFH, Köln.** 9. bis 12. Januar: High-

oder Standard-Definition? Workshop mit den neuen Minicams. 13. bis 17. Januar: Frauen hinter der Kamera. 14. / 15. Januar: Meister der Inszenierung – Regie. 21. / 22. Januar: Meister des Lichts und der Bewegung – Kamera. 21. / 22. Januar: Schnittgestaltung. 23. bis 28. Januar: Inszenierung und Kameraarbeit.

## Selbst- und Medienmanagement

**ABP, München.** 12. bis 14. Dezember: Freie Rede und Präsentation für Führungskräfte. 19. bis 21. Dezember: Sprechtraining für Journalisten / Aufbau-seminar. 16. bis 18. Januar: Freie Rede und Präsentation. 28. / 29. Januar: MiR – Teamentwicklung. 1. / 2. Februar: Moderieren von Veranstaltungen und Diskussionsforen auf Messen. 18. / 19. Februar: MiR – Workflow und Qualitätsmanagement. 6. bis 8. März: Rhetorik. 9. / 10. März: Sprechtraining für Journalisten. 18. / 19. März: MiR – Change-Management.

**AFP, Hamburg.** 27. Januar: Steuerseminar für Freie. 28. Januar: Einnahmen und Kosten für Freie.

**CMA, Wetzlar.** 17. / 18. Februar: Präsentieren mit Powerpoint.

**COP, Köln.** 16. / 17. Dezember, auch 5. / 6. Januar, 9. / 10. Januar in Hamburg, 14. / 15. Januar, 6. / 7. Februar in Hamburg, 9. / 10. Februar, 24. / 25. Februar, 3. / 4. März, 11. / 12. März in Hamburg: Überzeugende Selbst-PR und authentische Rhetorik durch Cocker-Coaching.

19. / 20. Dezember in Hamburg, auch 16. / 17. Januar in Hamburg, 27. / 28. Februar: Durch Coaching Energien freisetzen. 19. / 20. Dezember, auch 12. / 13. Januar, 3. / 4. März: Coaching für gelingendes Handeln. 13. / 14. Januar, auch 18. / 19. Februar in Hamburg, 13. / 14. März: Mit mentaler Navigation erfolgreich zu neuen Zielen. 21. / 22. Dezember, auch 30. / 31. Dezember, 27. / 28. Januar in Hamburg: Coaching für neue Führungskräfte. 4. / 5. Januar, auch 1. / 2. März, 10. / 11. März in Hamburg: Perspektiven-Coaching mit DreamGuidance – Seminar für Frauen in Veränderung. 19. bis 21. Januar in Hamburg, auch 11. / 12. Februar, 18. / 19. März in Hamburg: Mit Selbst-Recherche zu neuen Lösungen. 20. / 21. Januar, auch 27. / 28. Januar, 1. / 2. Februar, 2. / 3. Februar in Hamburg, 16. / 17. Februar, 9. / 10. März in Hamburg: Durch gefördertes Einzel-Coaching zu Bestleistungen. 27. / 28. Januar, auch 3. / 4. Februar in Hamburg, 13. / 14. Februar: PR-Coaching

– Überzeugen durch authentische Souveränität.

**DEPAK, Berlin.** 16. / 17. Februar: Rhetorik im Medienkontakt. 23. / 24. Februar: Interne Kommunikation. **DHA, Oberhausen.** 10. bis 12. Januar: Seminare leiten für Profis. 16. / 17. Januar: Projektmanagement in Redaktionen. 20. / 21. Januar: Workshop Showprep. 9. / 10. Februar: Seminare leiten I – Grundlagen. 14. bis 17. Februar: Kreatives Management für Führungskräfte. 11. / 12. März: Ausbildung zum Moderations-Trainer (Junior), Modul 1 – Wissen wirksam vermitteln.

**FUA, Hamburg.** 7. / 8. Januar: Akquisitionstraining für Frauen. 21. / 22. Januar: Kooperation, Partnerschaft und freie Mitarbeit. 18. / 19. Februar: Buchführung für Freiberuflerinnen und Kleingewerbetreibende.

**JHB, Hagen.** 21. Januar: Tipps für die Selbstständigkeit – Vom Geschäftsplan zur Kundenakquise. 28. Januar: Freienberatung. 4. Februar: Steuerseminar für Freie. 9. Februar: Existenzgründung – das kleine Einmaleins. 10. Februar: Organisation Journalistenbüro. 18. Februar: Fördermittel für freie Medienunternehmen. 25. Februar: Zeitmanagement / Selbstmanagement. 4. März: Netzwerken.

**KLARA, Berlin.** 25. bis 27. Januar: Praktische Rhetorik für Journalisten. 1. / 2. Februar: Organisation und Qualitätssicherung. 9. / 10. Februar: Arbeiten als freier Journalist.

**MBW, München.** 26. / 27. Januar in Berlin sowie 9. / 10. März in Berlin: Medientraining-Praxisseminar.

**MH, Hamburg.** 17. / 18. Dezember: Sprechtraining.

## Public Relations

**ABP, München.** 22. / 23. Dezember: Kreatives Schreiben für Pressestellen / Aufbau-seminar. 9. bis 13. Januar: Public Relations. 20. bis 22. Februar: Hochschuljournalismus für Pressestellen an Unis und FHS. 6. bis 17. März: Grundkurs Public Relations.

**AM, Düsseldorf.** 10. März: Geschäftsberichte professionell präsentieren. 18. / 19. März: Reden schreiben. 21. März: Medientraining für TV-Interviews.

**AR, Remscheid.** 12. bis 16. Dezember: Spenden, Sponsoring, Stiftungen.

**CMA, Wetzlar.** 26. Januar: Crashkurs Pressesprecher. 3. / 4. März: Das ABC der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit **DEPAK, Berlin.** 2. / 3. März: Entwicklung von PR-Konzepten. 9. / 10. März: Achtung – Investigative Recherche.

**JA, München.** 23. / 24. Januar: Pres-

## Fotoband über Regine Hildebrand



Zehn Jahre für eine politische Karriere sind kurz. Sie wurde sechzig, sie starb vor inzwischen fünf Jahren – trotzdem ist sie im Gedächtnis und im Herzen so vieler Menschen: Regine Hildebrandt.

Meinen Weg nach der Wende hat sie maßgeblich begleitet.

Unsere Wege kreuzten sich oft. Fast zehn Jahre habe ich sie immer wieder fotografiert. Mein Bild von ihr habe ich mit dem

zehnten Jahr der Wende in einer großen Ausstellung gezeichnet. Wir waren im Wort für eine gemeinsame Arbeit. Ich möchte

mein Wort jetzt einlösen und zu ihrem 65. Geburtstag im nächsten April einen Fotoband herausbringen mit einer O-Ton-CD und Briefen.

Der Mitteldeutsche Verlag ist von dem Vorhaben überzeugt und willens, es per Sonderkontingent kurzfristig ins Verlagsprogramm zu nehmen. Einzige Bedingung ist eine Drittfinanzierung der Herstellung, die vorher gesichert sein muss – bis Ende November. Mein Anliegen ist es, Freunde, Weggefährten, Sympathisanten, ... zu bitten sich an der Vorfinanzierung zu beteiligen, so dass mit Beträgen von etwa fünfzig Euro der Gesamtbetrag von fünftausend Euro schnell zusammen kommt. Diejenigen würden quasi zwei Bücher jetzt kaufen und dann mit Erscheinen als Erste erhalten. Außerdem würden sie auf Wunsch namentlich im Buch genannt.

Magda Greßmann, Journalistin, Filmwissenschaftlerin

Kontakt: maximum2012@aol.com, Mobilitel: 0179/241 97 35

semitteilung und Presseverteiler.  
**4. März:** Krisen und Skandale meistern.  
**JHB, Hagen.** 11. / 12. Januar: Schreibtraining für Pressestellen.  
**16. bis 18. Januar:** Interview-Training.  
**23. bis 26. Januar:** Rhetorik des Schreibens für Pressestellen.  
**30. Januar bis 1. Februar:** Krisenkommunikation.  
**6. bis 8. Februar:** Schreibtraining für Pressestellen.  
**20. bis 22. Februar:** Kampagnen mit kleinen Budgets.  
**6. bis 10. März:** Pressestellen Grundlagen.  
**KLARA, Berlin.** 5. bis 9. Dezember: Fortbildung zum Pressesprecher.  
**16. bis 18. Februar:** Die interessante Mitarbeiterzeitschrift.  
**8. / 9. März:** Kontakt mit Journalisten.  
**KOMED, Köln.** 10. / 11. Dezember: Praktische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.  
**12. bis 16. Dezember:** Public Relations – Mehr Sicherheit beim Texten.  
**16. / 17. Dezember:** Erfolgreich texten.  
**MAK, Köln.** 13. / 14. Dezember: Konzeption für PR und Kommunikation.  
**PR, Heidelberg.** 23. Januar 2006 Bewerbungsschluss, vom 13. Februar 2006 bis 31. Januar 2007: Communications Master of Science (MSc) – PR und integrierte Kommunikation.  
**PRQ, Münster.** 26. / 27. Januar: Beratungskompetenz für PR-Consultants.  
**17. Februar:** Online-PR.  
**3. März:** Flurfunk im Intranet?

## Neu im Netz

**http://europa.eu.int/comm/avservices/**  
 Die EU-Kommission startete das neue Portal <http://europa.eu.int/comm/avservices/> im Internet als Service für Journalisten. Auf der Seite haben Interessierte kostenlosen Zugang zu Nachrichten, Aufnahmen, Fotos und Dokumentationen über die EU. Wichtige Ereignisse können dort live verfolgt werden.

## termine

### Journalismus

**Henri-Nannen-Preis**  
**HAMBURG.** Der stern und Gruner + Jahr haben gemeinsam den Henri-Nannen-Preis für Printjournalisten ausgeschrieben, mit dem die journalistischen Bestleistungen des jeweils zurückliegenden Jahres gewürdigt werden sollen. Der stern verleiht die neue Auszeichnung in den Kategorien beste Reportage (Egon-Erwin-Kisch-Preis), beste investigative Leistung, beste fotografische Leistung, besonders verständliche und anschauliche

Berichterstattung über einen komplexen, gegenwärtigen oder zeitgeschichtlichen Sachverhalt und für ein herausragendes Beispiel unterhaltsamer, humorvoller Berichterstattung. Außerdem wird jedes Jahr eine Auszeichnung für ein publizistisches Lebenswerk sowie für engagiertes Eintreten für die Pressefreiheit im In- und Ausland vergeben.  
 Bewerbungsschluss: 15. Januar 2006.  
 Details: [www.henri-nannen-preis.de](http://www.henri-nannen-preis.de)  
 Kontakt: Henri-Nannen-Preis, Stern-Redaktion, 20444 Hamburg, E-Mail: [nannen-preis@stern.de](mailto:nannen-preis@stern.de).

### Seminare in Brüssel

**MASTRICHT.** Das European Journalism Centre (EJC) in Maastricht bietet Seminare an, die an zwei Tagen über die EU in Brüssel informieren und an zwei weiteren Tagen, z.B. in Tallinn, Prag oder Riga Einblicke in die neuen EU-Länder ermöglichen. Die Programme des EJC stehen jedem Journalisten offen, der aus einem EU-Land kommt und mehr über die Europäische Union und ihre Institutionen erfahren möchte. Die Seminare werden in Englisch gehalten, teilweise ergänzend in Französisch. Meist werden die Reise- und Hotel- und ein Großteil der Verpflegungskosten übernommen.  
 Details: [www.ejc.nl](http://www.ejc.nl).

**Axel-Springer-Nachwuchspreis**  
**BERLIN.** Journalistinnen und Journalisten, die nicht älter als 33 Jahre sind, können sich ab sofort für den Axel-Springer-Preis für Junge Journalisten bewerben. Der Preis ist die einzige Auszeichnung für journalistischen Nachwuchs in den Kategorien Print, Hörfunk, TV und Internet. Vergeben wird je ein 1. Preis in Höhe von 5.000 Euro für lokale / regionale Beiträge, nationale Beiträge (inklusive des deutschsprachigen europäischen Raumes), Wochen- bzw. Monatspublikationen. Hörfunk, TV und Internet werden mit je drei Preisen ausgezeichnet in Höhe von 5.000, 4.000 und 2.500 Euro. Bewerbungsschluss: 6. Januar 2006. Kontakt Bewerbungsunterlagen: Axel-Springer-Preis für Junge Journalisten, Ulrike Bach, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Fon: 030 / 259 172 800, Fax: 030 / 259 172 828, E-Mail für Print, TV, Hörfunk: [aspreis@axelspringer.de](mailto:aspreis@axelspringer.de), E-Mail für Internet: [aspreis-online@axelspringer.de](mailto:aspreis-online@axelspringer.de), Internet: [www.axel-springer.de/aspreis](http://www.axel-springer.de/aspreis).

### Kölner Medienpreis

**KÖLN.** Der mit insgesamt 27.500 Euro dotierte Kölner Medienpreis zeichnet in den Sparten Print, Hörfunk, TV, Pressefotografie und Kameraführung Beiträge zum Themenkreis „Regionale Kultur“ aus. Darüber hinaus wird zum ersten Mal ein Sonderpreis „Recherche“ vergeben für herausragende Rechercheleistungen im Print-, Hörfunk- und TV-Journalismus. Die Beiträge müssen sich mit Köln oder der Region beschäftigen und in den Jahren 2004 oder 2005 veröffentlicht worden sein. Einsendeschluss: 15. Januar 2006. Ausschreibungsunterlagen: Organisationsbüro Kölner Medienpreis, Fon: 0221 / 47 30 900, E-Mail: [info@koelner-medienpreis.de](mailto:info@koelner-medienpreis.de), Internet: [www.koelner-medienpreis.de](http://www.koelner-medienpreis.de)

### Stiftung Gesundheit

**HAMBURG.** Die Stiftung Gesundheit will mit ihrem Publizistik-Preis Veröffentlichungen auszeichnen, die gesundheitliches Wissen für Publikum und Patienten anschaulich vermitteln und Zusammenhänge transparent darstellen. Es können Beiträge aus Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen ebenso eingereicht werden wie Multimedia- und Internet-Angebote, Bücher oder das Gesamtwerk von Publizisten. Die Auszeichnung ist mit 2.500 Euro dotiert. Bewerbungsschluss: 16. Januar 2006. Die Ausschreibungsunterlagen können unter

## Impressum

### «M – Menschen Machen Medien»

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

**Herausgeber:** Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) / Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

**Redaktion:** Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26

**Anschrift:** ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76

**E-Mail:** [karin.wenk@verdi.de](mailto:karin.wenk@verdi.de)  
 Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

**Verlagsanschrift:** „M – Menschen Machen Medien“, ver.di e.V., Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.

### Anzeigenverkauf:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH  
 Ansprechpartner: Michael Blum  
 Tel: 030 / 255 94 – 150  
 Fax: 030 / 255 94 – 190  
 E-Mail: [blum@vorwaerts.de](mailto:blum@vorwaerts.de)

### Anzeigenleitung:

Werner Loewe  
 Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft  
 Stresemannstraße 30, 10969 Berlin

### Gültige Anzeigenpreisliste:

Nr. 11 gültig ab 1.1.2006

### Layout:

Petra Dreßler, Berlin  
 Tel. 030 / 322 18 57  
**Titelbild:** Hermann J. Haubrich, Stuttgart  
 Tel. 0711 / 96 69 76 – 5

### Druck und Vertrieb:

alpha print medien AG (apm)  
 Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

### M im Internet

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. Archiv seit 03.1996): <http://mmm.verdi.de>

### Jahresabonnement:

36,- € einschließlich Versandkosten.

### Abonnementsverwaltung:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk / Film / Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

### Weitere Publikationen:

„Kunst & Kultur“  
 verantwortlich: Burkhard Baltzer  
 „Druck + Papier“  
 verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

### Redaktionsschluss:

M 12.2005 / 01.2006: 26.10.2005  
 M 02 / 03.2006: 01.02.2006  
**ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32**

[www.stiftung-gesundheit.de/pub\\_preis/Ausschreibungsunterlagen2006.pdf](http://www.stiftung-gesundheit.de/pub_preis/Ausschreibungsunterlagen2006.pdf) heruntergeladen oder direkt bei der Stiftung Gesundheit, Behringstraße 28 a, 22765 Hamburg, Fon: 040 / 80 90 87, Fax 040 / 809 087 555, E-Mail: [sg@arztmail.de](mailto:sg@arztmail.de) angefordert werden.

**Dr. Georg Schreiber-Medienpreis MÜNCHEN.** Die AOK Bayern will mit dem Dr.-Georg-Schreiber-Medienpreis herausragende journalistische Arbeiten auszeichnen, die dazu beitragen, die Berichterstattung im Bereich Gesundheit und Soziales zu optimieren, aber auch den Leser animieren, sich mit sozialen und gesundheitspolitischen Themen auseinanderzusetzen. Zugelassen sind Beiträge junger Journalistinnen bis 35 Jahre zu den Themen Gesundheit und Soziales, die 2005 in einer in Bayern erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift veröffentlicht worden sind. Eine Ausnahme stellt der Sonderpreis dar, der ohne Altersbeschränkung bundesweit ausgeschrieben ist. Der Preis ist mit insgesamt 15.500 Euro dotiert. Einsendeschluss: 31. Januar 2006. Kontakt: AOK Bayern, Zentrale Pressestelle, Carl-Wery-Str. 28, 81739 München, E-Mail: [presse@by.aok.de](mailto:presse@by.aok.de), Internet: [www.aok-medienpreis.de](http://www.aok-medienpreis.de).

**Journalistenpreis Münsterland MÜNSTER.** Mit dem Journalistenpreis Münsterland 2006 werden herausragende journalistische Beiträge ausgezeichnet, die in erster Linie das Münsterland als Wirtschaftsregion mitten in Europa, als unverwechselbare Natur- und Kulturlandschaft, aber auch seine Menschen und ihr Leben zum Thema haben. Um den Journalistenpreis Münsterland können sich JournalistInnen bewerben mit deutschsprachigen Beiträgen aus Zeitungen und anderen Printmedien sowie mit gesendeten Hörfunk- und Fernsehbeiträgen. Der Preis ist mit insgesamt 5.500 Euro dotiert. Bewerbungsschluss: 31. Januar 2006. Kontakt: Aktion Münsterland e.V., An den Speichern 6, 48157 Münster, Fon: 0251 / 609 320, Fax: 0251 / 609 32 10, E-Mail: [info@aktion-muensterland.de](mailto:info@aktion-muensterland.de), Internet und Bewerbungsbogen: [www.aktion-muensterland.de](http://www.aktion-muensterland.de)

**Ernst-Schneider-Preis KÖLN.** Der Ernst-Schneider-Preis der deutschen Industrie- und Handelskammern wird jährlich an Hörfunk-, Fernseh- und Regionalzeitungsjournalisten vergeben. Er war im vergangenen Jahr mit insgesamt 70.000 Euro

dotiert. Die neue Ausschreibung steht ab Anfang Dezember im Netz unter [www.ernst-schneider-preis.de](http://www.ernst-schneider-preis.de). Die Bewerbungsfrist endet voraussichtlich am 27. Januar 2006. Kontakt: Ernst-Schneider-Preis, Unter Sachsenhausen 10–26, 50667 Köln, Fon: 02 21 / 164 01 57, Fax: 0221 / 164 04 99, E-Mail: [christian.knull@koeln.ihk.de](mailto:christian.knull@koeln.ihk.de).

**Theodor-Wolff-Preis BERLIN.** Der Theodor-Wolff-Preis des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV) wird am 1. Januar 2006 ausgeschrieben. Die Ausschreibungsbedingungen sind dann unter [www.theodor-wolff-preis.de](http://www.theodor-wolff-preis.de) abrufbar. Die Ausschreibungsfrist endet am 15. Februar 2006.

**Umweltschutz im Blick GERMERSHEIM.** Die Deutsche Umweltstiftung hat ihren mit 2.500 Euro dotierten JournalistInnenpreis ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden Beiträge, die sich sachbezogen, umfassend, objektiv und verständlich mit aktuellen Problemen des Natur- und Umweltschutzes beschäftigen. Bei der Auswahl der Preisträger achtet die Deutsche Umweltstiftung darauf, dass Artikel, Artikelserien, Aufsätze, Filme usw. unbeeinflusst von Chefredakteuren, Verlegern, politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen, Behörden und der Industrie erarbeitet, geschrieben oder produziert worden sind. Kontakt: Deutsche Umweltstiftung, Schlachthofstr. 6, 76726 Germersheim, Fon: 07274 / 47 67, Fax: 07274 / 77 302, Internet: [www.deutscheumweltstiftung.de](http://www.deutscheumweltstiftung.de).

**Herzkrank geboren AACHEN.** Der Bundesverband Herzkrankte Kinder e.V. (BVHK) hat den mit 3.000 Euro dotierten Journalistenpreis „Herzkrank geboren – ein lebenslanger Weg“ ausgeschrieben. Teilnehmen können Journalisten aus den Bereichen Print, Radio, TV und Internet, die 2005 einen Beitrag zu dem Thema veröffentlicht haben. Bewerbungsschluss: 31. Dezember 2005. Kontakt und Ausschreibungsunterlagen: Bundesverband Herzkrankte Kinder e.V. (BVHK), Kasinostraße 84, 52066 Aachen, Fon: 0241 / 91 23 32, Fax: 0241 / 91 23 33, E-Mail: [bvhk-aachen@t-online.de](mailto:bvhk-aachen@t-online.de), Internet: [www.bvhk.de](http://www.bvhk.de)

**ModeMedienpreis KÖLN.** Der GermanFashion Modeverband Deutschland möchte mit dem

Journalistenwettbewerb ModeMedienpreis Journalisten zu Beiträgen rund um das Thema deutsche Mode motivieren. Der Preis ist in den vier Kategorien Frauen-, Männer-, Wirtschafts- / Fachpresse sowie TV ausgeschrieben. Die Sieger erhalten exklusive Reisen oder maßgeschneiderte Outfits. Bewerbungsschluss: 31. Dezember 2005. Kontakt: GermanFashion Modeverband Deutschland e.V., An Lyskirchen 14, 50676 Köln, Katrin Opala, Fon: 0221 / 774 41 34, Fax: 0221 / 774 466 34, E-Mail: [opala@germanfashion.net](mailto:opala@germanfashion.net), Internet: [www.germanfashion.net](http://www.germanfashion.net).

**Medienpreis mit Biss KÖLN.** Die Initiative proDente hat einen Journalistenpreis für Pressebeiträge ausgeschrieben, die 2005 zahnmedizinische und zahntechnische Themen einer breiten Öffentlichkeit allgemein verständlich zugänglich gemacht haben. Der Preis wird in den Kategorien Print und Elektronische Medien ausgeschrieben. Der 1. Preis der jeweiligen Kategorie ist mit 2.500 Euro, der 2. Preis mit 1.500 Euro dotiert. Einsendeschluss: 15. Januar 2006. Kontakt: proDente e.V., Dirk Komorowski, Aachener Strasse 1053–1055, 50858 Köln, Fon: 0221 / 170 997 40, Fax: 0221 / 170 997 42, E-Mail: [info@prodente.de](mailto:info@prodente.de), Internet: [www.prodente.de](http://www.prodente.de).

**When I'm sixty-five BONN.** Mit dem Medienpreis der FinanzFachFrauen 2005 sollen herausragende deutschsprachige Beiträge aus den Kategorien Print und Online zum Thema private Altersvorsorge für Frauen gewürdigt werden. Bewerben können sich Journalistinnen und Autorinnen, die im Kalenderjahr 2005 einen Beitrag in einem bundesdeutschen Print- oder Onlinemedium veröffentlicht haben. Der Preis ist mit insgesamt 18.000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss: 31. Dezember 2005. Ausschreibungsunterlagen: Karoline Becker, Agentur für Öffentlichkeitsarbeit, Kaiserstraße 139 – 141, 53113 Bonn, Fon: 0228 / 207 27 27, Fax: 0228 / 207 27 28, E-Mail: [info@karoline-becker.de](mailto:info@karoline-becker.de), Internet: [www.karoline-becker.de](http://www.karoline-becker.de).

**Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung BERLIN.** Die Konrad-Adenauer-Stiftung zeichnet mit ihrem Journalistenpreis



AutorInnen und Redaktionen aus, die Vorbildliches für den deutschen Lokaljournalismus geleistet haben. Die Arbeiten müssen 2005 im Lokalteil einer in Deutschland erscheinenden Zeitung veröffentlicht worden sein und bis zum 31. Januar 2006 der Konrad-Adenauer-Stiftung vorliegen. Autoren können sich mit einem oder mehreren Beiträgen selbst bewerben. Vorschlagsberechtigt sind auch Ressortleiter, Chefredakteure, Verleger und Leser. Der Preis ist mit insgesamt 8.500 Euro dotiert, zusätzlich werden fünf Sonderpreise zu je 500 Euro vergeben.

Kontakt: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Susanne Kophal, 10907 Berlin, Fon: 030 / 269 963 216, Fax: 030 / 269 963 261, E-Mail: susanne.kophal@kas.de, Internet: www.kas.de.

#### Alternativer Medienpreis

NÜRNBERG. Für den Alternativen Medienpreis sind Beiträge in allen Stilformen, Formaten und aus allen Themenbereichen zugelassen. Die Print- und die Radiobeiträge müssen in der Zeit vom 1. April 2005 bis 17. Februar 2006 veröffentlicht bzw. gesendet worden sein. In den Kategorien Internet, Presse und Hörfunk werden jeweils drei Preise in Höhe von je 500 Euro vergeben. Bewerbungsschluss: 17. Februar 2006. Details im Internet:

www.journalistenakademie.de/lesepr/amp2001.htm. Kontakt: Radio Z, Alternativer Medienpreis, Kopernikusplatz 12, 90459 Nürnberg, Für den Presse- und Online-Preis: Nürnberger Medienakademie e.V., Fon 0911 / 435 867 oder 089 / 167 51 06 (Gabriele Hooffacker, Peter Lökk), E-Mail: info@journalistenakademie.de, Radio-Preis: Radio Z, Fon: 0911 / 450 06 33 (Syl Glawion, Wally Geyermann), E-Mail: orga@radio-z.net.

#### Kamm und Schere

QUICKBORN. Für den „BoB – Business of Beauty. Medienpreis Friseur“ kann sich jeder freie und fest angestellte Journalist, der 2005 einen Beitrag mit direktem Friseurbezug in deutschsprachigen Print-Medien veröffentlicht hat, bewerben. Der Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 15. Januar 2006. Kontakt: Organisationsbüro BoB, c/o Jörg Stolzenberg, Falckstraße 12, 25451 Quickborn. Fon: 04106 / 620 150, Fax: 04106 / 620 151, E-Mail: info@bob-medienpreisfriseur.de, Internet: www.medienpreisfriseur.de

## ► Fotografentag 2006: Bildredakteur ade!!!

### Gute Bilder gegen gute Bezahlung oder Billigbilder von Bill!

Wie viel ist ein gutes Bild den Redaktionen wert? Global Player wie Bill Gates kaufen nicht nur weltweit Millionen Fotos, die quasi zum Nulltarif angeboten werden, sondern reihenweise ganze Bildagenturen. Immer weniger Zeitungsverlage und Redaktionen beschäftigen aus Gründen der Kostenminimierung festangestellte Fotografen, und angesichts der erzielbaren Dumpinghonorare befinden sich freie Fotografen in einem ständigen Existenz- und Überlebenskampf. Redakteure/freie Journalisten schreiben und bringen das Foto gleich mit. Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung auf die Qualität von Tageszeitungen? Wir wollen uns mit dem Berufsbild „Bildredakteur“ beschäftigen und die Situation der freien Fotografen diskutieren.

### Am 10. März in Hannover, Beginn 11 Uhr

Vorläufige Tagesordnung:

#### Auf dem Weg vom Bildredakteur zum digitalen Gelegenheits-Knipser

Haben themenspezifische Fotos überhaupt noch eine Zukunft oder gibt es bald nur noch aussage- und belanglose Bilder als Seitenfüller? Analyse und Zukunftsperspektive

#### Bildjournalismus in der Tageszeitung

Darstellungen aus Sicht der Wissenschaft und der Zeitungsleser

Mittagspause 13.00 Uhr bis 13.30 Uhr

#### Rettet das Qualitäts-Zeitungsfoto!

Podiumsdiskussion mit Praktikern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftern

Ende: 16 Uhr

Zugesagt haben bereits Prof. Rolf Nobel, FHH-Fachbereich Design und Medien, Bildjournalismus und die Agentur „Ostkreuz“, Berlin.

Ort: Fachhochschule Hannover, Fachbereich Design und Medien, Hörsaal, Kurt-Schwitters-Forum, Expo Plaza 2, 30539 Hannover.

Anmeldung: bis zum 24. Februar 2006 unter [journalismus@verdi.de](mailto:journalismus@verdi.de).

Ab Januar im Netz mit konkretisierter Tagesordnung unter

[www.dju.verdi.de](http://www.dju.verdi.de)

Die Veranstaltung ist kostenfrei! ■

#### Christophorus-Autorenpreis

BERLIN. Die Christophorus-Stiftung im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) vergibt den Christophorus-Autorenpreis für hervorragende publizistische Leistungen auf dem Gebiet Sicherheit im Straßenverkehr. In sechs verschiedenen Kategorien werden jeweils ein erster Preis mit 5.000 Euro und ein zweiter Preis mit 2.500 Euro verliehen. Bewertet werden Veröffentlichungen aus dem Jahr 2005 zu regionalen und überregionalen Themen in Printmedien, in der KFZ-Fachpresse, Radio- und Fernseh-Beiträge sowie Bücher, Magazine, Schülerzeitungen. Einsendeschluss: 15. Januar 2006. Kontakt: GDV-Pressestelle, Yvonne Unger, Christophorus-Stiftung im GDV, Friedrichstraße 191, 10117 Berlin, Fon: 030 / 202 051 19.

Bewerbungen online unter:

<http://www.gdv.de/Hauptframe/index.jsp?navi=presse>

#### Gesund essen

BONN. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung verleiht ihren Medienpreis 2006 an Journalisten, die sich im Bereich Ernährungsaufklärung engagieren. Der Preis wird in den Kategorien Tages- und Wochenzeitungen, Publikumszeitschriften, Hörfunk, Fernsehen und journalistische Beiträge im Internet vergeben und ist mit je 2.000 Euro dotiert. Die Bewerbung kann auch als Empfehlung durch Dritte erfolgen. Die Beiträge müssen vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005 veröffentlicht worden sein. Bewerbungsschluss: 1. Februar 2006. Kontakt: Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE), Referat Öffentlichkeitsarbeit, Godesberger Allee 18, 53175 Bonn, Fon: 0228 / 377 66 00, Fax: 0228 / 377 68 00, [www.dge.de](http://www.dge.de)

#### Kulturgut Spiel

STUTT GART. Die Spieleautorenzunft will mit ihrem Medienpreis Alex das

Kulturgut Spiel fördern und ehrt JournalistInnen, die das Erlebnis Spielen und die gesellschaftliche Bedeutung des Spiels – insbesondere des Gesellschaftsspiels – auf verständliche Weise darstellen und einer breiten Öffentlichkeit näher bringen.

Der Medienpreis ist mit insgesamt 1.000 Euro dotiert. Zugelassen sind Beiträge, die im Jahr 2005 in Zeitungen oder Zeitschriften, im Hörfunk, im Fernsehen oder im Internet in deutscher Sprache veröffentlicht wurden. Bewerbungsschluss:

31. Januar 2006. Kontakt: Spieleautorenzunft, Geschäftsstelle, Stichwort „Alex“, Heinestraße 169, 70597 Stuttgart, E-Mail: [SAZ@deutscherfachverband.de](mailto:SAZ@deutscherfachverband.de), Internet: [www.spieleautorenzunft.de](http://www.spieleautorenzunft.de)

#### McCloy-Reisestipendium in die USA

BOCHUM. Qualifizierte deutsche Kandidaten, die sich im Sommer / Herbst 2006 in den USA mit einem konkreten Recherchierprojekt näher journalistisch befassen und anschließend in ihren Heimatmedien darüber berichten möchten, können sich um ein Stipendium des John J. McCloy Fund des American Council on Germany bewerben. Die Dauer der Reisestipendien umfasst drei bis vier Wochen. Es werden die Flugkosten sowie – in Form von Tages-Pauschalsätzen – Kosten für Unterkunft und Verpflegung übernommen. Es stehen vier Stipendien zur Verfügung. Die Bewerber müssen 25 bis 33 Jahre alt sein. Bewerbungsschluss: 10. Januar 2006. Weitere Informationen per E-Mail: [ingrid.dickhut@ruhr-uni-bochum.de](mailto:ingrid.dickhut@ruhr-uni-bochum.de).

#### Deutsch-Polnischer Journalistenpreis

SCHWERIN. Noch bis 15. Januar 2006 können sich deutsche und polnische Journalisten von Printmedien, Hörfunk und Fernsehen um den 9. Deutsch-Polnischen Journalistenpreis bewerben. Eingereicht werden können Beiträge, die 2005 veröffentlicht wurden und sich mit den deutsch-polnischen Beziehungen befassen. Es werden in den Kategorien Print, Hörfunk und Fernsehen je ein Geldpreis in Höhe von 2.500 Euro vergeben. Bewerbungsunterlagen bei: Pressestelle der Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schlossstraße 2–4, 19053 Schwerin, Pressereferentin Silvia Rabethge, E-Mail: [silvia.rabethge@stk.mv-regierung.de](mailto:silvia.rabethge@stk.mv-regierung.de), Fon: 0385 / 5 88-0, Internet: [www.deutsch-polnischer-journalistenpreis.de](http://www.deutsch-polnischer-journalistenpreis.de)

## leute

### Meridian für junge Reisejournalisten

FRANKFURT / MAIN. Der Meridian wurde von Meier's Weltreisen ausgezeichnet, um herausragende Printbeiträge von jungen Reisejournalisten, die über ferne Länder berichten, zu honorieren. Die Reiseberichte sollen dazu anregen, die Welt mit anderen Augen zu sehen und das Reiseland zu entdecken. Die Beiträge müssen zwischen dem 1. Dezember 2004 und dem 30. November 2005 in einer deutschsprachigen Zeitung oder Zeitschrift publiziert worden sein. Die Gewinner erhalten frei wählbare Recherchereisen aus dem Programm von Meier's Weltreisen im Wert von insgesamt 6.000 Euro. Teilnahmeberechtigt sind alle Journalisten, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des eingereichten Artikels ihren 35. Geburtstag noch nicht gefeiert hatten. Bewerbungsschluss: 3. Dezember 2005. Kontakt: Meier's Weltreisen, Andrea Probst, Unternehmenskommunikation, Emil-von-Behring-Str. 6, 60424 Frankfurt / Main, E-Mail: presse@der.net, Anmeldeformular: <http://deutsches-reisebuero.de/>

### Fachjournalist des Jahres gesucht

WÜRZBURG. Die Karl Theodor Vogel Stiftung verleiht wieder ihren Preis „Fachjournalist des Jahres“ zur Förderung der journalistischen Qualität von Fachzeitschriften. Teilnehmen können Fachjournalisten mit Beiträgen unterschiedlicher Textgattungen, zum Beispiel Berichte, Reportagen, Essays, Porträts oder Features. Der Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Kontakt: Dr. Sabine Rohlf, Karl Theodor Vogel Stiftung, c/o Vogel Business Medien, Max-Planck-Str. 7/9, 97064 Würzburg, Fon: 0931 / 418 25 90, E-Mail: [sabine\\_rohlf@vogel-medien.de](mailto:sabine_rohlf@vogel-medien.de), Internet: [www.vogel-medien.de](http://www.vogel-medien.de).

## Film / TV

### 52. Internationale Kurzfilmtage Oberhausen

OBERHAUSEN. Noch bis 15. Januar können Kurzfilme für die Wettbewerbe der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen vom 4. – 9. Mai 2006 eingereicht werden. Gesucht werden eigensinnige Arbeiten auf Film oder Video und Filmemacher, die sich abseits ausgetretener Pfade bewegen, und die ihre Arbeiten in Oberhausen der internationalen Kurzfilmszene und dem Publikum vorstellen wollen.

Es können Arbeiten für den mit insgesamt 24.000 Euro dotierten Internationalen Wettbewerb, für den mit 7.500 Euro dotierten Deutschen Wettbewerb und den mit 2.000 Euro dotierten Kinder- und Jugendfilmwettbewerb eingereicht werden. Der MuVi-Preis für das beste deutsche Musikvideo findet mit eigenem Reglement und Anmeldeformular statt. Details: [www.kurzfilmtage.de](http://www.kurzfilmtage.de) oder per E-Mail: [info@kurzfilmtage.de](mailto:info@kurzfilmtage.de). Pressekontakt: Sabine Niewalda, [niewalda@kurzfilmtage.de](mailto:niewalda@kurzfilmtage.de), Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH, Grillostr. 34, 46045 Oberhausen, Fon: 0208 / 825 30 73, Fax: 0208 / 825 54 13.

## Varia

### Schaulust

HAMBURG. „Sehmaschinen, optische Theater & andere Spektakel“ zeigt das Altonaer Museum bis zum 1. April 2006 mit der Sammlung Werner Nekes. Zu sehen ist eine einzigartige Auswahl aus der weltweit größten und bedeutendsten Kollektion zur Geschichte der optischen Medien. Kontakt: Altonaer Museum in Hamburg, Museumstraße 23, 22765 Hamburg, Fon: 040 / 428 113 582, Fax: 040 / 428 112 122, E-Mail: [info@altonaermuseum.de](mailto:info@altonaermuseum.de), Internet: [www.altonaermuseum.de](http://www.altonaermuseum.de)

### Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen

BERLIN. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) hat den mit 5.000 Euro dotierte Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen erneut ausgeschrieben. Außerdem wird ein ebenfalls mit 5.000 Euro dotierter Preis der Landesvertretung Rheinland-Pfalz für die beste politische Fotografie vergeben. Einsendeschluss: 30. November 2005. Kontakt: Anja Pasquay, BDZV, Haus der Presse, Markgrafenstraße 15, 10969 Berlin, E-Mail: [pasquay@bdzv.de](mailto:pasquay@bdzv.de), Fon: 030 / 726 298 214, Internet: [www.bdzv.de](http://www.bdzv.de)

**Catrin Bartenbach**, bislang Koordinatorin im Stern-Ressort Mode und Lebensart, löste als Leiterin des Ressorts Koordination und Planung **Gunther Len Schönfeld** ab, der die Leitung des neu geschaffenen Ressorts Stern-Events übernahm und vor allem für die Koordination und Organisation des Henri Nannen-Preises zuständig ist.

**David Baum**, ein halbes Jahr lang Mitglied der Bunte-Chefredaktion, wirkt künftig als Autor für das Blatt. **Kerstin Jäckel**, bisher stellvertretende Redaktionsleiterin bei Bunte Berlin, löste als Leiterin des Hauptstadtbüros **Ulrich Becker** ab, der bei der Bauer Verlagsgruppe (Hamburg) die Leitung der Entwicklungsredaktion übernahm. **Esther Hofmann** wurde Redakteurin im Bunte Hauptstadtbüro und betreut den Bereich Unterhaltung, Show und Szene.

**Christoph Böhme**, zuletzt stellvertretender Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung, folgt als Chefredakteur auf **Judith Hart**, die 2006 zu dem Magazin Cicero wechselte.

**Hagen Boßdorf**, Sportkoordinator der ARD, löst als Sportchef des NDR im März 2006 **Gerhard Delling** ab, der sich nach Auslaufen des Vertrags als Programmleiter Sport auf seine Aufgaben als Moderator und Reporter konzentrieren will.

**Wolfgang Brüser**, bisher Redaktionsleiter von Kölner Stadt-Anzeiger Direkt, folgte als Ressortleiter Politik / Nachrichten des Kölner Stadt-Anzeigers auf **Horst Willi Schors**, der den Verlag M. DuMont Schauberg verließ. Die Leitung von Kölner Stadt-Anzeiger Direkt übernimmt Brüser's bisheriger Stellvertreter **Klaus Bartels** kommissarisch.

**Daniel Fischer**, zuletzt Radio-Moderator bei Radio fff, folgt als Moderator der ZDF-Kindersendung „1, 2 oder 3“ auf **Georg Steinbrecher**.

**Thomas Fischer**, bei der Motor-Presse Stuttgart bisher geschäftsführender Redakteur der Zeitschrift *ams*, Leiter der Website [autor-motor-und-sport.de](http://autor-motor-und-sport.de) sowie internationaler Chefreporter, löst als Editorial Director International **Oskar Weber** ab, der neue Entwicklungsaufgaben übernehmen soll.

**Max Hägler** folgte als Korrespondent der taz in Bayern auf **Jörg Schallenberg**, der zu Springer nach Hamburg wechselte. Hägler bleibt weiterhin redaktioneller Geschäftsführer des Verlags clash (München).

**Lothar Hegemann**, bisher Mitglied im WDR-Rundfunkrat und seit 2003 Leiter des Ausschusses für Rundfunkentwicklung, folgt als stellvertretender Vorsitzender des WDR-Verwaltungsrats auf **Eckhard Uhlenberg**, der in die Landesregierung von NRW berufen wurde.

**Sigrun Heil**, bisher beim SWR in Mainz Hörfunk-Redakteurin in der Redaktion Wirtschaft & Soziales, verstärkt als zweite Pressesprecherin die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Bundesvorstands der IG Bauen-Agrar-Umwelt. Sie vertritt für 11 Monate den Leiter der Pressestelle, **Michael Knoche**, der in Elternzeit geht.

**Manfred Helmes** wurde als Direktor der rheinland-pfälzischen Medienanstalt LMK wiedergewählt.

**Oliver Herrgesell**, Leiter der Pressestelle und der Internen Kommunikation der Bertelsmann AG, wird zum 1. Februar 2006 als Leiter Kommunikation und Marketing zur RTL Group wechseln.

**Katja Hofem-Best**, bislang Leiterin der Unterhaltungsredaktion bei RTL II, wurde Programmleiterin des Senders. Zum Leiter Unterhaltung rückte ihr bisheriger Stellvertreter **Marc Rasmus** auf.

**Wolf-Dieter Jacobi**, bisher Leiter des Bereichs Fernsehen im MDR-Landesfunkhaus Dresden, folgte als TV-Sportchef des Senders auf **Wilfried Mohren**, der wegen gravierender Korruptionsvorwürfe seinen Hut nehmen musste.

## Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände ... oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M“: Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: [karin.wenk@verdi.de](mailto:karin.wenk@verdi.de)

Anzeige

# M

## MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Die medienpolitische Fachzeitschrift für Journalismus,  
Verlage, audiovisuelle Medien, Rundfunk und Multimedia



Die Fachzeitschrift «M» hat eine Auflage von 57.000 Exemplaren und ist exklusiv, denn: «M» gibt es nicht am Kiosk!

Hiermit bestelle ich, beginnend mit Monat .....2006  
..... Exemplar(e) «M» – Menschen Machen Medien.  
Der Abonnementpreis beträgt 36,- Euro jährlich.

Ich bin ver.di-Mitglied (Mitglieds-Nr. ....).  
Für mich gilt daher der ermäßigte Bezugspreis von  
18,- Euro. Sollte ich nicht bis zum 15. November des  
Bezugsjahres schriftlich beim Verlag kündigen, läuft  
mein Abonnement weiter.

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Hausnummer

.....  
PLZ, Ort

.....  
Datum, Unterschrift

Probeheft und Abonnement: Verlagsgesellschaft  
W. E. Weinmann, Postfach 1207, 70773 Filderstadt  
Tel. 0711/700 15 30, service@verlag-weinmann.com  
oder per Abo-Formular bei: www.verdi.de/m/abo



Rechtlicher Hinweis:  
Ich kann diese Bestellung binnen sieben Tagen wider-  
rufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige  
Absendung (Poststempel) an:  
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH,  
Postfach 1207, D – 70773 Filderstadt.

.....  
Datum, Unterschrift (für Widerrufsrecht)

**Andreas Lebert**, Chefredakteur von Brigitte, übernimmt Anfang 2006 auch die Chefredaktion von Brigitte Young Miss. Die bisherige Chefredakteurin **Kathrin Tsainis** wird Autorin bei Brigitte.

**Lutz Marmor**, Verwaltungsdirektor beim NDR, löst in der gleichen Position und als stellvertretender Intendant zum 1. August 2006 beim WDR Dr. **Norbert Seidel** ab, der in den Ruhestand geht.

**Miriam Meckel**, früher Medienstaatssekretärin in NRW, wurde an der Universität St. Gallen Professorin für Corporate Communication und Direktorin des Instituts für Medien- und Kommunikationsmanagement.

Medienkommission der Landesanstalt für Medien in NRW (LfM): **Uwe Bekker** von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW folgt auf **Wolfgang Altenbernd**, der seine Mitgliedschaft niedergelegt hat. Ebenfalls ausgeschieden ist **Margareta Seiling**, die von Dr. **Susan Tuchel**

von Frauenrat NRW / LAG der Familienverbände in NRW abgelöst wird.

Medienrat der Unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien Schleswig-Holstein (ULR): **Jörg Howe**, Leiter Konzernkommunikation der Karstadt / Quelle AG, zuvor u. a. Chefredakteur von SAT.1, wurde zum Vorsitzenden des Gremiums gewählt. Stellvertreter sind die Rechtsanwältin **Ingrid Brand-Hückstädt** und Dr. **Joachim Wege**, Direktor des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen. Weitere Mitglieder des vom schleswig-holsteinischen Landtag im September neu gewählten Medienrats sind Prof. Dr. **Eberhard Dall'Asta**, **Jens Dücker**, **Alfons Grundheber-Pilgram**, **Ursula Kähler**, **Jutta Kürzt** und **Roswitha Strauß**.

**Michael Merx**, zuletzt stellvertretender Programmdirektor bei Radio Regenbogen (Baden), löst als Programmdirektor von Radio 7 (Ulm) **Frank Wallesch** ab. Merx' Position bei Radio Regenbogen übernimmt **Uwe Loll**, bisher bei Radio PSR und Oldie FM tätig.

**Ulrike Morant**, bislang Ressortleiterin Aktuelles bei Jolie, folgt als stellvertretende Chefredakteurin auf **Anette Hohberg**.

**Ludwig W. Moormann** vom RBN Pressebüro –Medienservice (Rotenburg /W und Hochheim /M) geht für vier Monate noch einmal als Chief Print Officer in die Redaktion Dritarja und Prozor zu KFOR nach Prizren (Kosovo).

**Oliver Opitz**, bisher Chefreporter bei In (Klambt-Verlag), folgte als stellvertretender Chefredakteur auf **Karsten Lohmeyer**, der Textchef wurde.

**Sina Peschke** wechselt von Antenne Thüringen, wo sie bisher Programmleiterin war, zur LandesWelle Thüringen.

**Nikola Pfeiffer**, bisher Leiterin des Ressorts Report bei Für Sie, wird stellvertretende Chefredakteurin bei der Frauenzeitschrift Laura.

**Fritz Raff** wurde für eine dritte Amtsperiode zum Intendanten des Saarländischen Rundfunks (SR) gewählt.

**Wolfgang Ruiner**, bislang bei Bild Chefreporter für Bayern München und die deutsche Fußball-Nationalmannschaft, wird Ressortchef Sport bei einem Tageszeitungsprojekt in Österreich.

Der Landwirt **Horst Saage** (Sachsen-Anhalt) wurde turnusgemäß Vorsitzender des MDR-Rundfunkrats für die nächsten zwei Jahre.

**Anja Schüür-Langkau**, bisher Redakteurin bei media spectrum, löste als Chefredakteurin der Fachzeitschrift **Jan-Peter Kruse** ab, der die GWV Fachverlage (Springer Science + Business Media) verließ.

**Karsten Schwanke**, bislang Außenreporter für die Wettervorhersagen in der ARD, wird ab 2006 beim ZDF als Moderator für das Magazin „Abenteuer Wissen“ Nachfolger von **Wolf von Lojewski**, der künftig Reisereportagen präsentieren wird.

**Eberhard Seitz**, bisher Abteilungsleiter und Senior Pressesprecher bei der Dresdner Bank, folgte als Chefredakteur der Zeitschrift Bankmagazin (Gabler-Verlag) auf **Bernhard Rudolf**, der sich ganz der Leitung des Versicherungsmagazins widmen wird.

Süddeutsche Zeitung: **Martin Winter**, bisher Büroleiter der FR in Brüssel, löste als Brüsseler Büroleiter der SZ **Christian Wernicke** ab, der als Korrespondent nach Washington wechselte. Er folgte auf **Wolfgang Koydl**, der als Korrespondent nach London geht. **Kai Strittmatter**, der bisher aus China berichtete, wechselt in die Türkei; **Henrik Bork**, zuletzt Korrespondent in Tokio, kehrt nach Peking zurück. **Klaus Brill** berichtet als Korrespondent in Prag über die Tschechische Republik, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien. **Michael Käsgen** wurde in Paris Wirtschaftskorrespondent der SZ.

**Rainer Tief**, Leiter der Hauptabteilung Multimedia beim BR, übernimmt im kommenden Jahr die Leitung des neu zugeschnittenen Programmbereichs Bayern 3 Jugend und Multimedia.

**Katharina Trebitsch** wird neue Leiterin von Hark Bohms Filmstudengang an der Hamburg Media School.

**Barbara Uecker**, bislang für den Kinderkanal tätig, folgt als Leiterin der Programmgruppe Familie/Bil-



ding/Service im Fernsehen des hr auf **Frauke Klinkers**, die in den Ruhestand tritt.

Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT): Dr. **Tobias Schmid**, Bereichsleiter Medienpolitik RTL Television, folgte als Vorsitzender des Fachbereichs Fernsehen und Vizepräsident des VPRT auf **Ingrid M. Haas**. Stellvertretender Vorsitzender in der Nachfolge von Dr. **Friedrich-Carl Wachs** wurde Dr. **Holger EnBlin**, Vice President Legal and Regulatory Affairs & General Counsel Premiere. Als Mitglied des Fachbereichsvorstands Fernsehen löste **Conrad Albert**, Geschäftsführer von 9Live, **Christiane zu Salm** ab.

## preise

Barmer Paralympic Media Award 2005 – Print: **Johanna Reichert**, Redakteurin bei der Neuen Revue, für ihr Porträt der Paralympics-Sportlerin und ZDF-Moderatorin Bettina Eistel; **Katja Bauroth** für ihre Artikel zum Thema Behindertensport in der Fuldaer Zeitung. Hörfunk: **Dirk Rohrborg**, Moderator der WDR-Sendung „Sportzeit“. TV: **Martin Zimmermann**, Sportredakteur beim RBB; **Tong Li** für einen Filmbericht über die Paralympics-Sportlerin Bian Jianxin in Beijing TV. **Martin Zimmermann** wurde außerdem mit dem paralympischen Medienpreis 2005 ausgezeichnet, der vom Deutschen Behindertensportverband und vom Paralympischen Komitee für Deutschland vergeben wird.

Der Regisseur und Autor **Matti Bauer** erhielt für seinen Film „Bossa Nova – New Wave from Brazil“ beim Music Doc Fest in Rom den Preis für den besten Film Kategorie Folk / Pop / Jazz.

Der mit 20.000 € dotierte Verleihförderpreis der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH wurde zu den 22. Französischen Filmtagen an den Spielfilm „Le petit Lieutenant“ von **Xavier Beauvois** vergeben. Die Verhandlungen über den Verleih des Films laufen noch.

Der CNN Journalist Award in Partnership with Medientage München soll Nachwuchsjournalisten und die Auslandsberichterstattung im

deutschsprachigen Raum fördern. Print – Kategorie Politik/Wirtschaft/Wissenschaft sowie Gesamtsieger: **Dimitri Ladischensky** (mare); Kategorie Kultur/Feuilleton/Vermischtes: **Jasna Zajcek**. Fernsehen – Kategorie Politik/Wirtschaft/Wissenschaft: **Barbara Lüthi**; Kategorie Kultur/Feuilleton/Vermischtes: **Julia Nether**. Hörfunk: **Andreas Kleinschmidt**. Online (Publikumspreis): **Dara Hassanzadeh** und **Philipp Müller** („ZDFreporter“).

**Andreas Hamann** und **Gudrun Giese** wurden für das „Schwarzbuch Lidl“ (Herg. ver.di) als Newcomer mit dem Brenner-Preis für kritischen Journalismus 2005 ausgezeichnet. Ein zweiter Newcomer-Preis ging an **Maximilian Popp** für „Passauer Neue Mitte“ (Schülerzeitung Rückenwind). Weitere Gewinner 1. Preis: **Marcus Rohwetter** „Ihr Wort wird Gesetz“ (Die Zeit), 2. Preis: **Nikola Sellmair** „Kollege Angst“ (stern), 3. Preis: **Brigitte Baetz** für „Meinung für Millionen – Wie Interessengruppen die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen“ (Deutschlandfunk).

Deutscher Fernsehpreis 2005 – eine Auswahl der Preisträger. Fernsehfilm: „Marias letzte Reise“ von **Rainer Kaufmann** (BR/ARD); Regie Fernsehfilm: **Hermine Huntgeburth** für „Der Boxer und die Friseurin“ (ARD); Buch Fernsehfilm: **Christoph Darmstädter** für „Das Zimmermädchen und der Millionär“ (SAT.1); Schauspieler Fernsehfilm: **Sebastian Koch** in „Speer und Er“ (ARD); Schauspielerin Fernsehfilm: **Monica Bleibtreu** in „Marias letzte Reise“; Nebenrollen: **Michael Fitz** in „Marias letzte Reise“ sowie **Birge Schade** in „Hotte im Paradies“, „Katzenzungen“ und „Delphinsommer“ (alle ARD); Kamera: **Ngo The Chau** für „Tatort: Scheherazade“ (ARD) und „Folge der Feder!“ (ZDF); Schnitt: **Brigitte Tauchner** für „Bettgeflüster und Babyglück“ (SAT.1); Dokumentation: „Kanalschwimmer“ (ZDF); Reportage: „die story: Schusswechsel – Fotografen in einem zerrissenen Land“ (WDR); Info-sendung: „Fall Deutschland“ (ZDF/Spiegel TV); Förderpreise: **Josefine Preuß** für „Abschnitt 40“ und **Jochen Frank** für „Afghanen flirteten nicht“ (SWR); Ehrenpreis der Stifter: **Dietmar Schönherr**.

Enable, die Magazinbeilage der Financial Times Deutschland, wurde in der Kategorie Serien und Sonderbeilagen

mit dem Journalistenpreis „Forum Mittelstand 2005“ ausgezeichnet, der vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft vergeben wird.

Der Feature-Wettbewerb „15 Jahre Deutsche Einheit – Momentaufnahmen“ für Hörstücke wurde vom Kulturradio/RBB ausgeschrieben. 1. Preis (1.000 €): **Steffi Recknagel** (Berlin); Nachwuchspreis (500 €): **Holger Kuhla** (Berlin); Hörerpreis (500 €): **Matthias Baxmann**.

Die Financial Times Deutschland gewann für ihren Online-Auftritt FTD.de im Rahmen der International Agenda Setting Conference in Lugano, die vom Institut Media Tenor veranstaltet wird, den Global Media Online Award. Die Plätze zwei und drei belegten die Washington Post Online und der Spiegel Online.

Georg von Holtzbrinck-Preis für Wissenschaftsjournalismus 2005 – Print (5.000 €): **Irene Meichsner**, freie Wissenschaftsjournalistin (FAS, Zeit-Wissen); elektronische Medien (5.000 €): **Ralf Krauter**, freier Hörfunk-Wissenschaftsjournalist (Deutschlandfunk); Sonderpreis: **Peter Lustig**, Moderator des Kinderprogramms „Löwenzahn“ (ZDF), und **Armin Maiwald**, Produzent der „Sendung mit der Maus“ (WDR/ARD).

**Jürgen Graf**, 1945 erster Mitarbeiter beim Rundfunk im amerikanischen Sektor (Rias) und als „Mr. Rias“ be-

kannt geworden, wurde vom Verband der Deutsch-Amerikanischen Clubs für sein Lebenswerk mit der Lucius D. Clay-Medaille ausgezeichnet.

Den WDR-Journalisten **Ingolf Gritschneider** und **Georg Wellmann** erhielten für ihre TV-Dokumentation „Milliarden-Monopoly – Die verschwiegene Geschichte der Oppenheim-Esch-Holding“ („Die Story“, WDR) den mit 3.000 € dotierten Medienpreis „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ 2005, den Netzwerk Recherche vergibt.

**Barbara Hardinghaus** wurde für ihren Artikel „Sie hatten noch so viel vor ...“ (Hamburger Abendblatt) der erstmals vergebene Medienpreis der Deutschen Alzheimer-Gesellschaft verliehen.

Die Klangkünstlerin **Hanna Hartman** (Schweden) wurde für ihr Hörstück „Das Fällen hoher Bäume ist mit Risiken verbunden“ mit dem Karl-Sczuka-Preis des SWR ausgezeichnet. Der Förderpreis ging an **Antje Vowinckel** für die Autorenproduktion „Call me yesterday“.

Der Helmut-Schmidt-Journalistenpreis wird vom Stifter, der Ing-DiBa-Direktbank, für Verbraucherjournalismus vergeben. 1. Preis (7.500 €): **Klaus Martens** für den TV-Beitrag „Bankgeheimnisse – Der Konkurs eines Computerhändlers“ (WDR); 2. Preis (5.000 €): **Stefan Schmid** (Deutsch-

Anzeige

landRadio). Recherche-Stipendien des Instituts für Verbraucherjournalismus (je 5.000 €): **Sabine Kieslich** (Mainz) und **Klaus Höfler** (Graz).

Die Hessischen Film- und Kinopreise 2005 waren mit insgesamt 177.000 € dotiert. Eine Auswahl der Preisträger – **Angelina Maccarone** für den Spielfilm „Fremde Haut“ (30.000 €); **Katharina Rupp** für den Dokumentarfilm „Oktoberfieber“ (30.000 €); **Birgit Lehmann** für den Kurzfilm „Hauptsache Lehmann“ (15.000 €); Darsteller-Ensemble des Fernsehfilms „Die Konferenz“ (hr) nach dem Buch von Bodo Kirchhoff (Regie: **Niki Stein**); UFA-Filmproduzent **Norbert Sauer** für die Verfilmung des Romans „Willenbrock“ von Christoph Hein (20.000 €). Ehrenpreis des hessischen Ministerpräsidenten: **Hanna Schygulla**.

48. Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm – eine Auswahl der Preisträger. Dokumentarfilm / Langmetrage – 1. Preis (10.000 €): „Before Flying Back to Earth“ von **Arunas Matelis** (Deutschland, Litauen); 2. Preis (3.000 €): „The Giant Buddhas“ von **Christian Frei** (Schweiz). Dokumentarfilm / Kurzmetrage – 1. Preis (3.000 €): „For a Miracle“ von **Jarek Szwander** (Polen); 2. Preis (2.000 €) und Preis der Ökumenischen Jury: „L’Avenir“ von **Claudio Zulian** (Spanien). Preis der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig für einen Nachwuchsfilm (10.000 €): „The North Star“ von **Erkko Lyytinen** (Finnland). Kinowelt DVD Award: „Abel raises Cain“ von **Jenny Abel** (USA). Discovery Channel Filmpreis (10.000 €) und Preis der Jugendjury: „Dancing with Myself“ von **Judith Keil** und **Antje Kruska** (Deutschland). CinemaNet Europe Award: „Zur falschen Zeit am falschen Ort“ von **Tamara Milosevic** (Deutschland). Animationsfilm – 1. Preis (5.000 €): „Mississippi“ von **Arash T. Riahi** (Österreich); 2. Preis (2.000 €): „Jam Session“ von **Izabela Plucinska** (Deutschland, Polen). MDR-Filmpreis für einen osteuropäischen Dokumentarfilm (3.000 €): „Source“ von **Martin Maracek** (Tschechische Republik). DEFA-Förderpreis (4.000 €): „Ende einer Reise – Von Drahtbindern und Mausefallenhändlern“ von **Babette Ellen Kottkamp** (Deutschland). ver.di-Preis (1.500 €): „Land Mines – A Love Story“ von **Dennis O’Rourke** (Australien). FIPRESCI-Preis: „Workingman’s Death“ von **Michael Glawogger** (Österreich).

Internationaler Lettre Ulysses Award für die Kunst der Reportage 2005 – 1. Preis (50.000 €): die Reporterin **Alexandra Fuller** (Großbritannien) für „Scribbling the Cat. Travels With an African Soldier“ (New York 2004); 2. Preis (30.000 €): der Anthropologe **Abdellah Hammoudi** (Marokko) für „Une saison à la Mecque. Récit de pèlerinage“ (Paris 2004); 3. Preis (20.000 €): die junge Irakerin mit dem Pseudonym **Riverbend** für ihr Internet-Tagebuch „Baghdad Burning. Girl Blog from Iraq“ (New York/London 2005). Unter den prämierten Finalisten war auch **Carolin Emcke**, Reporterin des Spiegel, mit ihrem Buch „Von den Kriegen. Briefe an Freunde“ (Frankfurt a. M. 2004).

**Roland Jahn**, Redakteur bei RBB, erhielt den von der Bundeszentrale für politische Bildung vergebenen „Einheitspreis 2005 – engagiert für die innere Freiheit“ in der Kategorie „Medien – Beobachtungen zur Einheit“.

**Günther Jauch**, u.a. Moderator von stern TV (RTL), sowie die Stern-Redakteure **Anette Lache**, **Frank Ochmann** und **Anne Schönharting** erhalten für ihre Berichterstattung über die operative Trennung von siamesischen Zwillingen den christlichen Medienpreis Goldener Kompass.

**Hannes Karnick** und **Wolfgang Richter** (beide Darmstadt) gewannen mit ihrer Dokumentation „Klimawandel oder Klimakatastrophe?“ („be trifft“, SWR) beim 32. Internationalen Film- und Fernsehfestival EKOTOP-FILM in Bratislava den Grand Prix 2005 der Slowakischen Regierung.

**Wolfgang Kohlhaase** erhielt beim Internationalen Filmfestival in San Sebastián für „Sommer vorm Balkon“ (Regie: Andreas Dresen) den Preis für das beste Drehbuch.

Dem vor kurzem verstorbenen Journalisten und Schriftsteller **Erich Kuby** wurde postum der mit 3.000 € dotierte Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik zuerkannt, den die gleichnamige Gesellschaft vergibt.

Die KurzFilmAgentur Hamburg e.V. erhält für ihre Online-Verleihdatenbank den mit 25.000 € dotierten Innovationspreis 2005 der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien.

Die Kindernothilfe-Stiftung hat in Berlin vier Journalisten mit dem Medien-

preis „Kinderrechte in der Einen Welt“ ausgezeichnet. TV-Sparte: **Barbara Lüthi** für „Kinder-Händler“ (Schweizer Fernsehen). Hörfunk: **Bernd-Uwe Gutknecht** für sein Feature „Böses Blut“ (Bayerischen Rundfunk). Print: **Philipp Oehmke** für „Erziehungsberechtigter“ (Magazin der Süddeutschen Zeitung). Bild: **Frederik Jötten** für sein „Portrait einer jungen Kindersoldatin“ (Frankfurter Rundschau).

Der Medienpreis des Naturschutzbundes NRW 2005 ging an die Fernsehreihe „OWL Natur“ (Autoren: **Michael Blaschke** und **Ulrich Haufe**) aus dem WDR-Studio Bielefeld.

Medienpreis 2005 der Stiftung Ravensburger Verlag für Bildung und Erziehung in der Familie – 1. Preis (5.000 €): **Franz Xaver Gernstl** und **Armin Toerkell** für ihre Fernsehreportage „Die Welt von Jan und Elke – ganz normal behindert“ (NDR/Phoenix); 2. Preis (4.000 €): **Sandra Kegel** für den Beitrag „Wir Rabenmütter – wer will, muss Beruf und Familie vereinbaren können“ (FAZ); 3. Preis (3.000 €): **Rosemarie Mieder** und **Gislinde Schwarz** für ihr Hörfunk-Feature „Innerweltlich unerhört finde ich den Ort – autistische Zwillinge, eine Annäherung“ (RBB). Sonderpreise (undotiert) – Kategorie Serie: **Julia Decker** und **Kerstin Greiner** (Redaktion) sowie **Konrad Müller** (Fotos) für das Themenheft „Freitag der Dreizehnjährigen“ des SZ-Magazins; Kategorie Redaktion: **Ulrike Bajohr**, verantwortliche Redakteurin im Team der Sendereihe „Forum Pisa“ (Deutschlandfunk).

**Kaye Mortley** gewann mit ihrem Hörfunk-Feature „Fremd im Elsass“ (RBB/DRS/ORF) den Prix Italia 2005 in der Kategorie Cultural Documentaries.

Die Autorin **Fanny Müller** erhält den mit 15.000 € dotierten Ben Witter Preis 2005 der gleichnamigen Stiftung. Der Förderpreis geht an Dr. **Günter Agde** für die Edition der Briefe des Schauspielers und Erzählers Alexander Granach.

Der Schauspieler, Regisseur und Autor **Armin Mueller-Stahl** wurde mit dem undotierten Bremer Hansepreis für Völkerverständigung 2005 ausgezeichnet.

**Till Nowak** (Mainz) erhielt für seinen Kurzfilm „Delivery“ beim Flandrischen Filmfestival in Gent (Belgien) den mit

2.000 € dotierten Preis für den besten Kurzfilm.

**Annegret Oster**, **Torge Bode** und **Markus Giese** erhielten für ihre Reportage „Junge Raucher“ („ZDFreporter“) den Tönissteiner Medienpreis.

**Frank Plasberg**, Moderator der Talkshow „Hart aber fair“ (WDR), wurde der Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus 2005 verliehen. Ein Sonderpreis ging an den Redakteur, Autor und Regisseur **Horst Königstein**. Einen Förderpreis erhielt **Britta Hilpert**, Leiterin des ZDF-Studios in Moskau.

Beim Prix Europa, der von den Institutionen der EU unterstützt wird, gingen von 24 Preisen in den Sparten Fernsehen, Radio und Internet vier an Produktionen aus Deutschland und je zwei an Produktionen aus Großbritannien, Norwegen und den Niederlanden. Die deutschen Preisträger – TV Non Fiction / Special Prix Europa: „Durchfahrtsland“ von **Alexandra Sell** (ZDF); bestes Fiction-Drehbuch: „Netto“ von **Robert Thalheim** (HFF Potsdam/ZDF); bestes europäisches Radio-Feature: „Die K. – Szenen eines Drogenstrichs“ von **Jens Jarisch** (RBB/ARD); bestes europäisches Hörspiel: „Im Krokodilsumpf“ von **David Zaine Maiowitz** (RBB/ARD). Die Preise waren mit jeweils 6.000 € dotiert.

Publizistik-Preis 2005 des Forum Besser Hören und der Fördergemeinschaft Gutes Hören – 1. Preis (5.000 €): **Sascha Ott**, Wissenschaftsjournalist, für den Radio-Beitrag „Ein Hörgerät für Beethoven – Wie Hightech-Hörhilfen das menschliche Ohr simulieren“ (WDR 5); 2. Preis (3.000 €): **Burkhardt Röper**, Redakteur, für den Artikel „Wieder mitten im Leben“ (Apotheken Umschau); 3. Preis (2.000 €): **Anne Welsing**, TV-Journalistin, für die Sendung „Ohren im Stress“ (WDR-Fernsehen).

Der Sacharow-Preis für Menschenrechte wird vom Europaparlament in Straßburg vergeben und ist mit insgesamt 50.000 € dotiert. Er ging dieses Jahr an die Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen (ROG), die nigerianische Anwältin **Hauwa Ibrahim**, die Frauen verteidigt, die wegen Ehebruchs zum Tod durch Steinigung verurteilt wurden, und an die kubanische Vereinigung „Frauen in Weiß“. Sie protestiert friedlich gegen die Verhaftung von Angehörigen,

die als Regimekritiker festgenommen wurden.

Kulturradio vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) und das Literaturhaus Berlin haben Autorin **Silke Andrea Schuemmer** für ihre Geschichte „Frau Forst kümmert sich“ mit dem Walter-Serner-Preis 2005 ausgezeichnet.

Der italienischen Journalistin **Giuliana Sgrena** (u.a. Die Zeit) wurde der mit 5.000 € dotierte „Stuttgarter Friedenspreis“ 2005 des Bürgerprojekts „Die AnStifter“ verliehen.

**Hartmut Stumpf**, Leiter der Redaktion Ökologie des BR-Fernsehens, erhielt den erstmals verliehenen und dotierten Medienpreis des Landesbundes für Vogelschutz.

Die Süddeutsche Zeitung wurde „für ihre verlegerischen Innovationen“ mit dem Bayerischen Printmedienpreis 2005 ausgezeichnet, den die bayerische Landesregierung und Verlegerverbände vergeben. Das Preisgeld von 10.000 € stiftet

die Süddeutsche Zeitung ihrer Hilfsaktion „Adventskalender“.

**Hans Traxler**, Mitbegründer der Satire-Zeitschriften Pardon und Titanic, wird 2006 mit dem Satirepreis „Göttinger Elch“ ausgezeichnet.

Dem Filmregisseur **Andres Veiel** wurde der Konrad-Wolf-Preis 2005 verliehen.

**Lorenz Wagner**, Reporter der Financial Times Deutschland, erhielt in der Kategorie Print den Hauptpreis der Friedrich und Isabel Vogel-Stiftung. Ein Anerkennungspreis in der Kategorie Fernsehen ging an **Gitti Müller** für den TV-Beitrag „Haselhuhn“ („Markt“, WDR). Die Stiftung vergibt Preise für journalistische Arbeiten, „die der Weiterentwicklung einer freien Wirtschaftsordnung im Sinne der sozialen Marktwirtschaft dienen“.

**Ulrich Wickert**, Moderator der ARD-„Tagesthemen“, wird für seine Verdienste um die deutsch-französischen Beziehungen zum Offizier der Ehrenlegion Frankreichs ernannt.